

Ruhr-Universität Bochum

Fakultät für Sozialwissenschaft

Modul: Qualitative Methoden der Sozialforschung (QMS I)


WiSe 2012/2013

Seminar: Einführung in die Diskurstheorie: Politische Diskurs- und Hegemonieanalyse

Dozentin: Ulrike Gatzemeier

Politische Hegemonieanalyse nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe am Beispiel der „NSA-Affäre“

Nina Golombek


1-Fach-MA MaRAWO
Nina.Golombek@rub.de

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund	3
2.1 Diskurstheorie und -analyse in den Sozialwissenschaften	3
2.2 Diskurstheoretische Rahmung: Die Hegemoniethorie nach Laclau/ Mouffe	5
2.3 Grundbegriffe	10
3. Forschungspraktische Umsetzung: Diskursanalyse nach der Hegemoniethorie von Laclau/ Mouffe	12
3.1 Die NSA-Affäre	13
3.2 Auswahl der Diskursteilnehmer und Textkorpora	14
3.3 Textanalyse Hans-Peter Friedrich	16
3.4 Textanalyse Angela Merkel	22
4. Fazit	30
Literaturverzeichnis	32
Eigenständigkeitserklärung	35
Anhang	36

1. Einleitung

Der „Krieg gegen den Terror“ hat uns auf eine solche Entwicklung vorbereitet: Die Nominalisierung einer Krise produziert eine Situation, in der es unvorstellbar geworden ist, dass Notfallmaßnahmen wieder aufgehoben werden könnten. Wann sollte das auch sein – wenn der Krieg vorbei ist?
Mark Fisher¹

They who can give up essential liberty to obtain a little temporary safety, deserve neither liberty nor safety.
Benjamin Franklin²

Die Grundlage des Untersuchungsgegenstandes der vorliegenden Arbeit liefert der ehemalige amerikanische Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden, der Anfang Juni dieses Jahres in Zusammenarbeit mit einer Dokumentarfilmerin und einem Journalisten des britischen *The Guardian* gestohlene Geheimdokumente veröffentlichte, die zeigen sollten, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika seit den Terroranschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ihre Geheimdienste soweit ausgebaut habe, dass sich die Überwachung von Kommunikation ohne Wissen der Öffentlichkeit bis zum heutigen Zeitpunkt zu einer massenhaften Sammlung von Daten ausgeweitet habe. In den folgenden Monaten veröffentlichte der *Guardian* beinahe täglich Informationen darüber, dass der bis dahin öffentlich wenig bekannte amerikanische Geheimdienst *National Security Agency* (NSA) in Kooperation mit weiteren internationalen Sicherheitsdiensten in milliardenfacher Menge Kommunikationsdaten von Bürgern, Botschaften und Konzernen diverser Nationalitäten ausgespäht habe (vgl. Poitras, 2013, S. 76ff; Brinkbäumer, 2013, S. 80). Die Veröffentlichungen erreichten Ende Oktober ihre vorläufige diplomatische Zuspitzung, als bekannt wurde, dass auch die NATO-Bündnispartner von den USA überwacht würden. In Deutschland sei u.a. auch das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin betroffen (Appelbaum, 2013, S. 21-26). Edward Snowden sagte zu seiner Motivation: „Die Öffentlichkeit muss entscheiden, ob diese Programme und Strategien richtig oder falsch sind“ (zit. n. Poitras, 2013, S. 77). Seitens der amerikanischen wie auch der deutschen Regierung fand (zumindest bis zu den Vorwürfen des Ausspionierens von Bündnispartnern) hingegen keine bedeutende Diskussion über das Agieren der NSA statt. Der stellvertretende Chefredakteur des *Spiegel*, Klaus Brinkbäumer, attestierte den USA den Verstoß gegen das Völkerrecht, welchen Präsident Barack Obama durch die omnipräsente Terrorismusbedrohung und deren erforderliche Prävention rechtfertige.

¹ Fisher, 2013, S. 8

² Franklin, 1818, S. 270

Obama sowie Merkel betonten, dass Anschläge durch die Arbeit der Geheimdienste verhindert worden wären (Brinkbäumer, 2013, S. 80). Der Ex-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Geheimdienstkontrollleur Claus Arndt bezeichnete die USA in einem Spiegel-Interview als Hegemon, dem sich der daher nur theoretisch souveräne Staat der Bundesrepublik innerhalb des Bündnisses nicht verweigern könne (Arndt, 2013, S. 18). Auch deutsche Journalisten gelangten zu dieser Einschätzung (vgl. Becker et al., 2013, S. 21).

Genau in diesem Punkt liegt das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit, die die artikulatorische Reaktion der Bundesregierung -repräsentiert durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Minister des Inneren³, Hans-Peter Friedrich- auf die Veröffentlichungen Edward Snowdens diskursanalytisch untersuchen wird. Als Methode wurde die politische Hegemonietheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe⁴ verwendet, mit der sich diskursiv konstituierende Machtverhältnisse untersuchen lassen. Als der Analyse zugrundeliegende Textkorpora wurden die Pressekonferenz von Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama vom 19.06.13 sowie eine Rede von Hans-Peter Friedrich vor dem Deutschen Bundestag vom 26.06.13 ausgewählt. Da die Anfertigung der vorliegenden Arbeit zu einem Zeitpunkt geschah, währenddessen dem zu untersuchenden Diskurs kontinuierlich und in raschen Abfolgen neue Informationen und Artikulationen hinzugefügt wurden, wurden die genannten Texte nicht danach ausgewählt, ob sie beispielsweise eine besonders repräsentative Quelle zur Darstellung einer erfolgreich durchgeführten Hegemonie sein könnten. Vielmehr wurden die beiden Texte erwählt, da sie einen Punkt in der Anfangsphase des Diskurses symbolisieren. Beide Redebeiträge wurden wenige Wochen nach den ersten Enthüllungen im Guardian gehalten und stellten die ersten längeren Äußerungen der genannten Akteure zum Thema dar. Zum Zeitpunkt der Auswahl sowie bei der Analyse der Texte lagen die Informationen über Spionagetätigkeiten der USA gegenüber ihren Bündnispartnern noch nicht vor, weswegen die Ergebnisse der Auswertung nachträglich besonders interessant sein können, wenn die veränderte Informationslage das diskursive Verhalten

³ Im Folgenden wird vorwiegend die gebräuchliche Bezeichnung des „Innenministers“ verwendet.

⁴ Die diskursanalytische Hegemonietheorie wurde von beiden Autoren in dem gemeinsam verfassten Werk „Hegemonie und radikale Demokratie“ 1985 veröffentlicht. Ernesto Laclau wurde 1935 in Argentinien geboren und beschäftigte sich in dem dortigen stark politisierten Umfeld mit verschiedenen Strömungen des Marxismus. Ende der 1960er Jahre emigrierte er nach England. Nach seiner Promotion in Oxford lehrte Laclau seit 1972 an der University of Essex. Chantal Mouffe, geboren 1943 in Belgien, formulierte eine der ersten diskurstheoretischen Lektüren der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci und lehrt am Londoner Centre for the Study of Democracy. Ihr Interesse gilt demokratietheoretischen Fragen und der Etablierung einer Position zwischen Kommunitarismus und Liberalismus (Stäheli, 2006, S. 256f.). Eine detailliertere Vorstellung der Hegemonietheorie nach Laclau/Mouffe erfolgt in Abschnitt 2.2 dieser Ausarbeitung.

der Bundesregierung beeinflussen bzw. verändern sollte.⁵

Aufgebaut ist die vorliegende Ausarbeitung wie folgt: Nach dem diskurstheoretischen Teil, der in Abschnitt 2.1 zunächst einen groben Überblick über den Stand der Diskursforschung in den Sozialwissenschaften leistet, werden in Unterkapitel 2.2 die diskurstheoretische Rahmung und in Unterpunkt 2.3 die Grundbegriffe der Hegemonietheorie nach Laclau/Mouffe vorgestellt. Im Anschluss erfolgt im forschungspraktischen Teil (3) die diskursanalytische Anwendung. Nach einem kurzen Überblick über die thematische Grundlage der sog. „NSA-Affäre“ (3.1) sowie über die Auswahl der betreffenden Akteure und Textkorpora (3.2) werden die Redebeiträge von Innenminister Hans-Peter Friedrich (3.3) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (3.4) exemplarisch mit hegemonialen Werkzeugen (v.a. *leerer Signifikant*, *Logik der Differenz und Äquivalenz*, *Antagonismus*) und einigen ergänzenden Elementen aus der Hegemonieanalyse von Martin Nonhoff⁶ (u.a. *Ziel- und Mittelforderungen*) diskursanalytisch untersucht. Das abschließende Fazit (4) fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen.

2. Theoretischer Hintergrund

Das folgende Kapitel gibt nun zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Diskursbegriffs, v.a. im Fachbereich der Soziologie sowie über die Unterscheidung zwischen Diskurstheorie und Diskursanalyse (2.1), bevor in Abschnitt 2.2 die theoretische Rahmung der Hegemonietheorie als Diskurstheorie erfolgt. Im Unterpunkt 2.3 werden schließlich die Grundbegriffe der Hegemonietheorie nach Laclau/Mouffe vorgestellt.⁷

2.1 Diskurstheorie und -analyse in den Sozialwissenschaften

Der Diskursbegriff hat nach Einschätzung von Keller et al. in der jüngeren Vergangenheit im politischen und gesellschaftlichen Raum zunehmende Popularität und Verwendung erfahren, wobei in der allgemeinen Verwendung des Begriffs „eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die gesellschaftliche Bedeutung von Kommunikations- und Argumentationsprozessen sowie der *sprachvermittelten* Wahrnehmung bzw. Konstruktion von Wirklichkeit zum Ausdruck“ komme (Keller et al., 2011, S. 7;

⁵ Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gänzlich analysierbar.

⁶ Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld.

⁷ Hierbei wird die Kategorie des „Subjekts“ nach Laclau/Mouffe (vgl. Laclau/Mouffe, 2006, S. 152ff.) nicht berücksichtigt, da die Subjektposition in der folgenden Analyse nicht Teil der Untersuchung ist.

Hervorh. im Orig.). Auch den Sozialwissenschaften attestiert Keller et al. ein zunehmendes Interesse an der „sprachförmigen Konstitution der (sozialen) Welt“ (Keller et al., 2011, S. 9). Der Ursprung dieses Interesses läge für die angesprochene Disziplin zwar bereits in der Mitte der 1960er Jahre, jedoch hätten Politikwissenschaft und Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland erst seit den 1990er- bzw. 2000er Jahren damit begonnen, an einer systematischen Ausarbeitung des Diskursbegriffs zu arbeiten bzw. ein Interesse an der Diskursanalyse zu entwickeln (Keller et al., 2011, S. 10). An dieser Stelle ist auf die Unterscheidung zwischen Diskurstheorie und –analyse hinzuweisen, wobei die Definition von Keller et al. übernommen wird:

Während ‚Diskurstheorie‘ eher wissenschaftliche Unternehmungen bezeichnet, denen es um die systematische Auswertung des Stellenwertes von Diskursen im Prozeß [!] der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstitution geht -exemplarisch etwa in der [...] Diskurstheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau-, zielt das Projekt der Diskursanalyse auf forschungspraktische methodische Umsetzungen, auf die empirische Untersuchung von Diskursen (Keller et al., 2011, S. 16; Hervorh. im Orig.).

Die Autoren sehen dabei aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Forschungsbedarf v.a. im Bereich der Diskursanalyse, d.h. in der forschungspraktischen Umsetzung von Diskursanalysen. Dort mangle es an „konkrete[n] und bezüglich der jeweiligen theoretischen Grundlegung konsistente[n] Anleitungen zur empirischen Durchführung von Diskursanalysen“, besonders in der Frage nach der Auswahl der zugrundeliegenden Texte, der methodischen Kontrolle der Datenerhebung und –analyse sowie der Interpretation der Ergebnisse (ebd.).⁸ Explizit angenommen wird jedoch, dass jeder Diskursanalyse eine Diskurstheorie zugrunde liegen muss (Keller et al., 2011, S. 16f.).

Als Gründe für den Fachbereich Soziologie, die Analyse des Sozialen vermehrt mit der Analyse von Diskursen zu vollziehen, sieht Keller et al. u.a in der „zunehmende[n] gesellschaftliche[n] Bedeutung der bewußten [!] Gestaltung von Kommunikationsprozessen und –inhalten in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der ‚Wissensgesellschaft‘“ (Keller et al., 2011, S. 8) sowie – und dies ist ein bedeutender Punkt für die vorliegende Arbeit – in der These, dass soziale Kontrolle und Macht vermehrt diskursiv, also über symbolische Praktiken und Kommunikation, ausgeübt werden (Keller et al., 2011, S. 9).

An den letztgenannten Gedanken schließen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe an, die mit der Entwicklung einer der „wichtigsten aktuellen Diskurstheorien“ (Keller et al.,

⁸ Wobei hier die Forschungsarbeit der o.g. Hegemonieanalyse von Martin Nonhoff exemplarisch genannt werden soll.

2011, S. 12) als Hegemonietheorie sich diskursiv konstituierende Machtverhältnisse zum Forschungsgegenstand haben.

2.2 Diskurstheoretische Rahmung: Die Hegemonietheorie nach Laclau/Mouffe

In *'Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics'*⁹ konzipieren Ernesto Laclau und Chantal Mouffe 1985 ihre politische Theorie der Hegemonie und entwerfen das Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie als Reaktion auf die andauernde (und sich zum Zeitpunkt der deutschen Veröffentlichung 1991 durch den Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1989 noch weiter verschärften) Krise des linken Denkens. Ziel stellte die „Erneuerung der Linken“ und damit einhergehend eine Überarbeitung und Erneuerung der politischen und theoretischen Grundlagen linken Denkens dar (Laclau/Mouffe, 2006, S. 23). Geschaffen werden soll ein Instrument, das eine theoretische Grundlage zum Verständnis des Auftretens neuer Konfliktlinien bzw. von sozialen Kämpfen in modernen Gesellschaften, repräsentiert etwa durch die Akteure der neuen sozialen Bewegungen, anbietet (vgl. Stäheli, 2006, S. 254).

Im Zentrum der radikalen und pluralen Demokratieauffassung der beiden Autoren stehen dabei die Frage der Macht und des Antagonismus sowie die Annahme ihres „unausrottbaren Charakters“. Eine Demokratie könnte nur bei einer vollkommen emanzipierten Gesellschaft machtfrei sein bzw. auf Macht verzichten. Da es diese „totale Emanzipation“ jedoch nicht gebe, werden Machtverhältnisse für das Soziale konstitutiv (Laclau/Mouffe, 2006, S. 24f.). Die Verfasser schlussfolgern:

Die wichtigste Frage demokratischer Politik lautet deshalb nicht, wie Macht zu eliminieren ist, sondern wie Machtformen zu konstituieren sind, die mit demokratischen Werten vereinbar sind. Die Existenz von Machtverhältnissen und die dringende Notwendigkeit, sie zu transformieren, anzuerkennen, während man auf die Illusion, daß [!] wir uns vollständig von Macht befreien könnten, verzichtet, genau dies macht die Spezifik des Typs einer radikalen pluralistischen Demokratieauffassung aus, die wir befürworten. (Laclau/Mouffe, 2006, S. 25).

Die zentrale These sei demnach, dass soziale Objektivität durch Machthandeln konstituiert wird und somit jede soziale Objektivität politisch sei (Mouffe, 2004, S. 43).

Bei der Theorie von Laclau/Mouffe handelt es sich dabei um einen sowohl postmarxistischen als auch anti-essentialistischen Ansatz (vgl. Laclau/Mouffe, 2006, S.

⁹ [dt.: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus]

23, 34.). Durch die Dekonstruktion verschiedener Konzepte des Marxismus und seiner weiteren Auslegungen werden einige seiner Begriffe überliefert, andere wiederum transformiert oder aufgegeben. So sei es nicht länger möglich, u.a. das in der marxistischen Theorie entwickelte Konzept von Subjekt und Klasse sowie die „Konzeption des Kommunismus als einer transparenten Gesellschaft, in der die Antagonismen verschwunden sind“ aufrechtzuerhalten (Laclau/Mouffe, 2006, S. 34f.). Der Charakter einer demokratischen Gesellschaft könne nur dann gewahrt werden, wenn „kein partikularer sozialer Akteur mehr für sich selbst die Repräsentation der Totalität oder die Hoheit über die Gesellschaftsgrundlagen in Anspruch nehmen kann“ (Mouffe, 2004, S. 43). Indem sie von der Annahme ausgehen, dass gesellschaftliche Strukturen nicht auf ein unverrückbares Fundament zurückgeführt werden können (vgl. Glasze, 2008, S. 190) und dass gesellschaftliche Akteure nicht von notwendigen natürlichen Ursachen determiniert werden, lehnen sie den Klassenreduktionismus, wie er sowohl im orthodoxen Marxismus, sowie in der Konzeption von Antonio Gramsci definiert wird, ab¹⁰ (vgl. Laclau/Mouffe, 2006, S. 179). Auch die konzeptuelle Annahme des ökonomischen Determinismus, definiert von Louis Althusser als eine Gesellschaft, die in letzter Instanz durch die Ökonomie bestimmt wird, verwerfen die Autoren (Stäheli, 2006, S. 254). Soziale und kulturelle Identitäten ließen sich bei Laclau/ Mouffe demnach nicht aus einer ihnen zugrunde liegenden Instanz ableiten, sondern würden durch diskursive Artikulationsprozesse hergestellt (Stäheli, 2006, S. 257), die wiederum konstitutiv für das Auftreten hegemonialer Prozesse sind. Dem Diskursverständnis der Hegemonietheorie liege ein formaler Sinnbegriff zugrunde, der Sinn als Folge von Differenz und Differenzierung betrachtet. Sinn entstehe dadurch, dass zwei Elemente miteinander in Beziehung gesetzt und damit zugleich als differente Elemente konstituiert werden. Diskurse bestünden aus einer Vielzahl einzelner Sinnproduktionsakte, also Akten der gleichzeitigen Differenzierung und Relationierung, die bei Laclau/Mouffe als *Artikulationen* bezeichnet würden (Nonhoff, 2010, S. 302).

Im Kontext dieser Diskussion bezeichnen wir als *Artikulation jede* Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, daß [!] ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir *Diskurs* (Laclau/Mouffe, 2006, S. 141; Hervorh. im Orig.).

¹⁰ Antonio Gramsci lieferte mit seiner Hegemonie-Definition eine bedeutsame Vorlage für die Hegemonie-Konzeption bei Laclau/Mouffe, wie im folgenden Kapitel dargestellt werden wird. Verworfen werden von Laclau/Mouffe lediglich die „beiden letzten essentialistischen Elemente, die im gramscianischen Denken fortbestehen“, namentlich den o.g. Klassenreduktionismus sowie die Annahme, dass sich Hegemonie nur in einem dichotomisch gespaltenen politischen Raum artikulieren könne. Im Gegensatz zu Gramscis Annahme eines einfachen politischen Raumes, zeichnen sich fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaftsformationen durch die Vermehrung politischer Räume aus (Laclau/Mouffe, 2006, S. 179).

Der *Diskurs* bezeichne demnach erstens den Prozess des andauernden Anordnens von Artikulationen sowie zweitens den Begriff der *strukturierten Totalität*, den Martin Nonhoff als eine bestimmte Verfügung von Artikulationen und damit als eine Anordnung diskursiver Elemente bezeichnet. Hierbei handele es sich jedoch nicht um eine vollständig fixierte Totalität, da die Hegemonietheorie, wie oben bereits erwähnt, von der Mangelhaftigkeit und der sich daraus ergebenden Unabschließbarkeit und Beweglichkeit jeder Totalität ausgehe (Nonhoff, 2010, S. 303). Erst das Scheitern endgültiger Fixierungen führe letztendlich zum Auftauchen des Politischen und damit zu dem Moment des Antagonismus (Stäheli, 2006, S. 265), „an dem die unentscheidbare Natur von Alternativen und ihre Auflösung durch Machtbeziehungen völlig sichtbar wird“ (Laclau, 1990, S. 35; zit. n. Stäheli, 2006, S. 265). Das Politische entspräche dabei „dem Ensemble jener Entscheidungen, die auf einem unentscheidbaren Terrain getroffen worden sind, d.h. einem Terrain, für welches Macht konstitutiv ist“ (Laclau, 1996, S. 103; zit. n. Stäheli, 2006, S. 265). Um nun noch einmal auf den Diskursbegriff zurückzukommen, stellt sich noch die Frage nach dem Raum der Diskursivität. Die Hegemonietheorie unterscheide sich dahingehend von anderen Diskursanalysen und insofern auch von der Foucault'schen Diskursanalyse¹¹ als dass sie nicht zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken unterscheide, sondern jedes Handeln als sinnkonstituierendes Handeln und damit als diskursives Handeln verstünde. Es würden demnach auch Objekte, Subjekte und Sachverhalte permanent zueinander, als auch zu schriftlichen oder sprachlichen Kommunikationsäußerungen, in Beziehung gesetzt, sie erhielten im Laufe dieses kontinuierlichen In-Beziehung-Setzens ihren spezifischen Sinn (Nonhoff, 2010, S. 303). Diskurse seien im Rahmen der Hegemonietheorie folglich als Differenzsysteme zu verstehen, in der die Bedeutung einer sozialen Handlung erst durch ihre Einbettung in die diskursive Konfiguration verständlich sei. Die einzelnen Elemente tragen nicht von sich aus eine Bedeutung, sondern nur über ihre Positionen zu anderen Elementen (Stäheli, 2006, S. 259). An dieser Stelle wirkt die sogenannte Logik der Differenz, auf die das folgende Kapitel zu sprechen kommen wird. Durch die Verwerfung der strukturellen Annahme, dass es sich bei Differenzsystemen um stabile und geschlossene Modelle handelt, wird hier gleichzeitig der *poststrukturalistische Ansatz* der Hegemonietheorie sichtbar, dessen

¹¹ Die Hegemonietheorie basiert dabei durchaus auf dem Diskurskonzept, welches von Michel Foucault in der „Archäologie des Wissens“ entworfen wurde, modifizierte sich bei Laclau/Mouffe aber durch die Betonung der Bedeutung der Abgrenzung eines Diskurses sowie in der o.g. Verwerfung von der Annahme eines Bereichs des Außer- und Vordiskursiven (Glasze, 2008, S. 190).

konzeptuelle Ressourcen Laclau und Mouffe an weiteren Stellen in ihre Theorie integrieren (ebd.). Neben den postmarxistischen und anti-essentialistischen Elementen, fußt die Hegemonietheorie damit im Wesentlichen auf poststrukturalistischen Theoriefundamenten. Besonders bedeutsam sind dabei, neben dem bereits genannten Diskurskonzept Michel Foucaults, Elemente des Dekonstruktivismus nach Jaques Derrida sowie der Psychoanalyse nach Jaques Lacan (Stäheli, 2006, S. 255). Grundlage der Hegemonietheorie sei zudem das Zeichensystem von Ferdinand de Saussure, das den strukturalistischen Sprachwissenschaften zuzurechnen sei. Saussure vertrat die Ansicht, dass sprachliche Zeichen die Welt nicht einfach so wiedergeben, wie sie ist, sondern dass deren Bedeutung erst im Zeichensystem der Sprache konstituiert werde. Ein Zeichen bestehe bei Saussure dabei aus *Signifikant* (Bezeichnendes) und *Signifikat* (Bezeichnetes), wobei ersteres das Lautbild und letzteres die Vorstellung eines Begriffs widerspiegele. Der Signifikant sei also Graphem oder Morphem des Begriffs „Hund“, das Signifikat die Inhaltsseite eines Zeichens, also das Konzept oder die Vorstellung, die sich hinter dem Begriff „Hund“ verbirgt. Die Beziehung zwischen Signifikant und Signifikat sei dabei beliebig (*arbiträr*), der Signifikant könne demnach auch auf ein anderes Signifikat verweisen, da z.B. in anderen Landessprachen das Konzept „Hund“ durch differente Signifikate bezeichnet werde. Es gäbe also keine naturgegebene Verbindung zwischen beiden Teilen eines Zeichens. Ebenso seien die Konzepte nicht naturgegeben, sondern bildeten sich jeweils im Sprachsystem. Dies sei darauf zurückzuführen, dass nicht in allen Sprachsystemen dieselben Signifikate existierten. Eine weitere These Saussures ist, dass die Sprache (*langue*) als System gesellschaftlicher Systeme im Gegensatz zum Sprechen (*parole*) innerhalb einer Sprachgemeinschaft weitgehend unveränderlich sei. Die Ordnung der Signifikanten und die Ordnung der Signifikate werden dabei als Differenzsysteme gesehen, wobei Bedeutung im Sprachsystem als Effekt der Differenzordnung bezeichnet wird. Insgesamt handle es sich bei der Sprache um ein geschlossenes System von Differenzen (Glasze, 2008, S. 186-191), indem die „einzelnen Elemente ihre Bedeutung ausschließlich relational, im Verhältnis zur Totalität des Zeichensystems, konstituieren können (Nonhoff, 2006, S.126).

Laclau/Mouffe übernehmen für ihren Ansatz die Annahme, dass Bedeutung ein Effekt von Differenzbeziehungen sei. Mit Jaques Derrida gehen sie jedoch nicht davon aus, dass Strukturen jemals geschlossen und fixiert sein können. Der Diskursbegriff bei Laclau/Mouffe impliziere eine partielle und lediglich temporäre Fixierung von

Bedeutung¹² (Glasze, 2008, S. 186-191). Die Autoren wenden sich gegen die strukturalistische Annahme der Bedeutungseindeutigkeit des Saussure'schen Sprachsystems, da Bedeutung (nicht nur in der Relationalität) fortwährend in einen Prozess des Weiterverweisens bzw. der Relationierung eingebettet sei. Laclau/Mouffe integrieren die Annahme Jaques Lacans, dass die Signifikanten nicht an ein spezielles Signifikat gebunden seien, sondern ihre Bedeutung durch den Verweis auf andere Signifikanten erklären. Auf der Suche nach dem Signifikat gleite man so an einer sogenannten *Signifikantenkette* entlang (vgl. Nonhoff, 2006, S. 57f). Diskurse bzw. Artikulationssequenzen hätten demnach die Funktion, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das „Fließen“ der Differenzen an einem bestimmten Punkt aufzuhalten und so ein Zentrum auszubilden (Laclau/Mouffe, 2006, S. 150; Nonhoff, 2006, S. 37f.)

Die Artikulation verortet die diskursiven Elemente, in diesem Fall die sprachlichen Zeichen, in einem Hier und Jetzt, in einem Kontext, der es den Diskursteilnehmern üblicherweise (wenngleich oft unscharf) erlaubt, einen Sinn und eine Bedeutung des Artikulierten zu rekonstruieren. Es hat also den Anschein, als ob im Moment der Artikulation dem Gleiten des Signifikanten Einhalt geboten wird. Der Punkt, an dem ihm Einhalt geboten wird, ist aber kein notwendiger oder berechenbarer Punkt, an dem sich eine ‚eigentliche Bedeutung‘ konstituieren würde; vielmehr ist er kontingent.“ (Nonhoff, 2006, S. 58).

Das Zentrum bzw. die privilegierten diskursiven Punkte dieser partiellen Fixierung werden in Anlehnung an Lacan *Knotenpunkte* genannt (Laclau/Mouffe, 2006, S. 150). Diese Funktion eines Diskurses/der Artikulation sei dabei als Versuch anzusehen, da sich das Soziale niemals vollständig in der Form der Gesellschaft zu fixieren vermag, der Diskurs aber stets anzustrengen geneigt sei, dieses „unmögliche Objekt“ (des Sozialen) zu konstituieren (Laclau/Mouffe, 2006, S. 150). Die Veränderbarkeit von Diskursen sei schließlich für die politische Theorie so bedeutsam, da die Reartikulation von Diskursen als politischer Akt gedeutet werde. (Stäheli, 2006, S. 259).

Nachdem nun eine grobe diskurstheoretische Rahmung der Hegemonietheorie erfolgt ist und der Diskurs- sowie der Artikulationsbegriff bei Laclau/ Mouffe erläutert wurden, wendet sich der folgende Abschnitt den Grundbegriffen bzw. den „Werkzeugen“ der Hegemonietheorie zu. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die oben bereits kurz genannte Logik der Differenz und der Äquivalenz, den Begriffen des Antagonismus, des

¹² Die Unmöglichkeit der notwendigen endgültigen Fixierung (in nicht-geschlossenen Systemen) erfordere die teilweise Fixierung von diskursiven Elementen, da es ohne eine temporäre Festlegung von Bedeutung keine Differenzierung und somit keine Sinnerzeugung geben könne (Nonhoff, 2006, S. 37; Laclau/Mouffe, 2006, S. 150). In der Theorie nach Laclau/Mouffe seien also „weder absolute Fixiertheit noch absolute Nicht-Fixiertheit möglich“ (Laclau/Mouffe, 2006, S. 149).

leeren Signifikanten sowie um die das Set der Begriffe zusammenführende Hegemonie.

2.3 Grundbegriffe

In dem Sinne, dass es sich bei der Hegemonietheorie Laclau/Mouffes im Gegensatz zum Sprachsystem von Saussure um ein nicht-geschlossenes System handelt, benötige jeder Diskurs ein Außen, das Bedeutungsfixierungen unterlaufe und so die Herstellung neuer Bedeutung ermögliche. Erst dadurch sei die Veränderbarkeit von Diskursen möglich (Stäheli, 2006, S. 259). Bei dieser Grenze handle es sich dabei um eine, nach Laclau, „wahre“ und damit *antagonistische Grenze*, also um keine reine Differenz, die innerhalb einer Totalität Grenzziehungen zwischen verschiedenen positiven Elementen generiere, sondern um eine Grenze des Systems, über die sich das Ausgeschlossene als das konstituiert, was das Eingeschlossene nicht ist und umgekehrt (Laclau, 1996, S. 67). Das Sein als Symbol des Nicht-Seins generiere eine beidseitige Pluralität von Bedeutungsüberflutung, die verhindere, dass auch nur eine von beiden Seiten ihre Positivität fixieren und somit ihre Totalität konstituieren könne. Das antagonistische Verhältnis ist also weder positiv noch objektiv (da es ansonsten Grenzen innerhalb der Gesellschaft darstellte, also reine Differenz wäre), sondern zeigt die Erfahrung der Grenze des Sozialen:

Der Antagonismus, weit davon entfernt, ein objektives Verhältnis zu sein, ist ein Verhältnis, worin die Grenzen jeder Objektivität *gezeigt* werden – im Sinne Wittgensteins, daß [!] das, was nicht *gesagt*, so doch *gezeigt* werden kann. Aber wenn das Soziale, wie wir dargelegt haben, nur als partieller Versuch existiert, Gesellschaft zu konstruieren - das heißt ein objektives und geschlossenes System von Differenzen - ist der Antagonismus als Zeuge der Unmöglichkeit einer endgültigen Naht die „Erfahrung“ der Grenze des Sozialen. Genaugenommen existieren Antagonismen nicht *innerhalb*, sondern *außerhalb* der Gesellschaft; beziehungsweise sie konstituieren die Grenzen der Gesellschaft und deren Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren. (Laclau/Mouffe, 2006, S. 165; Hervorh. im Orig.)

Die Abhängigkeit von einem Außen generiere damit einerseits erst Identität durch Abgrenzung, gleichzeitig bedrohe die Grenze aber die Identität, indem sie sie daran hindere, sich vollständig zu fixieren (Stäheli, 2006, S. 259). Zwei ambivalente Logiken herrschen also im differenziellen System des Diskurses vor: neben der *Logik der Differenz*, die die diskursiven Elemente voneinander abgrenzt, damit unterscheidbar macht und Bedeutung sowie Identität generiert, setzt die *Logik der Äquivalenz* die verschiedenen Elemente in Bezug auf ein konstitutives Außen gleich¹³ (Laclau, 1996, S.

¹³ Wobei hier mit Nonhoff angemerkt werden muss, dass die Elemente durch die Äquivalenzbeziehung nicht als identisch wahrgenommen werden, sie gleichen sich nur in ihrer Beziehung zum konstitutiven

67; Stäheli, 2006, S. 260). Sie ermöglicht so die Bildung von *Äquivalenzketten* und spaltet den sozialen Raum in zwei antagonistische Lager, deren differentielle Natur fast vollständig getilgt ist. Gleichzeitig muss das Ausgeschlossene auf seine reine Negativität reduziert werden, d.h. zu dem, was die Identität des Systems bedroht und seine Vollkommenheit verhindert. Dadurch, dass das System keinen positiven Grund habe und sich nur darüber definieren könne, was es nicht ist, kann es nicht im Sinne eines positiven Signifikats bezeichnet werden. (Ernesto Laclau bezeichnet es als das „reine Sein“ oder Nonhoff, in Anlehnung an Laclau, das „Allgemeine“) (Laclau, 1996, S. 68f.; Nonhoff, 2006, S. 127). An dieser Stelle kommt der *leere Signifikant* ins Spiel, der die Funktion habe, das Allgemeine zu bezeichnen und die Grenzen des Systems darzustellen (Nonhoff, 2006, S. 127). Die Bezeichnung einer „wahren“ Grenze oder die „Bezeichnung der Grenzen der Bezeichnung“ könne nur durch die Subversion des Zeichens erfolgen, d.h. durch die Enkoppelung eines Signifikanten von einem speziellen Signifikat (Laclau, 1996, S.69). Der leere Signifikant sei demnach ein flottierender Signifikant (vgl. Nonhoff, 2006, S. 131), dessen Bedeutung soweit entleert wird, dass seine Bedeutung unbestimmbar geworden ist. Je stärker er von seiner Bedeutung entleert wird, umso besser eigne er sich dafür, die Äquivalenzdimension der unterschiedlichen diskursiven Momente¹⁴ zu privilegieren und die Grenze eines diskursiven Systems zu produzieren, indem er die Fixierung der Bedeutung von anderen Signifikanten ermöglicht.¹⁵ Durch die organisierende Funktion definiere der leere Signifikant¹⁶ demnach den Horizont dessen, was gedacht werden kann und was ausgeschlossen ist und solle so die Totalität des Diskurses repräsentieren (Laclau, 1996, S. 69; Stäheli, 2006, S. 262). Hier ist zu betonen, dass die Realisierung des Seins jedoch genauso konstitutiv unerreichbar sei wie seine adäquate Repräsentation unmöglich (Laclau, 1996, S. 69f.). Der leere Signifikant stünde in seiner „paradoxen Stellung“ vor

Außen, indem sie sich alle auf derselben Seite des Ausschlusses befinden: „x ist anders als y, geht aber in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“ (Nonhoff, 2010, S. 307).

¹⁴ Unter *Momenten* verstehen Laclau/Mouffe die differentiellen Positionen, die innerhalb eines Diskurses artikuliert werden. Differenzen, die nicht diskursiv artikuliert sind, werden als *Elemente* bezeichnet (Laclau/Mouffe, 2006, S. 141).

¹⁵ So können beispielsweise Signifikanten wie „Ordnung“ oder „Freiheit“ zu leeren Signifikanten werden, deren Bedeutung so unbestimmbar geworden sei, dass sich in politischen Diskursen zahlreiche unterschiedliche und widersprüchliche Bedeutungen darunter sammeln können (Stäheli, 2006, S. 262).

¹⁶ Martin Nonhoff verweist darauf, dass der leere Signifikant über mehrere Aggregatzustände verfügt, die die Bezeichnung des „leeren Signifikanten“ irreführend anmuten lassen. So wird ein Signifikant, wie oben genannt, geleert, „um der Funktion der Bezeichnung der Totalität gerecht zu werden“. Dies sei jedoch ein flüchtiger Zustand, da der Signifikant „empirisch nicht leer bleiben kann, sondern als flottierender Signifikant auf verschiedene, auch konkurrierende Signifikate bzw. Signifikantenketten verweist. Ein geleerter Signifikant befände sich also begrifflich in der Schwebelage zwischen seinen Funktionen als leerer und als hegemonial wieder angefüllter, flottierender Signifikant“ (Nonhoff, 2006, S. 132).

der Unmöglichkeit seiner Aufgabe, den Diskurs als Ganzes zu repräsentieren, dessen Teil er selber sei (Stäheli, 2006, S. 263). Und weiter:

Er ist die symbolische Verkörperung eines imaginären Allgemeinen, das sich als ‚tatsächliches Allgemeines‘ nie realisieren lässt. Der Ort des imaginären Allgemeinen lässt sich [...] als Ort des Mangels begreifen, als leerer Ort, der aufgrund seiner Leere stets aufs Neue symbolische Füllungsversuche hervorruft (Nonhoff, 2010, S. 308).

Immer dann, wenn ein partikularer Signifikant zum Signifikanten der abwesenden gemeinschaftlichen Fülle¹⁷ werde (beispielsweise die bereits genannten Signifikanten „Ordnung“ oder „Freiheit“), liege ein *hegemoniales Verhältnis* vor. So werde der Signifikant „Ordnung“, welcher an sich keine festgelegte Bedeutung habe, in einem Zustand der Unordnung als „das anwesend, was abwesend ist“ und kann so das Allgemeine und den Mangel an Allgemeinem darstellen. Er werde zum leeren Signifikanten, um dessen hegemoniale Befüllung politische Kräfte wetteifern. Derjenigen Kraft, der es dabei gelänge, ihre partikularen Ziele als Erfüllung des Mangels zu definieren, hegemonisiert also ihre Forderungen. Leere Signifikanten seien so Voraussetzung bzw. Bedingung für das Auftreten von Hegemonie (Laclau, 2006, S. 74ff.). Hegemoniebildung sei demnach ein artikulatorisches Konstrukt. Es bedürfe eines weiten Bereichs an flottierenden Signifikanten und dem nicht repräsentierbaren Außen, dem Antagonismus, damit durch den leeren Signifikanten verschiedene weitere Signifikanten miteinander in Beziehung gesetzt, in Äquivalenzketten eingegliedert, entgegengesetzten Lagern zugeschrieben werden und somit verschiedene hegemonielle Forderungen diskursiv konstituiert werden können (Laclau/Mouffe, 2006, S. 177; Stäheli, 2006, S. 264f.).

3. Forschungspraktische Umsetzung: Diskursanalyse nach der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe

Im folgenden Abschnitt soll nun die Hegemonietheorie am ausgewählten Material ihre Anwendung finden. Ergänzt wurde das theoretische Konstrukt von Laclau/Mouffe durch einige Elemente der Hegemonieanalyse nach Nonhoff (darunter beispielsweise die Bezeichnung der Äquivalenzketten P und Q sowie die Unterscheidung zwischen

¹⁷ Nonhoff betont, dass in politischen Diskursen das Gemeinwohl (oder ein äquivalenter Begriff) als Allgemeines stets eine große Rolle spiele, welches an sich aber nicht diskursiv präsent sei, sondern durch ein Element (also einen leeren Signifikanten) symbolisiert werden müsse. In differenzierten politischen Räumen, wie jenen der modernen Demokratien, trete das Gemeinwohl als Allgemeines jedoch seltener als umfassendes Allgemeines auf, sondern „sektoral spezifiziert“. Das Gemeinwohl wird also unter dem Aspekt von Sicherheit oder Wohlstand oder Gerechtigkeit gesehen (Nonhoff, 2010, S. 308).

Ziel- und Mittelforderungen), ohne dass dabei jedoch die gesamte ausgearbeitete Nonhoff'sche Hegemonieanalyse Grundlage der Anwendung ist. Unter Abschnitt 3.1 erfolgt zunächst eine kurze Zusammenfassung der sogenannten „NSA-Affäre“, die die Grundlage der beiden Textkorpora darstellt, deren Auswahl in 3.2, zusätzlich zu der der jeweiligen Akteure, begründet wird. Im Anschluss folgen die Textanalyse des Innenministers Hans-Peter Friedrich (3.3) sowie jene der Bundeskanzlerin Angela Merkel (3.4).

3.1 Die NSA-Affäre

Grundlage und Rahmen für den konkreten Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bilden die Veröffentlichungen des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden, beginnend im Frühsommer dieses Jahres und (in Deutschland) medial zusammengefasst als „NSA-Affäre“¹⁸ (Poitras et al., 2013, S.76; Pfister et al., 2013, S.21) Edward Snowden arbeitete als Systemadministrator für Booz Allen Hamilton, eine private Vertragsfirma der NSA, als er Anfang 2013 die Dokumentarfilmerin Laura Poitras sowie den Guardian-Journalisten Glenn Greenwald kontaktierte und ihnen kopierte Unterlagen schickte, die belegen sollten, dass der amerikanische und britische Geheimdienst seit mehreren Jahren mit diversen geheimen Programmen die Kommunikation im Internet in bis dato ungeahnter Menge überwachen und speichern würde (Appelbaum et al., 2013, S.24). Zu seinen Motiven sagte Edward Snowden in einem gefilmten Interview, geführt von Laura Poitras und Glenn Greenwald, in welchem er sich erstmalig öffentlich zu erkennen gab: "I don't want to live in a society that does these sort of things. I do not want to live in a world where everything I do and say is recorded. That is not something I am willing to support or live under" (MacAskill, 2013). Am 6. Juni 2013 publizierte der britische Guardian zum ersten Mal Informationen Edward Snowdens. Seither gelangen weiterhin neue Informationen an die Öffentlichkeit, die NSA-Affäre ist bis zum heutigen Zeitpunkt¹⁹ nicht aufgeklärt. So wurde u.a. bekannt, dass die NSA mittels des Programms *PRISM* direkten Zugriff auf die Kommunikationsinhalte der Kunden zahlreicher großer amerikanischer IT- und Internetunternehmen habe. Der britische Geheimdienst *Government Communications*

¹⁸ Die Bezeichnung wird in dieser Arbeit übernommen, um den komplexen Themeninhalt vereinfachend bezeichnen zu können. Dabei werden keine Wertungen abgegeben oder übernommen, ob es sich bei dem Sachverhalt definitionsgemäß um eine „Affäre“ handle. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung sehr verkürzend und einschränkend ist, da die NSA weder einziger Akteur, noch einziges Thema im Sachverhalt darstellt.

¹⁹ Die vorliegende Arbeit wurde am 15. November 2013 eingereicht.

Headquarter (GCHQ) kooperiere mit amerikanischen Geheimdiensten, indem Glasfasernetze, die über britisches Territorium laufen, angezapft werden, um so ebenfalls Online- und Telekommunikation überwachen zu können. Die NSA habe auch ohne Gerichtsbeschluss Zugriff auf Telefonverbindungsdaten von US-Bürgern und soll zudem die Vertretungen der EU in Washington und New York sowie das französische Außenministerium abgehört haben. Die jüngsten Meldungen des Guardian berichteten, dass die NSA die Telefonanschlüsse von 35 Staats- und Regierungschefs überwache, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel (Appelbaum et al. 2013, S. 23ff; Ball, 2013). In der internationalen Öffentlichkeit, in Politik und Medien entstand in dieser Zeit der Eindruck, der amerikanische Geheimdienstapparat habe durch den Einsatz zahlreicher Programme sowie durch Kooperation mit anderen internationalen Geheimdiensten (darunter möglicherweise auch des Bundesnachrichtendienstes [BND]) und multinational agierenden amerikanischen IT- und Internetunternehmen massenhaft und verdachtsunabhängig²⁰ Internet- und Telekommunikationsdaten von Menschen jedweder Nation abfangen, auswerten und speichern können. Nach den jüngsten Meldungen über die Spionagefälle bei Regierungen und Staatschefs, bei deren Nationen (obwohl bisher nicht alle namentlich bekannt seien) es sich zumindest im Fall von Deutschland und Frankreich um NATO-Bündnispartner handelt, mehrten sich diplomatische Irritationen, vor allem von Seiten der Bundesrepublik (Poitras et al., 2013, S. 77; Ball, 2013). Letztere begann erst nach den Enthüllungen über das abgehörte Mobiltelefon der Kanzlerin Ende Oktober mit ernsthaften Ermittlungen gegenüber den amerikanischen Geheimdiensten und der amerikanischen Regierung (Appelbaum et al., 2013, S. 21ff.).

3.2 Auswahl der Diskursteilnehmer und Textkorpora

Angela Merkel und Hans-Peter Friedrich wurden als Akteure exemplarisch ausgewählt, um die Reaktion der deutschen Bundesregierung auf die Vorwürfe im Rahmen der NSA-Affäre zu untersuchen, da die Bundeskanzlerin sowie der für den Datenschutz zuständige Minister des Inneren in ihrer Funktion maßgeblich verantwortlich sind für die innere Sicherheit sowie, im Falle der Kanzlerin, für die Repräsentation der Regierungsentscheidungen im Namen der Bundesrepublik. Ausgewählt wurden zudem nur Regierungsmitglieder, die der CDU/CSU-Fraktion angehören, da das

²⁰ Durch die zahlreichen Verdachtskriterien, besonders des Programms *XKeyscore*, könne nahezu jeder Internetnutzer unter Verdacht fallen. Beispielsweise, wer in einer bestimmten Region in einer dort ungewöhnlichen Sprache kommuniziere, generell Verschlüsselungstechniken benutze oder Dokumente verschicke, in denen bestimmte zensierte Begriffe vorkämen (Lischka/ Stöcker, 2013).

Parteiprogramm der FDP ein anderes Verständnis von bürgerlichen Freiheiten und Sicherheit beinhaltet als jenes der konservativen Parteien und bereits zu Beginn des Diskurses davon ausgegangen werden konnte, dass Regierungsmitglieder von Union und FDP abweichende Positionen und Haltungen bezüglich der NSA-Affäre einnehmen könnten.²¹ Bei den beiden Textkorpora handelt es sich erstens um die vereinbarte Debatte mit dem Titel „Konsequenzen für Deutschland aus der internationalen Internetüberwachung“, die Hans-Peter Friedrich am 26. Juni 2013 (249. Sitzung) im Deutschen Bundestag eröffnete (Deutscher Bundestag, 2013). Zweitens wurde ausgewählt die Mitschrift der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama zum Thema des Besuchs von US-Präsident Barack Obama in Berlin (Merkel/ Obama, 2013). Die Pressekonferenz fand statt am 19. Juni 2013.²² Bei beiden Dokumenten handelt es sich ferner um die ersten längeren Redebeiträge beider Akteure zur NSA-Affäre, wobei sich Kanzlerin Merkel im Gegensatz zu Innenminister Friedrich in ihrer Rede verbal nicht ausschließlich der NSA-Affäre widmet, sondern zusätzlich wirtschaftliche und außenpolitische Themen anspricht. Die Pressekonferenz sowie die vereinbarte Debatte fanden jeweils rund zwei und drei Wochen nach den ersten Publikationen der Snowden-Dokumente statt. Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz war durch die mediale Veröffentlichung bereits bekannt, dass die NSA durch das PRISM-Programm Zugriff auf die Server von zahlreichen IT-Konzernen wie u.a. Google, Apple, Microsoft und Facebook habe und dadurch Kundendaten, bestehend aus u.a. Mails, Chats, Fotos, Videos oder Datenübertragungen, einsehen und speichern könne. Betroffen seien dabei auch deutsche Staatsbürger, sofern sie Kunden von mindestens einem der genannten Unternehmen seien (Kremp/ Lischka/ Reißmann, 2013). Durch Veröffentlichungen des Guardian war zum Zeitpunkt ebenfalls bekannt, dass aus Deutschland von allen europäischen Ländern die meisten Kommunikationsdaten ausgespäht worden seien. Das entsprechende Analyseinstrument, das von der NSA verwendet werden soll, heiße *Boundless Informant* (Biermann, 2013). Wenige Tage vor der Rede Friedrichs im Deutschen Bundestag veröffentlichte der Guardian, dass der britische Geheimdienst GCHQ mit der NSA kooperiere und bei der seit 18 Monaten laufenden Operation *Tempora* Daten, die über Glasfaserverbindungen laufen, anzapfen

²¹ Da sich das Untersuchungsinteresse auf die diskursive Reaktion der Bundesregierung (repräsentiert von Kanzlerin Merkel und Innenminister Friedrich) auf die Enthüllungen der NSA-Affäre richtete, konnten im Rahmen dieser Arbeit aufgrund des vorgegebenen Umfangs ggf. abweichende Haltungen des Koalitionspartners der FDP sowie der Opposition nicht diskursiv untersucht werden.

²² Die Textanalysen der folgenden Abschnitte 3.3 und 3.4 beziehen sich ausschließlich auf die beiden genannten Quellen (es sei denn, es wird Sekundärliteratur zitiert oder paraphrasiert). Es werden daher im Folgenden Zeilenangaben verwendet.

und bis zu 30 Tage zwischenspeichern könne (o.V., Spiegel Online, 2013).

3.3 Textanalyse Hans-Peter Friedrich

Ein Begriffspaar, das in der Bundestagsdebatte „Konsequenzen für Deutschland aus der internationalen Internetüberwachung“ von Hans-Peter Friedrich (neben „Gesetz und Recht“/„Recht und Gesetz“ [4, 17, 48, 83, 101, 113]) besonders häufig genannt wird, ist die „Balance von Freiheit und Sicherheit“ (21, 27, 50). Der Innenminister beginnt seinen Redevortrag denn auch mit der Behauptung, „der Schutz der Privatsphäre ist Ausfluss der Grundrechte unserer Verfassung“ (1f.), weswegen „der gläserne Bürger mit unserem Verfassungsverständnis in diesem Lande nicht zu vereinbaren“ sei (2f.). Daher müsse sich staatliches Handeln sowie das Handeln aller Behörden und demnach auch der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste „streng an Gesetz und Recht halten“ (3f.) (auf die weitere Bedeutung des Begriffspaares ‚Recht und Gesetz‘ wird an späterer Stelle noch eingegangen). Diese Behörden werden zudem von Parlament und entsprechenden Gremien kontrolliert. Nachdem Friedrich das Parlament im Anschluss darüber in Kenntnis setzt, dass abgegebene Behauptungen des Chefs der NSA sowie des Koordinators der britischen Geheimdienste und der „deutschen Niederlassungen von Internetunternehmen“ belegen, dass die aktuellen „Presseberichte zumindest so, wie sie geschrieben sind, nicht zutreffen“ und es „niemals ein flächendeckendes Abgreifen oder einen flächendeckenden Zugriff auf ihre [der Unternehmen, NG] Daten gegeben“ habe (4-16), erwähnt er zum ersten Mal die Balance von Freiheit und Sicherheit: „Richtig ist, dass wir immer um die Balance von Freiheit und Sicherheit ringen müssen“ (21f.). In einem Atemzug ergänzt er: „Es gilt dabei der Satz: Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit“ (22). Im Folgenden behauptet Friedrich „deswegen braucht Freiheit auch Sicherheit“ (25). Es komme auf „die richtige Balance“ (27) an. „Richtige Balance heißt: Man darf das Sicherheitsstreben nicht so weit überziehen, dass die Freiheit Schaden nimmt“ (27f.). An dieser Stelle wird deutlich, dass es sich bei den Begriffen Freiheit und Sicherheit bzw. der Balance von Freiheit und Sicherheit um Signifikanten handelt, die dazu dienen, diskursiv das Allgemeine darzustellen. Freiheit und Sicherheit bzw. ein Gleichgewicht zwischen beiden werden/wird so angerufen, um die abwesende gemeinsame Fülle darzustellen. Dies ist jedoch nur eingeschränkt bzw. kurzfristig gültig, wie nun belegt werden soll: Wie an den genannten Textstellen bereits ersichtlich wird, behauptet Friedrich zwar, der „gläserne Bürger“ (2) sei mit „unserem Verfassungsverständnis in diesem Land nicht zu vereinbaren“ (2f.), weswegen vor dem

Hintergrund der aktuellen Enthüllungen vermeintlich um die Balance Freiheit und Sicherheit „gerungen“ werden müsse. Gleich im nächsten Satz widerspricht sich der Innenminister jedoch selbst, indem er den scheinbar allgemein „gültigen Satz: Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit“ (22) ausspricht. Obwohl seine Balancedefinition („richtige Balance heißt: man darf das Sicherheitsstreben nicht so weit überziehen, dass die Freiheit Schaden nimmt“ [27f.]) dies wieder etwas relativiert, leitet Friedrich im folgenden Absatz seiner Rede zu folgender, alles bisher Gesagte in ein anderes Licht stellender, Aussage über: „Unsere Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bedroht“ (30), und ergänzt: „Das ist ein Faktum, an dem keiner vorbeikann“ (36). Sicherheit sei zudem „das Ziel, das man erreichen will“ (49). Gleichzeitig zeichnet Friedrich die antagonistische Grenze auf, indem er auch sagt, wer die Bezugsgruppe ist und durch was sie bedroht wird: „Sie [unsere Sicherheit, NG] ist bedroht durch organisierte Kriminalität, sie ist bedroht durch internationalen Terrorismus. Ich darf meinen Kollegen, den Innenminister aus Frankreich, der der sozialistischen Partei angehört, zitieren, der noch im Mai gesagt hat: Es gibt ein weltumspannendes Netz an Terrorismus, das uns bedroht, das uns nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland und in ganz Europa bedroht“ (30-34). Martin Nonhoff führt hierzu aus:

Das Allgemeine kann im Diskurs, im Raum des Symbolischen keinen rechten Ausdruck finden, und so läßt [!] es sich schwerlich an einem Begriff oder einer Formulierung festmachen. Es deutet sich jedoch im Netz einer Vielzahl von Artikulationen an, insofern es innerhalb bestimmter Forderungen als Mangel erscheint. Diese Forderungen haben üblicherweise zwei Kennzeichen: zum einen, daß [!] sie letzte Ziele formulieren, und zum anderen, daß [!] diese Ziele allgemeine Ziele sind (Nonhoff, 2006, S. 261f.).

Beide letztgenannten Eigenschaften lassen sich an dieser Stelle in den Äußerungen des Innenministers entdecken: So ist erstens (und entgegen aller vermeintlichen Forderungen einer „richtigen Balance“ zwischen dem Ziel Sicherheit [49] und dem „Eingriff in die Privatsphäre“ [49]) das oberste Ziel die Sicherheit. Sicherheit ist der nunmehr leere Signifikant, der das Allgemeine repräsentieren und die Beseitigung des Mangels, der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus, herbeiführen soll. Gefordert wird vom Innenminister also kein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit, sondern eine Verhältnismäßigkeit, in der der Sicherheit durch die Bedrohung durch den antagonistischen Feind ein höheres Gewicht eingeräumt wird. Der Schutz der Privatsphäre und die Freiheit werden unter dem Aspekt der Sicherheit austariert („es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit“ [22]). Zweitens, um wieder zu Nonhoff zurückzukommen, artikuliert Friedrich das oberste Ziel als allgemeines Ziel, indem er die Bezugsgruppe definiert, die durch den Antagonisten bedroht ist

(Deutschland, Frankreich, Europa) und, indem er die Parlamentarier direkt anspricht, erklärt, „unsere Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bedroht“ (30). Die Meinung der Anderen wird dabei durch die Formulierung „das ist ein Faktum, an dem keiner vorbeikann“ (36) vereinnahmt. Derartige Formulierungen bekräftigen nach Nonhoff die Invokation des Allgemeinen (Nonhoff, 2006, S. 262).

Von dieser Grundlage aus kann nun die Darstellung der gebildeten Äquivalenzketten P und Q erfolgen. Der Äquivalenzkette P entsprechen dabei die Forderungen, die die Beseitigung des Mangels herbeiführen sollen. Äquivalenzkette Q repräsentiert den Widerstand gegen die gestellten Forderungen. Ihre Signifikanten stellen die Ursache für den Mangel dar (Nonhoff, 2006, S. 274, 278).²³ Wie oben bereits deutlich wurde, werden „organisierte Kriminalität“, „internationaler Terrorismus“ sowie ein „weltumspannendes Netz an Terrorismus“ vom Innenminister diskursiv als Ursachen für den Mangel artikuliert. Es werden ferner Bombenattentate in der U-Bahn, Einbrüche und Kindesentführungen in der Äquivalenzkette Q miteinander äquivalent gesetzt. Alle diese Elemente machen den „Menschen“ „Angst“ und verhindern also die Erfüllung der übergeordneten Forderung nach Sicherheit sowie jener nach Freiheit:

Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit. Wenn die Menschen Angst haben müssen, dass sie in der U-Bahn in die Luft gesprengt werden, wenn die Menschen Angst haben müssen, dass ihre Häuser ausgeräumt werden, während sie im Urlaub sind, wenn sie Angst haben müssen, dass ihre Kinder auf dem Weg zur Schule entführt werden, dann ist die Freiheit bedroht. Deswegen braucht Freiheit auch Sicherheit (22-25).

Zusätzlich werden Waffen- und Rauschgifthandel bzw. deren Akteure, der „Waffenhändler“ (71) und der „Rauschgifthändler“, (71) sowie „Extremisten“ (57) in Bezug auf die Gefährdung und Beschneidung der nationalen und europäischen Sicherheit äquivalent gesetzt. Grundlage und damit Mittelforderung zur Erreichung der Sicherheit, stellt nun die „Zusammenarbeit zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden, denen unserer europäischen Nachbarn und Partner sowie den Sicherheitsbehörden der USA“ (41f.) dar. Bisher konnten in „Deutschland“ (38) durch Hinweise „unserer amerikanischen Freunde“ (39) „große Anschläge“ (38) (Q-Element) etwa durch die „Sauerland-Gruppe“ (40) (ebenfalls Q-Element) verhindert werden. Hier kommen nun die oben bereits genannten Begriffe Recht und Gesetz ins Spiel. Innenminister Friedrich erklärt dem Parlament zunächst das „gemeinsame europäische

²³ Hier muss betont werden, dass die einzelnen Q-Elemente nicht in jeder Beziehung, sondern nur in Bezug auf die Kontrarität zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, miteinander äquivalent seien. Daher lassen sich nicht alle der äquivalent artikulierten Elemente als Gegenteil des Geforderten bzw. als Aspekt des Mangels an Allgemeinem artikulieren (Nonhoff, 2006, S. 278, 287).

Rechtsverständnis“ (52) zum Thema Balance von Sicherheit und Freiheit und setzt das Rechtsverständnis der europäischen Staaten in Bezug auf die „Speicherung“ von „Verbindungsdaten von Kommunikation“ äquivalent, obwohl er durch Zurufe daran erinnert wird, dass die EU-Gesetzesvorlage in Deutschland durch das Bundesverfassungsgericht 2010 abgelehnt wurde (vgl. Poitras et al., 2013, S. 77). Der Innenminister hält, obwohl er auf den Zuruf eingeht, weiter an einem gemeinsamen europäischen Rechtsverständnis fest und integriert im Folgenden auch „unsere amerikanischen Freunde“ (73) in die gemeinsame Rechtsauffassung, wenn er sagt:

Meine Damen und Herren, ich weiß oder gehe davon aus, dass auch unsere amerikanischen Freunde ein ähnliches Rechtsverständnis haben und sich ihre Gesetze an diesem Rechtsverständnis orientieren (73f.) [...] Ich habe bisher keine Hinweise, die daran zweifeln lassen, dass das Rechtsverständnis einer der ältesten Demokratien der Welt dem Rechtsverständnis ähnelt, das wir in Europa haben. (76-78) [...]Es handelt sich dort um eine Rechtsordnung, von der ich glaube, dass sie unserer ähnlich, mit unserer vergleichbar ist; ich habe jedenfalls keine anderen Hinweise. (113f.)

Deutschland, Europa und „eine der ältesten Demokratien der Welt“, womit in dem Fall die USA gemeint sind, werden an dieser Stelle in Bezug auf ihr Rechtsverständnis äquivalent gesetzt, wobei nicht genau erklärt wird, auf welche konkreten Gesetze (mit Ausnahme der „Speicherung“ von Verbindungsdaten in der Europäischen Union) sich dieses gemeinsame Rechtsverständnis bezieht. Wichtiger ist dem Innenminister, dass sich alle Mitglieder dieses gemeinsamen Rechtsverständnisses an „Recht und Gesetz“ halten: „aber wichtig ist, dass sich Behörden, Sicherheitsdienste – wer auch immer! – in den USA, in Europa, in Deutschland stets an Recht und Gesetz zu halten haben und – das ist das Entscheidende“ (82-84). Und, mit Verweis auf die Bundeskanzlerin: „Es muss immer sichergestellt werden – das hat die Bundeskanzlerin, glaube ich, beim Besuch des amerikanischen Präsidenten gesagt –, dass auch die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten auf Recht und Gesetz beruht“ (46-48). Anschließend belegt Friedrich, dass sich die USA an Recht und Gesetz halten: „[...] sie [die Zuständigen der USA, NG] sagen in öffentlichen Äußerungen: Wir halten uns an Recht und Gesetz. Das ist das Faktum.“ (101-103) Und weiter: „Auch die Zuständigen in Washington haben erklärt: Das, was dort steht, ist so nicht zutreffend; wir halten uns an Recht und Gesetz.“ (112f.). Der Innenminister liefert auch gleich die Erklärung, warum es sowohl in Deutschland und der EU als auch in den USA nach Recht und Gesetz zugehe:

[...] aber wichtig ist, dass sich Behörden, Sicherheitsdienste – wer auch immer! – in den USA, in Europa, in Deutschland stets an Recht und Gesetz zu halten haben und – das ist das Entscheidende – unser Parlament – Sie alle – sowie die Parlamente in

Großbritannien und in den USA, deren Abgeordnete von den Bürgern demokratisch gewählt sind, kontrollieren, was die Geheimdienste machen. Das ist eine Tatsache, an der auch Sie nicht vorbeikommen. (82-88)

Neben dem o.g. „Faktum“ handelt es sich hierbei also um eine „Tatsache“, an der keiner im Parlament vorbeikomme. Deswegen brauche es auch nicht die Zwischenrufe von Renate Künast vom BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, die „einer der ältesten Demokratien“ (90) nicht erzählen müssen, wie erstere „ihre Behörden kontrollieren muss“ (91). Dass dies unnötig sei, ist wichtig für Friedrichs diskursive Argumentation, weil die Zusammenarbeit (nach Recht und Gesetz!) „zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden, denen unserer europäischen Nachbarn und Partner sowie den Sicherheitsbehörden der USA“ (41f.) die „Grundlage der Sicherheit, die wir in den letzten Jahren erreicht haben“ (42f.) bildet und Deutschland vor „einem Anschlag mit vielen Toten“ (43f.) verschont hat. Die Zusammenarbeit der deutschen, europäischen und amerikanischen Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste stellt also eine erste Mittelforderung der Äquivalenzkette P dar, die die Sicherheit gewährleisten soll. Die demokratische Kontrolle der Dienste und Behörden ist eine weitere Mittelforderung und verweist gleichzeitig auf die antagonistische Grenze:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt die wirklich schlechte Nachricht: All das, was man der NSA unterstellt, ist offensichtlich technisch möglich, und alles, was technisch möglich ist, ist auch durch die organisierte Kriminalität und durch Terroristen nutzbar, nur mit dem Unterschied, dass sie nicht von Parlamenten kontrolliert werden und sich nicht an Gesetze halten (116-120).

Es erfolgen weitere Mittelforderungen, erstens, dass „dass wir unsere Daten, unsere Leitungen, unsere Netze, unsere Infrastruktur widerstandsfähig machen“ (121f.) und zweitens, dass das von Friedrich auf den Weg gebrachte „IT-Sicherheitsgesetz“ (125) „spätestens nächstes Jahr im Gesetzblatt stehen“ (131) müsse. Beide Forderungen dienen der Sicherheit, indem konkret dafür gesorgt werde, dass „Spionage“ (122) und „Sabotage“ (123) in den Netzen nicht vorkommen und „dass kritische Infrastruktur in Deutschland zum Schaden des ganzen Landes beschädigt und sabotiert werden kann“ (126-128). Hier findet sich zudem wieder eine Forderung, die einen allgemeinen Gültigkeitsanspruch widerspiegelt („zum Schaden des ganzen Landes“). Es werden also, um weiter auf die Äquivalenzketten einzugehen, zahlreiche Forderungen erhoben, die den Mangel beheben sollen: die Zusammenarbeit europäischer (inklusive deutscher) und amerikanischer Sicherheitsbehörden und Geheimdienste, die Speicherung von Kommunikationsdaten und die Stärkung der Widerstandskraft der „kritischen Infrastruktur“ mittels eines IT-Sicherheitsgesetzes. Dazu werden vom Innenminister

Deutschland, die Europäische Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf ihr gemeinsames Rechtsverständnis, die Einhaltung der entsprechenden Gesetze und ihre demokratische Kontrollfunktion äquivalent gesetzt, um die antagonistische Grenze aufzeigen zu können. Diskursiv wird der Antagonist erzeugt, der in Form von organisierter Kriminalität und Terrorismus – im Gegensatz zum konstruierten „Westen“ – nicht über eine parlamentarische Kontrolle verfüge, sich nicht an Gesetze halte und durch „Spionage“ und „Sabotage“ (beides Q-Elemente) den technologischen Fortschritt ausnutze, um u.a. Deutschland Schaden zuzufügen. Besonders deutlich wird an dieser Stelle, wie es Friedrich gelingt, die medialen Vorwürfe der Spionage im Internet, die sich ursprünglich gegen die USA (und gegen andere internationale kooperierende Geheimdienste) richteten und aktuell weiterhin richten, als Elemente der Äquivalenzkette Q zu artikulieren, also als Signifikanten, die die Realisierung der „Sicherheit“ behindern, uns zwar ausgehend von antagonistischen Akteuren, wie Terroristen und organisierter Kriminalität.

Abschließend kann nach der Analyse der Rede des Innenministers vor dem Deutschen Bundestag aufgezeigt werden, dass Hans-Peter Friedrich zu diesem Zeitpunkt der NSA-Affäre diskursiv versucht, den Signifikanten „Sicherheit“ als leeren Signifikanten zu etablieren, mittels dessen die gemeinschaftliche Fülle symbolisiert werden soll. Da die Repräsentation der gemeinschaftlichen Fülle, wie oben bereits beschrieben, nie vollkommen gelingen kann, muss der Innenminister aufzeigen, was deren Realisation im Wege steht. Er muss also bezeichnen, was abwesend ist, in seinen eigenen Worten, was die Sicherheit „bedroht“. Da weder das Allgemeine noch der Mangel an Allgemeinen theoretisch abschließend definiert werden können, müssen auf beiden Seiten der antagonistischen Grenze Signifikantenketten ausgebildet werden, um zu bezeichnen, was letztendlich nicht bezeichnet werden kann. Friedrich sieht die Sicherheit durch u.a. internationalen Terrorismus, organisierte Kriminalität, U-Bahn-Attentate, Anschläge, Einbrüche, Kindesentführungen, Waffen- und Rauschgifthändler sowie Sabotage und Spionage digitaler Infrastruktur gefährdet. Hierbei werden differente Elemente wie Wohnungseinbrüche oder Kindesentführungen in Deutschland mit U-Bahn-Attentaten in Bezug auf den Mangel an Allgemeinem äquivalent gesetzt. Dem internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität steht nun der, von Friedrich in Bezug auf das gemeinsame Rechtsverständnis äquivalent gesetzte, Westen (Deutschland, Europa, USA) gegenüber. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste stelle die Grundlage der Sicherheit dar (hier beruft sich

Friedrich mit der „Sauerland-Gruppe“ auf einen konkreten vergangenen Erfolg). Die Speicherung von Verbindungsdaten der Kommunikation, der Schutz der digitalen Infrastruktur sowie das IT-Sicherheitsgesetz und die demokratische Kontrolle der Geheimdienste (an dieser Stelle findet sich mit der fehlenden parlamentarischen Kontrolle auf der Q-Ebene das Gegenteil der P-Forderung) realisieren die Beseitigung des Mangels.

3.4 Textanalyse Angela Merkel

Die Pressekonferenz von Angela Merkel und Barack Obama vom 19. Juni 2013 anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in Berlin stellt ein erstes (und in dieser Kombination bisher einziges) Redezeugnis beider Staatshäupter zu einem sehr frühen Zeitpunkt der NSA-Debatte dar. Bei der Analyse der Mitschrift fällt zunächst auf, dass die Spionagevorwürfe gegenüber den USA von Merkel als „Fragen des Internets“ (28) bezeichnet werden, bei denen es sich scheinbar um einen Unterpunkt zwischen vielen weiteren Themen handelt, die Teil der vergangenen Gespräche mit Präsident Obama waren. Kanzlerin Merkel, die die Pressekonferenz mit einer kurzen Rede eröffnet, resümiert für Publikum und Journalisten den Inhalt ihrer Gespräche mit Obama. Zunächst betont sie Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA, um dann das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und Amerika anzusprechen. Danach folgen die „Fragen des Internets“ und anschließend außenpolitische Aspekte, betreffend Afghanistan, den Iran und den Nahen Osten. Die Struktur von Obamas Rede gleicht in ihrem Aufbau der der Kanzlerin, wobei er auf die NSA-Affäre erst im folgenden Frageteil eingehen wird. Der Präsident beginnt mit einer Betonung des „Bündnisses“ (69) zwischen Deutschland und den USA (im folgenden allerdings vorwiegend zwischen Europa und den USA), fährt mit „Wirtschaftsthemen“ (79) fort, um sich dann Afghanistan, Syrien, Israel und Palästina zuzuwenden. Auch im anschließenden Frageteil beziehen sich lediglich zwei Fragen auf die Debatte rund um die Spionagevorwürfe, weitere Themen sind die Taliban-Gespräche, Guantanamo, Drohnen, deutsche Waffenlieferungen in Bürgerkriegsgebiete sowie die weltweite Finanz- und die EU-Schuldenkrise. Da davon ausgegangen werden kann, dass die gestellten Fragen bzw. die Fragesteller vor der Pressekonferenz selektiert worden sind, kann aufgrund der gleichmäßig gestreuten Themenvielfalt nicht auf ein geringes öffentliches Interesse an dem Themengebiet rund um die NSA ausgegangen werden, erlaubt die Anordnung und Auswahl der Themen der Redezeit sowie der anschließenden

Fragerunde jedoch Rückschlüsse auf die Präferenzen von Kanzlerin Merkel und Präsident Obama. Deutlich wird dies auch daran, dass beide Redner die zweite Frage zur NSA (256-258) ignorieren. Grundsätzlich handelt es sich bei dem ausgewählten Textkorpus um eine Quelle, in der Kanzlerin Merkel nur an wenigen Stellen die NSA-Debatte direkt anspricht. Da sich, wie oben genannt, jedoch nach Laclau/Mouffe diskursives Handeln nicht nur in konkreten Artikulationen äußere, sondern jedes Handeln mithin als diskursives Handeln zu verstehen sei, muss Angela Merkels Kommunikationsverhalten auch in Bezug auf das Redeverhalten Barack Obamas hin analysiert werden²⁴.

Angela Merkel beginnt, wie oben bereits erwähnt, ihre Rede mit der Betonung der „freundschaftlichen, vertrauensvollen Zusammenarbeit“ (5f.) zwischen den USA und Deutschland, die sich auf der „Grundlage freundschaftlicher, über Jahrzehnte dauernder Beziehungen“ (7) sowie auf „gemeinsamen Werten“ gründet. Folgend benennt die Kanzlerin den vergangenen Erfolg der Öffnung der Berliner Mauer, den Deutschland „auch unseren amerikanischen Freunden und Partnern zu verdanken“ (13f.) habe. Von der gemeinsam erfolgreich bewältigten Vergangenheit leitet die Kanzlerin zu „neuen Herausforderungen“ über, die durch die „in rasantem Tempo“ stattfindenden Veränderungen der Welt „auf den Plan“ (16) treten. Als erste Herausforderung wird das geplante Freihandelsabkommen angesprochen, dem die Kanzlerin nicht nur einen Platz im vordersten Teil ihrer Rede zuspricht, sondern welches ein „Bekenntnis“ (24) sein könne „zu einer zu einer globalen Welt, in der sich gemeinsame Werte und auch gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten besser gestalten lassen“ (24f.) Nicht nur freut sich Angela Merkel sehr (20) über die Eröffnung der Verhandlungen, sie werde sich zudem von „deutscher Seite“ (21) aus „mit voller Kraft dafür einsetzen“ (21f). Und weiter: „Deshalb liegt mir persönlich sehr viel an diesem Freihandelsabkommen. Das sage ich auch im Namen der gesamten Bundesregierung“ (26f.). Etwas weniger emotional geht es dann weiter mit „Fragen des Internets“ (28), über die sie mit Obama „im Zusammenhang mit dem Thema des PRISM-Programms“ (28f.) „gesprochen“ (28) habe:

Wir haben hier sehr ausführlich über die neuen Möglichkeiten und die neuen Gefährdungen gesprochen. Das Internet ist für uns alle Neuland, und es ermöglicht natürlich auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen Grundordnung, mit völlig neuen Möglichkeiten und völlig neuen Herangehensweisen unsere Art zu leben in

²⁴ Die vorliegende Arbeit hat nicht zum Ziel, die Redebeiträge des amerikanischen Präsidenten diskursiv zu untersuchen, daher erfolgt keine ausführliche Analyse seiner Äußerungen. Obamas Redeanteile werden nur dahingehend in die Interpretation eingebunden, wenn sie der diskursiven Analyse von Kanzlerin Merkel dienlich sind.

Gefahr zu bringen (29-33).

Dieser Satz ist zentral in Merkels Rede, verdeutlicht er doch, dass die Kanzlerin eine ganze Reihe von Signifikanten benennt, die sie jedoch (mit Ausnahme der demokratischen Grundordnung) nicht zu befüllen versucht. Das Internet kann also als eine der „Herausforderungen“ der sich verändernden Welt gesehen werden, als „Neuland“, welches „neue Möglichkeiten“ und „neue Gefährdungen“ generiere, letztere verursacht durch „Feinde und Gegner unserer demokratischen Grundordnung“, die wiederum selbst mit „völlig neuen Möglichkeiten“ und „völlig neuen Herangehensweisen“ „unsere Art zu leben in Gefahr bringen“. Im folgenden Absatz setzt Merkel zumindest „unsere demokratische Grundordnung“ äquivalent mit „unsere[n, NG] freiheitlichen Grundordnungen“ (37), die darauf beruhen, dass „Menschen sich sicher fühlen können“, doch ist das Ergebnis trotzdem eine Aufzählung von Signifikanten, die einen Antagonismus lediglich theoretisch beschreiben: einem „wir“ bzw. den Menschen der demokratischen Grundordnung stehen „Feinde und Gegner“ gegenüber, die mit „völlig neuen Möglichkeiten und Herangehensweisen“ „unsere Art zu leben in Gefahr bringen“. Die Kanzlerin unterlässt es jedoch dabei, weitere Signifikanten zu formulieren, die präzisieren, durch was genau die demokratische Grundordnung/„unsere Art zu leben“ bedroht wird, s.d. es an dieser Stelle auch unmöglich ist, Q-Elemente zu formulieren. „Feinde“ und „Gegner“ sind natürlich Q-Elemente, aber Angela Merkel artikuliert nicht, wer für sie im Namen der Bundesregierung (und damit für die Bundesrepublik) diese Feinde sind und wovon die Bedrohung ausgeht. Auch wenn sie schließlich dem „wichtigen Thema der Verhältnismäßigkeit“ und der „Frage der Balance“ verbalen Raum bietet, positioniert sie sich nicht. Definiert werden lediglich die beiden Endpunkte des Gleichgewichts „zwischen Sicherheit für unsere Menschen in unseren Ländern auf der einen Seite“ und „Notwendigkeiten von Informationsgewinnung“ auf der einen Seite und „der Unbeschwertheit, mit der Menschen die neuen technischen Möglichkeiten nutzen möchten, die ja auch sehr viel Freiheit und sehr viel neue Möglichkeiten mit sich bringen“ auf der anderen. Sie fährt fort:

Deshalb ist die Frage der Balance, die Frage der Verhältnismäßigkeit etwas, was wir weiter miteinander besprechen werden und wozu wir einen offenen Informationsaustausch zwischen unseren Mitarbeitern sowie auch zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums aus Deutschland und den entsprechenden amerikanischen Stellen vereinbart haben. Ich denke, dieser Dialog wird weitergehen (38-42).

Die Kanzlerin formuliert hier eine Mittelforderung, nämlich den fortzuführenden Dialog und den offenen Informationsaustausch zwischen „den entsprechenden Stellen“ in Deutschland und den USA (wobei hier unpräzise ist, um welche Mitarbeiter und Stellen es sich konkret handelt) und suggeriert gleichzeitig, dass die „Frage der Balance“ nicht öffentlich, sondern auf der diplomatischen Ebene verhandelt werden wird. Gleichzeitig wird eine aktuelle Positionierung verortet, der „Austausch“ (251) soll fortgeführt werden „und das war heute ein wichtiger Beginn“ (251). So diffus die Äquivalenzkette Q bisher artikuliert wurde, so deutlich verbalisiert die Kanzlerin in ihrem Redebeitrag zur NSA-Debatte P-Elemente und die Zielforderung zur Behebung des ebenfalls diffus formulierten Mangels. Dem o.g. Satz, der die Möglichkeiten und Gefährdungen des Neulandes Internet anspricht, wird folgende Aussage nachgeschoben: „Deshalb schätzen wir die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika in den Fragen der Sicherheit“ (33f.). Auch die übergeordneten „Herausforderungen“ (16) der sich verändernden Welt „wollen wir [...] entschlossen miteinander bewältigen“ (17). Indem Angela Merkel das Wertesystem der Bundesrepublik Deutschland mit jenem der Vereinigten Staaten äquivalent setzt, konstruiert sie jene Gemeinschaft der demokratischen Grundordnung, die sich zusammen den Herausforderungen stellt, die durch „Feinde und Gegner“ erzeugt werden. „In Fragen der Sicherheit“, aber auch bei Wirtschaftsthemen, wird die Zusammenarbeit „geschätzt“, was als Zielformulierung zur Behebung eines noch nicht gänzlich definierten Mangels verstanden werden kann.

Bei der bisher erfolgten Betrachtung der beiden Redeanteile Merkels zum Thema NSA-Affäre konnte also bisher kein leerer Signifikant ausgemacht werden, der zur Symbolisierung der abwesenden gemeinschaftlichen Fülle herangezogen wurde, da seitens der Kanzlerin „Sicherheit“ in Bezug auf das Internet lediglich als eine Herausforderung der globalen Welt bezeichnet werden kann. Betrachtet man die gesamte Pressekonferenz und beide Redner im Zusammenspiel, erhärtet sich diese Annahme. Durch die Redebeiträge beider Staatsoberhäupter sowie durch die „zugelassenen“ Fragen wird eine Sicht der Welt konstruiert, indem das „Bündnis“ zwischen Europa und den USA zwei wesentlichen „Herausforderungen“ gegenübersteht: erstens muss die Sicherheit in Zeiten von „terroristischen Angriffen“ (Obama, 274) und Kriegseinsätzen der USA (271f.) und gleichzeitig die gemeinsamen „Werte und Ideale“ (186) des konstruierten Westens verteidigt werden. Zweitens wird „alle[n, NG] Industrieländer[n, NG]“ (440) durch die Redner eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit angesichts der globalisierten Welt attestiert: „Ich glaube nur, dass sich die Welt ändert und dass Europa

nicht in allen Fragen nicht genug wettbewerbsfähig ist“ (Merkel, 412f.) und „denn man muss in der heutigen Wirtschaft wettbewerbsfähiger sein“ (Obama, 458f.). Zahlreichere Mittelforderungen werden erhoben: u.a. „Strukturreformen“ (Merkel, 420 /Obama, 458), „Abbau der Bürokratie“ (Merkel, 420), „Haushaltskonsolidierung“ (Merkel, 413/Obama, 461), „offener für Innovation und Forschung sein“ (Merkel, 420f.), „bezahlbare Energien“ (Merkel, 421f.), „Schwerpunkt auf das Wachstum legen“ (Obama, 460), „Umstrukturierung der Arbeitsmärkte oder Reformen der Rentensysteme“ (Obama, 461f.). Auf die NSA-Affäre kommt Präsident Obama hingegen nicht in seinem Redeteil zu sprechen, sondern ausschließlich im Frageteil der Pressekonferenz. Hier beantwortet er eine Frage zur NSA, die ursprünglich Angela Merkel gestellt wurde (152-155): „Bundeskanzlerin Merkel, die zweite Frage war an Sie gerichtet, aber wenn Sie nichts dagegen haben, wäre es meines Erachtens angebracht, dass auch ich auf die Frage der NSA eingehe; [...] Bundeskanzlerin Merkel wird natürlich auch ihre eigene Ansicht dazu darlegen“ (180-184). Die Bundeskanzlerin hat laut Mitschrift keine Einwände und so resümiert Obama, was er Bundeskanzlerin Merkel zum Thema dargelegt habe. Im Wesentlichen erklärt er ein Programm (195), wobei unklar bleibt, ob es sich um das in der Frage angesprochene PRISM-Programm handelt, und befüllt „unsere Werte und Ideale“ (186) sowie den Antagonismus. Zu den höchsten Werten des amerikanischen Staates gehöre demnach „die Privatsphäre und die Grundfreiheiten zu schützen“ (187). Im „Zeitalter des Internets“ (208) müsse gewährleistet werden, „dass die Regeln und Vorschriften, die gelten, auch in dieser neuen Welt des Internets zeitgemäß sind“ (209). Diese Regeln und Vorschriften bestehen demnach daraus, dass „die Aufsicht des Gerichts“ (220) gelte und „der Eingriff in die Privatsphäre [...] sehr beschränkt“ (224) sei. Es gäbe „sehr strikte Vorgehensweisen“ (211), „strikte Vorlagen, sodass wir die Möglichkeit haben, durch sehr striktes Vorgehen unsere Bevölkerung zu schützen“ (218f.). „Diese [strikten Vorgehensweisen, NG] gelten für Informationen, die wir in Fragen des Terrorismus, der Profilierung von Massenvernichtungswaffen und in weiteren sehr spezifischen Kategorien erhalten“ (211-213), es handle sich nicht „um eine Situation, in der wir den E-Mail-Austausch von deutschen, amerikanischen oder französischen Bürgern überprüfen und E-Mails durchgehen. Das tun wir nicht.“ (214-216). Ferner ist Obama nach der Umstrukturierung der Nachrichtendienste zunächst „zuversichtlich, dass wir jetzt das richtige Gleichgewicht haben“ (192), um danach abermals zu fordern: „Wir müssen hier ein Gleichgewicht herstellen“ (228). Angela Merkel scheint dem nicht viel hinzuzufügen haben, wenn sie auf die ursprünglich an sie gestellte Frage und nach Obamas Antwort „für die deutsche Bevölkerung auch nur

sagen“ will: „Es ist richtig und wichtig, dass wir darüber debattieren, dass Menschen auch Sorge haben, und zwar genau davor, dass es vielleicht eine pauschale Sammlung aller Daten geben könnte“ (239-241). Generell wird der von Obama formulierte Antagonismus, der die westliche Sicherheit bedrohe, hier als „Terrorismus“ und „Profilierung von Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet, wobei sich letztgenanntes Element auf die Außenpolitik beziehen könnte, konkret auf die in beiden Redeanteilen angesprochenen Kriegseinsätze der USA und ihrer Bündnispartner. Die antagonistische Grenze zeigt sich durch die ganze Pressekonferenz hindurch, da neben Wirtschaftsthemen und dem Internet besonders militärische Themen besprochen werden, indem auch zahlreiche Kriegsmetaphern zur Verwendung kommen (u.a. neben den oben bereits genannten Begriffen: „Nuklearprogramm des Iran“ [55], „auf dem Schlachtfeld Verwundete“ [104f.], „verwundete Amerikaner“ [106], „Kampfeinsatz der Nato in Afghanistan“ [116], „ungeheure Opfer unserer Bürger“ [118], „Blutvergießen“ [131]). Auf den Terrorismus bezogen erinnert Obama: „Es gab den 11. September, und wir sind seit mehr als einem Jahrzehnt in unterschiedlicher Weise bei Kriegen dabei“ (271f.). Spätestens hier wird die Bedrohung der Sicherheit explizit artikuliert. Die Sicherheit wird bedroht durch Terrorismus, der immer weitere Kampfeinsätze der USA (und ihrer Bündnispartner) bedingt, welche den Terrorismus weiter befördern: „Ein Krieg in Afghanistan war notwendig. Ich war auch strikt gegen einen weiteren Krieg im Irak. Aber wenn es dazu kommt, dass wir weiterhin in diesem Zustand sind, dann wächst die Gefahr von terroristischen Angriffen“ (272-274). Die beständige terroristische Bedrohung rechtfertigt zudem, wie oben bereits gezeigt wurde, die Sicherheitsmaßnahmen bezüglich des Internets. Dies wird auch deutlich, wenn Obama sagt, dass „es mindestens 50 Bedrohungen gegeben hat, die vereitelt worden sind, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch Bedrohungen, die es hier in Deutschland gab. Man hat durch diese Programme Leben gerettet“ (221-224). Wichtigste und übergreifende Zielforderung ist dabei, und das wird von beiden Staatschefs so artikuliert, der Zusammenhalt des Bündnisses gegenüber dem, den Mangel verursachenden, Antagonisten. So erzählt der Präsident von der Freiheitsmedaille für Angela Merkel als „höchster ziviler Auszeichnung, die ein Präsident der Vereinigten Staaten verleihen kann“ (67f.), um zu zeigen „wie eng wir zusammenarbeiten, und [daran, NG] wird auch die Stärke unseres Bündnisses erkenntlich“ (69f.). Europa sei „weiterhin der Eckstein unserer Sicherheit und unserer Freiheit“ (75) und „in fast allem, was wir unternehmen, unser Partner“ (76). Obama ergänzt: „Die Herausforderungen haben sich in ihrer Art zwar geändert; die Stärke der Beziehungen und die Bande, die

wir auf der Grundlage von gemeinsamen Werten und Idealen haben, bleiben jedoch weiterhin bestehen“ (76-78). Auch im Bereich der Wirtschaft sei die Zusammenarbeit bedeutsam: „Deutschland ist auch unser wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union“ (80f.) und: „Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sind bereits die größten der Welt“ (92f.). Schließlich wird auch dem dritten und letzten Bereich, dem Militärbündnis, äußerste Wichtigkeit zugesprochen:

Was unsere Sicherheit betrifft, so sind die Vereinigten Staaten und Deutschland mehr als nur Nato-Bündnispartner. In Deutschland ist mehr amerikanisches Militärpersonal stationiert als in irgendeinem anderen Land außerhalb der Vereinigten Staaten. Wir sind sehr dankbar für die Gastfreundschaft der Deutschen (100-103).

Angela Merkel ergänzt diesbezüglich:

Ich möchte ergänzen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika hier Stützpunkte und Soldaten haben, dass die auch gerade im Kampf gegen den Terrorismus eine wichtige Funktion innehaben, wenn ich zum Beispiel an Ramstein und an die Versorgung der verwundeten Soldaten dort denke, dass wir als Verbündete und Mitglied der Nato selbstverständlich solche Stützpunkte zur Verfügung stellen, dass wir unsere Arbeit auf der Basis gemeinsamer Werte vollziehen und uns natürlich auch immer über diese Werte austauschen, aber dass ich es auch ein Stück weit für sehr gut und sehr wichtig halte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auch in Deutschland solche militärischen Stützpunkte unterhalten. Das ist innerhalb eines Bündnisses normal, und so soll es auch bleiben (296-304).

Abschließend und zusammenfassend kann also die These formuliert werden, dass die Zielforderung der anhaltenden Zusammenarbeit oder Bündnistreue zwischen der, auf einem gemeinsamen Wertesystem beruhenden, Europäischen Union und den Vereinigten Staaten als leerer Signifikant die abwesende gemeinschaftliche Fülle symbolisieren soll. Die zahlreichen Forderungen (und Berufungen auf vergangene Erfolge [z.B.45-49]) in den Bereichen Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft stehen den Ursachen des Mangels gegenüber. So werden, grob resümiert, die zivile und militärische Sicherheit durch Terrorismus (bzw. durch Feinde und Gegner der demokratischen Grundordnung) und die Wettbewerbsfähigkeit der Industriestaaten durch die Globalisierung bedroht. Als alternativlose Antwort auf diese „Herausforderungen“ wird die, sich in der Vergangenheit bestens bewährte, Zusammenarbeit der westlichen „Freunde und Partner“ artikuliert. Sie ist „Eckstein unserer Sicherheit und Freiheit“ (Obama, 75) sowie Grundlage wichtiger Handelspartnerschaft und des militärischen Bündnisses.

Die Analyse der Redebeiträge von Kanzlerin Angela Merkel zeigt, dass diese für sich

allein betrachtet kaum dazu dienen, die diskursive Verortung beschreiben zu können. Ihre Äußerungen zur NSA-Debatte sind nicht sehr umfangreich, eine Nachfrage wird von ihr gänzlich ignoriert, eine zweite lässt sie zunächst von Präsident Obama beantworten, um im Anschluss nur geringfügige Ergänzungen vorzunehmen. In vielen Fällen vermeidet sie es, Signifikantenketten zu artikulieren, um das Allgemeine symbolisieren zu können. Kanzlerin Merkel spricht von „gemeinsamen Werten“, von „unserer Art zu leben“ und von „Feinden und Gegnern“, die diese Art zu leben bedrohen. Im Gegensatz zu ihrem Innenminister versucht sie bezüglich der NSA-Debatte nicht, derartige Signifikanten mit ihren Partikularforderungen zu befüllen, doch genau dies ist Voraussetzung für die Ausbildung einer Hegemonie. Auch arbeitet sie nicht mit Tatsachenbehauptungen wie Hans-Peter Friedrich. Allein bei dem Thema der deutschen bzw. europäischen Wettbewerbsfähigkeit verortet sich die Kanzlerin: sie beurteilt die Situation, sie formuliert einen Mangel, zahlreiche Forderungen, die diesen Mangel beheben und den Willen, sich dafür einzusetzen. Bezüglich der NSA-Affäre kann ihr diskursives Handeln nur in Bezug auf die Redeanteile von Präsident Obama analysiert werden, indem dessen ausführlichere Antwort auf die Frage, die ursächlich der Kanzlerin gestellt wurde (und die diese ohne Einwand abgibt), von dieser in dem Sinne übernommen wird, als sie ihr wenig hinzuzufügen hat. Durch die beiderseitige Betonung des starken Bündnisses, der Partnerschaft und gemeinsamen Werte zwischen Deutschland und den USA, werden artikulatorisch gleich zu Beginn beider Redeanteile sämtliche möglichen Differenzen negiert. Die Beteuerung der USA, bei den Spähprogrammen handle es sich ausschließlich um juristisch kontrollierte Terrorabwehr, die die Sicherheit nicht nur der USA, sondern auch der Freunde und Partner verteidige (was mit der Betonung vergangener Erfolge in Form von geretteten Leben durch 50 vereitelte Anschläge in Europa und den USA belegt wird), muss so von der Kanzlerin übernommen werden. In dem Sinne lässt sie eher den Präsidenten Signifikanten benennen, die spezifizieren, was der demokratische „Westen“ unter seinen Feinden und Gegnern verstehe. An dieser Stelle gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten zu der Rede von Innenminister Friedrich. In beiden Reden wird der demokratische und parlamentarisch kontrollierte „Westen“, bestehend aus Deutschland und der EU sowie den USA konstruiert, der sich auf einem gemeinsamen Rechtsverständnis und/oder auf gemeinsamen Werten begründe und dessen Sicherheit und Freiheit durch den Antagonisten, den Terrorismus und die organisierte Kriminalität, bedroht werde. Vom Innenminister wie von der Kanzlerin wird das Wort der USA, es handle sich bei den Abhöraktionen um gerichtlich legitimierte, nach „Recht und Gesetz“ durchgeführte

Terrorabwehr, die sich nicht flächendeckend gegen Partnerstaaten oder deren Bevölkerung richte, als demokratisch kontrollierte Aussage des Bündnispartners aufgenommen. Die weitere Zusammenarbeit wird als Grundlage der eigenen Sicherheit und entsprechend als Beseitigung des Mangels gegenüber Parlament und Bevölkerung artikuliert und soll dementsprechend fortgeführt werden. In der Pressekonferenz von Angela Merkel und Barack Obama, die ein weiteres Themenfeld aufweist als die Rede von Innenminister Friedrich, wird die Notwendigkeit der vergangenen und zukünftigen Zusammenarbeit zudem noch in militärischen und wirtschaftlichen Bereichen betont.

4. Fazit

Nach der Analyse der ausgewählten Textkorpora kann geschlussfolgert werden, dass die Bundesregierung, repräsentiert von Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Hans-Peter Friedrich, sich in der frühen Phase der NSA-Enthüllungen (in der noch nicht bekannt war, dass die Regierung selbst ein Opfer der Spähaktionen des amerikanischen Bündnispartners ist) diskursiv als werteäquivalenter (Bündnis)Partner der USA positioniert, der sich als Mitglied des konstruierten Westens Bedrohungen in Bezug auf Sicherheit und Freiheit von Seiten des Antagonisten, des Terrorismus und Extremismus, ausgesetzt sieht. Grundlage der Sicherheit bildet dabei die erfolgte und weitere Zusammenarbeit der Partner. Im direkten Vergleich unterscheidet sich das diskursive Verhalten zwischen der Kanzlerin und dem Innenminister. Letzterer positioniert die Elemente seiner geschlossenen Rede um den leeren Signifikanten Sicherheit und konstruiert Äquivalenzketten, um die antagonistische Grenze beschreiben zu können. Die Analysegrundlage der Pressekonferenz unterscheidet sich dahingehend, dass die Kanzlerin mit Barack Obama einen Redepartner hat, zudem werden mehrere thematische Schwerpunkte angesprochen. So mussten einerseits die Aussagen der Kanzlerin zur NSA-Affäre untersucht und diese schließlich in den Kontext der Pressekonferenz gesetzt werden. Besonders deutlich wurde, dass Angela Merkel im Gegensatz zu ihrem Innenminister auf die Befüllung der Signifikanten der Q-Kette verzichtete und diese ihrem Redepartner überließ. In Angela Merkels Rede wird der Westen zudem nicht nur in Fragen der Sicherheit, sondern auch in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Gleichwohl wird die Zusammenarbeit mit den USA in beiden Fällen als Forderung artikuliert, um den Mangel zu beheben. Trotz der Unterschiede im diskursiven Verhalten ist die diskursive Verortung jedoch ergebnisgleich, was zu der These führt, dass die Snowden-Enthüllungen, die dazu

dienen sollten, das Verhalten der amerikanischen Geheimdienste und der sie autorisierenden Regierung öffentlich in Frage zu stellen, zum Zeitpunkt der untersuchten Reden keine Auswirkungen auf die Regierung der Bundesrepublik zu haben scheinen. Wenn man von einer etablierten Hegemonie im Diskurs um die Anschläge vom 11. September ausgehen kann,²⁵ wird diese von der Bundesregierung zum Zeitpunkt diskursiv unterstützt. Besonders deutlich wird dies u.a. an der Stelle in Hans-Peter Friedrichs Rede, in der es ihm artikulatorisch gelingt, die den USA angelastete „Sabotage“ und „Spionage“ im Internet dem Antagonisten zuzuschreiben und die Bündnistreue damit diskursiv zu verfestigen.

Diese Ausarbeitung konnte aufgrund ihres begrenzten Rahmens und den fast täglich neu veröffentlichten weiteren Informationen den noch nicht bezeichneten Diskurs um die NSA-Affäre nicht umfassend untersuchen. Versucht wurde lediglich das diskursive Verhalten von Angela Merkel und Hans-Peter Friedrich exemplarisch zu einem relativ frühen Zeitpunkt der diskursiven Auseinandersetzung mit hegemonialen Werkzeugen zu analysieren. Hinsichtlich der noch zu leistenden Forschungsarbeit wäre erkenntnisgewinnend, im diskursiven Ringen um das „Wahre“ die Analyse um die Akteure der Opposition zu erweitern und/oder den Verlauf des Diskurses zu untersuchen, angefangen mit der Aussage Hans-Peter Friedrichs nach seinem Auftritt vor dem Parlamentarischen Kontrollausschuss am 16.07.13, bei der Sicherheit handle es sich um ein „Supergrundrecht“ (ZDF heute journal) oder bei den Versuchen des Innenministers und des Kanzleramtsministers Ronald Pofalla (CDU) Mitte August, die öffentliche und oppositionelle Diskussion zu beenden (o.V., 2013, Frankfurter Allgemeine). Eine besonders spannende Forschungsaufgabe sollte auch die Analyse des Diskurses nach den Veröffentlichungen über das Ausspionieren des Mobiltelefons der Bundeskanzlerin Ende des vergangenen Oktobers darstellen. Eine Aufgabe, die natürlich erst in der nahenden Zukunft stattfinden kann.

²⁵ Und dies wäre der Fall, wenn in Anlehnung an Nonhoff, Hegemonie als eine Art der Vorherrschaft definiert wird, die nicht auf Gewalt oder explizitem Zwang, sondern auf der Herausbildung eines gemeinsamen Willens der Betroffenen, beruht (Nonhoff, 2006, S. 148, 203) und die, in Anlehnung an Sabatier/Jenkins-Smith, dann als etabliert gilt, wenn sich die politischen Auswirkungen eines *belief system* zehn Jahre aufrechterhalten habe (Sabatier/ Jenkins-Smith, 1999, S. 133, zit. n. Nonhoff, 2006, S. 203).

Literaturverzeichnis

- APPELBAUM, Jacob [et al.] (2013): „Der unheimliche Freund. Den deutsch-amerikanischen Beziehungen droht eine Eiszeit. Offenbar haben die US-Geheimdienste nicht nur das Handy von Kanzlerin Angela Merkel überwacht, sondern die Botschaft in Berlin als Horchposten benutzt.“ In: *Der Spiegel*, Nr. 44, 28. Oktober, S. 20-26.
- BECKER, Sven [et al.] (2013): „Obamas Zwerge. Im Skandal um Amerikas Lauschangriff auf den Rest der Welt kuscheln Regierungen reihenweise vor Washington. Die Deutschen wollen von nichts gewusst haben – dabei wird jetzt klar, dass die Geheimdienste beider Länder eng kooperieren.“ In: *Der Spiegel*, Nr. 28, 08. Juli, S. 21.
- BRINKBÄUMER, Klaus (2013): „Amerikas Wahn“, in: *Der Spiegel*, Nr. 29, 15. Juli, S. 80.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2013): *Plenarprotokoll 17/249. Stenografischer Bericht 249. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 26. Juni 2013*, im Internet: <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17249.pdf>>, Recherche am 13.11.13.
- FISHER, Mark (2013): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*, Hamburg, S. 8.
- FRANKLIN, William Temple (Hrsg.) (1818): *Memoirs of the life and writings of Benjamin Franklin*, Vol.1, London, S. 270.
- GLASZE, Georg (2008): „Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden“, in: *Historical Social Research*, Vol. 33, No. 1, S. 185-223.
- KELLER, Reiner [et al.] (2011): „Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung“, in: Keller, Reiner [et al.] (Hrsg.) (2011): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*, 3., erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 7-33.
- LACLAU, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 65-78.
- LACLAU, Ernesto/ Mouffe, Chantal (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 3. Auflage, Wien.
- MOUFFE, Chantal (2004): „Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft“, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2007): *Diskurs radikale Demokratie Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, S. 41-53.
- NONHOFF, Martin (2010): „Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis“, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.) (2010): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 299-331.
- NONHOFF, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*, Bielefeld.

PFISTER, René [et al.] (2013): „Der fleißige Partner. Die NSA-Affäre rückt an die Kanzlerin heran. Angela Merkel will erst aus der Presse von der Abhörmanie der US-Regierung erfahren haben – dabei nutzen deutsche Geheimdienste eines der ergiebigsten NSA-Schnüffelwerkzeuge selbst.“ In: *Der Spiegel*, Nr. 30, 22. Juli, S. 16.

POITRAS, Laura [et al.] (2013): „Angriff aus Amerika. Geheimdokumente zeigen, wie umfassend die USA in Deutschland und Europa spionieren. Jeden Monat überwacht die NSA dabei eine halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge, EU-Gebäude werden verwandt. Die Affäre bedroht die diplomatischen Beziehungen.“ In: *Der Spiegel*, Nr. 27, 01. Juli, S. 76-82.

STÄHELI, Urs (2006): „Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“, in: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2006): *Politische Theorien der Gegenwart II*, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Opladen & Farmington Hills, S. 254-284.

Internetquellen

BALL, James (2013): „NSA monitored calls of 35 world leaders after US official handed over contacts“, in: The Guardian. Im Internet unter:
<<http://www.theguardian.com/world/2013/oct/24/nsa-surveillance-world-leaders-calls>>, letztes Update: 25.10.13, Recherche am 13.11.13.

BIERMANN, Kai (2013): „NSA überwacht Deutschland noch immer wegen 9/11. Für kein europäisches Land interessiert sich die NSA mehr als für Deutschland. Politiker glauben, das liege an der Hamburger Terroristenzelle um Mohammed Atta.“ In: ZEIT Online. Im Internet unter:
<<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-06/nsa-spionage-deutschland>>, letztes Update: 11.06.13, Recherche am 13.11.13.

KREMP, Matthias/ Lischka, Konrad/ Reißmann, Ole (2013): „Projekt Prism. US-Geheimdienst späht weltweit Internetnutzer aus“, in: Spiegel Online. Im Internet unter:
<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/projekt-prism-nsa-spioniert-weltweit-internet-nutzer-aus-a-904330.html>, letztes Update: 07.06.13, Recherche am 13.11.13.

LISCHKA, Konrad/ Stöcker, Christian (2013): „NSA-System XKeyscore. Die Infrastruktur der totalen Überwachung“, in: Spiegel Online. Im Internet unter:
<<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/xkeyscore-wie-die-nsa-ueberwachung-funktioniert-a-914187.html>>, letztes Update: 31.07.13, Recherche am 13.11.13.

MacAskill, Ewan (2013): „Edward Snowden, NSA files source: 'If they want to get you, in time they will'. Source for the Guardian's NSA files on why he carried out the biggest intelligence leak in a generation – and what comes next“, in: The Guardian. Im Internet unter:
<<http://www.theguardian.com/world/2013/jun/09/nsa-whistleblower-edward-snowden-why>>, letztes Update: 10.06.13, Recherche am 14.11.13.

MERKEL, Angela/ Obama, Barack (2013): „Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama, Mitschrift Pressekonferenz, 19. Juni 2013“ in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Im Internet unter:
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/06/2013-06-19-pk-merkel-obama.html>>.

Recherche am 13.11.13.

O.V. (2013): „*Innenminister Friedrich sieht Vorwürfe ausgeräumt. Bundesinnenminister Friedrich ist davon überzeugt, dass die Vorwürfe in der NSA-Affäre nicht länger haltbar sind. Alle erhobenen Verdächtigungen seien ausgeräumt.*“ In: Frankfurter Allgemeine. Im Internet:

<<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nsa-ffaere-innenminister-friedrich-sieht-vorwuerfe-ausgeraeumt-12534454.html>>.

letztes Update: 16.08.13, Recherche am 14.11.13.

O.V. (2013): „*Spionageskandal: Britischer Geheimdienst speichert weltweiten Internet-Verkehr*“, in: Spiegel Online. Im Internet:

<<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/spionageskandal-britischer-geheimdienst-sammelt-gewaltige-datenmengen-a-907260.html>>.

letztes Update: 21.06.13, Recherche am 13.11.13.

ZDF HEUTE JOURNAL. „Berlin: Friedrich schafft keine Klarheit.“ ZDF Mediathek. Web. 16. Jul 2013. <<http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/1944204/Berlin:-Friedrich-schafft-keine-Klarheit>>.

Eigenständigkeitserklärung**Ehrenwörtliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich die Hausarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe, alle Ausführungen (und bildlichen Darstellungen), die anderen Quellen (Schriften, Internet) wörtlich und sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer Prüfungsleistung war.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'N. Golub.', with a long horizontal stroke extending to the right.

15.11.13

Datum

Unterschrift

Anhang

(A)

(C)

249. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 26. Juni 2013

Beginn: 13.01 Uhr

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie darüber unterrichten, dass interfraktionell vereinbart worden ist, vor der Befragung der Bundesregierung als Zusatzpunkt eine vereinbarte Debatte mit dem Titel „Konsequenzen für Deutschland aus der internationalen Internetüberwachung“ aufzurufen.

(B) Darüber hinaus soll die Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2012 – Einzelplan 20 – auf Drucksache 17/13640 dem Haushaltsausschuss überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den soeben aufgesetzten Zusatzpunkt 3 auf:

Vereinbarte Debatte

Konsequenzen für Deutschland aus der internationalen Internetüberwachung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen, wobei die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils zehn Minuten erhalten sollen. – Ich höre auch dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Bundesminister des Innern, Hans-Peter Friedrich.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Privatsphäre ist Ausfluss der Grundrechte unserer Verfassung. Deswegen ist der „gläserne Bürger“ mit unserem Verfassungsverständnis in diesem Lande nicht zu vereinbaren. Staatliches Handeln, das Handeln aller Behörden, auch der Sicherheitsbehörden, auch der Nachrichtendienste, muss sich streng an Gesetz und Recht halten. Und: Diese Behörden werden vom Parlament und von den Gremien, die dazu vom Parlament eingesetzt worden sind, kontrolliert. Die Aufregung in Deutschland über Presseberichte, wonach die USA und auch die Briten angeblich flächendeckend,

pauschal Inhalte von Kommunikation speichern, analysieren und ausspähen – und das Hand in Hand mit den Internetunternehmen –, ist deswegen sehr verständlich. Hieraus ergeben sich Fragen.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Fragen über Fragen! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt sind Sie dran!)

(D) Die erste und wichtigste Frage an die Amerikaner und an die Briten ist natürlich: Was ist dran an diesen Presseberichten? Wir hatten zunächst nur Meldungen, die in der Presse rauf- und runterdiskutiert wurden. Wir haben nun erste öffentliche Stellungnahmen vom Chef der NSA und aus Großbritannien vom Koordinator der Geheimdienste erhalten, in denen sie darauf hinweisen, dass diese Presseberichte zumindest so, wie sie geschrieben sind, nicht zutreffen. Wir haben inzwischen auch Antworten der deutschen Niederlassungen von Internetunternehmen erhalten, in denen sie uns darauf hinweisen, dass es nach ihrer Kenntnis niemals ein flächendeckendes Abgreifen oder einen flächendeckenden Zugriff auf ihre Daten gegeben hat. Dass es Einzelanfragen im Rahmen der vorgesehenen Gesetze und des Rechts gegeben hat, steht außer Frage. Aber das ist auch normal, glaube ich.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ganz unabhängig davon, was die Aufklärung und Beantwortung all dieser Fragen ergeben wird: Richtig ist, dass wir immer um die Balance von Freiheit und Sicherheit ringen müssen. Es gilt dabei der Satz: Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit. Wenn die Menschen Angst haben müssen, dass sie in der U-Bahn in die Luft gesprengt werden, wenn die Menschen Angst haben müssen, dass ihre Häuser ausgeräumt werden, während sie im Urlaub sind, wenn sie Angst haben müssen, dass ihre Kinder auf dem Weg zur Schule entführt werden,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das jetzt damit zu tun? – Iris Gleicke [SPD]: Was hat das mit dem Internet zu tun?)

Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) dann ist die Freiheit bedroht. Deswegen braucht Freiheit auch Sicherheit.

Es kommt aber auf die richtige Balance an. Richtige Balance heißt: Man darf das Sicherheitsstreben nicht so weit überziehen, dass die Freiheit Schaden nimmt.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist alles etwas zu unkonkret, Herr Minister!)

Unsere Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bedroht. Sie ist bedroht durch organisierte Kriminalität, sie ist bedroht durch internationalen Terrorismus. Ich darf meinen Kollegen, den Innenminister aus Frankreich, der der sozialistischen Partei angehört, zitieren, der noch im Mai gesagt hat: Es gibt ein weltumspannendes Netz an Terrorismus, das uns bedroht, das uns nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland und in ganz Europa bedroht.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn die CSU Sozialisten zitiert, dann wird es ganz dünnes Eis!)

Das ist ein Faktum, an dem keiner vorbeikann.

(B) Deutschland ist glücklicherweise in den letzten Jahren von großen Anschlägen verschont geblieben. Wir verdanken das unter anderem auch den Hinweisen unserer amerikanischen Freunde. Ich will nur an die Sauerland-Gruppe erinnern, die rechtzeitig dingfest gemacht wurde, noch bevor sie großen Schaden anrichten konnte. Diese Zusammenarbeit zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden, denen unserer europäischen Nachbarn und Partner sowie den Sicherheitsbehörden der USA bildet die Grundlage der Sicherheit, die wir in den letzten Jahren erreicht haben; dadurch wurde Gott sei Dank bisher verhindert, dass es in Deutschland einen Anschlag mit vielen Toten gegeben hat, wie das in anderen Ländern der Fall war.

Aber, meine Damen und Herren: Es muss immer sichergestellt werden – das hat die Bundeskanzlerin, glaube ich, beim Besuch des amerikanischen Präsidenten gesagt –, dass auch die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten auf Recht und Gesetz beruht, und vor allem, dass alles verhältnismäßig ist. Das heißt, dass das Ziel, das man erreichen will – Sicherheit –, mit dem Eingriff in die Privatsphäre vereinbar ist. Man muss hier die richtige Balance finden.

Ich möchte Ihnen einmal unser gemeinsames europäisches Rechtsverständnis hierzu darlegen:

Erstens. Nach europäischem Recht ist es zulässig, dass Verbindungsdaten von Kommunikation – keine Inhalte! – flächendeckend zwischen sechs Monaten und zwei Jahren gespeichert werden.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Außer in Deutschland!)

Wir brauchen diese Speicherung, um durch Zugriff auf die Daten Netzwerke von Terroristen und Extremisten ausmachen zu können.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!) (C)

Zweitens. Entscheidend ist nicht diese Speicherung, sondern die Frage, wer Zugriff auf die Daten hat.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

In Bezug auf die Frage, wer Zugriff auf diese Daten hat, hat das Bundesverfassungsgericht – Sie haben das eben richtig eingeworfen – genaue restriktive Vorgaben gemacht.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sie nicht erfüllen können!)

An diese restriktiven Vorgaben müssen sich selbstverständlich auch der Gesetzgeber und in der Folge die Behörden halten.

Drittens. Man darf auf Kommunikationsinhalte zugreifen, aber nur wenn es eine richterliche Anordnung bzw. eine Anordnung der G-10-Kommission, einer demokratisch von diesem Parlament bestimmten Kommission, gibt. Dann darf man auch auf die Inhalte der Kommunikation von organisierten Kriminellen, von Rauschgifthändlern, von Waffenhändlern und von Terroristen zugreifen. Das alles ist möglich.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt Minister Friedrichs Adresse an Erstsemester!)

Meine Damen und Herren, ich weiß oder gehe davon aus, dass auch unsere amerikanischen Freunde ein ähnliches Rechtsverständnis haben und sich ihre Gesetze an diesem Rechtsverständnis orientieren. (D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Sie gehen davon aus? – Zurufe von der LINKEN)

– Ich habe bisher keine Hinweise, die daran zweifeln lassen, dass das Rechtsverständnis einer der ältesten Demokratien der Welt dem Rechtsverständnis ähnelt, das wir in Europa haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Da darf man in der Tat Beifall klatschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag sein, dass wir bei der Frage der Quantität der zu erhebenden Daten unterschiedliche Auffassungen haben. Ja, das ist richtig; aber wichtig ist, dass sich Behörden, Sicherheitsdienste – wer auch immer! – in den USA, in Europa, in Deutschland stets an Recht und Gesetz zu halten haben und – das ist das Entscheidende –

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind immer noch im ersten Semester!)

unser Parlament – Sie alle – sowie die Parlamente in Großbritannien und in den USA, deren Abgeordnete von den Bürgern demokratisch gewählt sind, kontrollieren, was die Geheimdienste machen. Das ist eine Tatsache, an der auch Sie nicht vorbeikommen.

Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Die Frage ist doch nicht, ob sie ein Recht haben, sondern welches Recht gilt und ob sie sich daran halten!)

– Liebe Frau Künast, was ist denn das hier wieder für eine Hybris? Wollen Sie einer der ältesten Demokratien erzählen, wie sie ihre Behörden kontrollieren muss?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Sie sind doch hier! Sagen Sie, was hier ist!

Selbstverständlich hat der amerikanische Kongress ein eigenes Interesse, die eigenen Behörden zu kontrollieren; das ist doch ganz selbstverständlich. Die brauchen doch Ihre Belehrungen nicht.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zur schlechten Nachricht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Innenminister, ich unterbreche Sie ungern. Der Abgeordnete Ströbele würde Ihnen gerne eine Frage stellen. Das würde wiederum Ihre Redezeit verlängern.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Dann käme immer noch kein Inhalt! – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Danke, Herr Ströbele!

- (B) **Dr. Hans-Peter Friedrich**, Bundesminister des Innern:

Ja, bitte, Herr Ströbele! Dabei wäre ich fast fertig gewesen.

(Zuruf von der SPD: Sie sind fertig!)

Also, auf geht's!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Friedrich, können Sie den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit einmal darüber aufklären, über was Sie überhaupt reden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wissen Sie als Minister für Verfassung und Verfassungsschutz, wissen die Bundesregierung und die Kanzlerin nach dem Gespräch mit Obama überhaupt, wie viele Daten über Deutschland, von Deutschland, von Deutschen abgegriffen, gespeichert und verwertet worden sind? Wenn nicht, über was reden Sie hier eigentlich?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Erstsemester!

Wie können Sie sagen, man halte sich in den USA oder in Deutschland an Gesetz und Recht, wenn Sie gar nicht wissen, was die gemacht haben? Sagen Sie uns das doch einmal.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister des Innern: (C)

Herr Ströbele, bisher stammen alle Angaben zu der Frage, in welcher Quantität und welcher Qualität dort etwas gemacht wird, aus irgendwelchen Presseveröffentlichungen, deren Inhalt von den Zuständigen in den USA bestritten wird; sie sagen in öffentlichen Äußerungen: Wir halten uns an Recht und Gesetz. –

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Ja! Wir sagen das aber nicht!

Das ist das Faktum. Ich habe Ihnen jetzt erklärt, was unser Rechtsverständnis ist, was unsere Rechtslage ist und was für ein Rechtsverständnis und welche parlamentarische Kontrolle – wir glauben, dass sie die auch durchführen – wir von unseren Partnern und Freunden erwarten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Was? Davon haben Sie gar nichts gesagt!

Wir haben Fragen gestellt. Die Fragen sind, wie gesagt, von den Internetunternehmen beantwortet worden. Sie sagen klipp und klar: Wir haben nicht flächendeckend Daten zur Verfügung gestellt. –

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Welche Daten haben sie zur Verfügung gestellt?

Das ist das Gegenteil von dem, was in der Presse steht.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Welche Daten haben sie denn zur Verfügung gestellt? Sagen Sie uns das doch mal! (D)

Auch die Zuständigen in Washington haben erklärt: Das, was dort steht, ist so nicht zutreffend; wir halten uns an Recht und Gesetz. – Es handelt sich dort um eine Rechtsordnung, von der ich glaube, dass sie unserer ähnlich, mit unserer vergleichbar ist; ich habe jedenfalls keine anderen Hinweise.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt die wirklich schlechte Nachricht: All das, was man der NSA unterstellt, ist offensichtlich technisch möglich, und alles, was technisch möglich ist, ist auch durch die organisierte Kriminalität und durch Terroristen nutzbar,

(Stefan Liebich [DIE LINKE]): Tolle Begründung! Sie argumentieren doch genau so wie die: Alles, was geht, muss gemacht werden!

nur mit dem Unterschied, dass sie nicht von Parlamenten kontrolliert werden und sich nicht an Gesetze halten. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Daten, unsere Leitungen, unsere Netze, unsere Infrastruktur widerstandsfähig machen. Darüber rede ich hier seit Monaten. Wir müssen dafür sorgen, dass Spionage und Sabotage in den Netzen nicht vorkommen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg gebracht, das genau das verhindern soll, nämlich dass kritische Infrastruktur in

Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) Deutschland zum Schaden des ganzen Landes beschädigt und sabotiert werden kann. Wir hatten die ersten Sachverständigenanhörungen dazu, die sehr positiv verliefen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz muss spätestens nächstes Jahr im Gesetzblatt stehen. Da bitte ich Sie alle, soweit Sie dann noch hier sind, um Ihre Unterstützung.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]:
Einschließlich Frau Leutheusser?)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wann redet jetzt mal einer zur Sache? – Gegenruf der Abg. Gisela Piltz [FDP]: Ja, Sie bestimmt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Thomas Oppermann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Oppermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, ich bin einigermaßen schockiert, dass Sie sich ein, zwei Wochen nach Bekanntwerden dieser Vorfälle

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

immer noch völlig ahnungslos präsentieren und ganz offenkundig nicht das richtige Problembewusstsein für diese Frage entwickelt haben.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sein Amtsverständnis: Ahnungslosigkeit! – Iris Gleicke [SPD]: Das ist Ahnungslosigkeit!)

Wenn das, was Edward Snowden berichtet hat, zutrifft, wenn US-Geheimdienste beliebigen Zugriff nicht nur auf die Verbindungsdaten, sondern auch auf die Kommunikationsinhalte über die US-amerikanischen Internetfirmen wie Google, Apple, Facebook, Skype usw. haben, wenn es zutrifft, dass britische Dienste 200 transatlantische Glasfaserverbindungen überwachen und Informationen aus diesen speichern können, wenn die Verbindungsdaten und sogar die Inhalte von Millionen Telefongesprächen, E-Mails und Videos überwacht und gespeichert werden, dann ist das der umfassendste Eingriff in die Grundrechte deutscher Staatsbürger, den wir bisher erlebt haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Und wenn das nicht der Fall ist?)

Die Bundeskanzlerin hat in diesem Zusammenhang festgestellt, das Internet sei Neuland. Das mag sie so sehen. Aber was kein Neuland ist, ist unsere Verfassung.

Das Grundgesetz schützt die informationelle Selbstbestimmung, das Grundgesetz garantiert das Fernmeldegeheimnis, und das Bundesverfassungsgericht hat aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht das Grundrecht auf die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme abgeleitet. (C)

(Manuel Höferlin [FDP]: Deshalb sind Sie auch für die Vorratsdatenspeicherung! – Gisela Piltz [FDP]: Wenn Sie immer so konsequent wären!)

Über allem steht der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Das bedeutet: Der schrankenlose Zugriff von Nachrichtendiensten auf die privaten Informationen von Bürgerinnen und Bürgern ist eindeutig illegal und verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gisela Piltz [FDP])

Das ist jedenfalls nach deutschem Recht so. Gleichwohl haben Sie als Bundesregierung die Pflicht, gegenüber der britischen und der amerikanischen Regierung zu intervenieren und die Rechte deutscher Staatsbürger zu schützen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Friedrich, ich will Ihnen gar nicht persönlich zum Vorwurf machen, dass Sie das alles nicht wussten.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auweia!)

Aber ich finde es unerträglich, dass der deutsche Innenminister von solchen Sachverhalten aus der Zeitung erfährt. Ich finde es schwer erträglich, dass unsere Nachrichtendienste nicht wissen, was da passiert; und die Kanzlerin ist auch noch ahnungslos. Dabei geht es hier ja nicht um Cyberangriffe aus Russland oder China – in solchen Fällen hätte ich das noch gelten lassen –, (D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

sondern es geht um Grundrechtseingriffe durch die Dienste befreundeter Staaten.

Großbritannien ist Mitglied der Europäischen Union,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen die das?)

und mit den Amerikanern zusammen sind wir in der NATO verbunden. Wir verteidigen ein gemeinsames Wertesystem, und dazu gehören auch die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir werden mit unseren Verbündeten darüber reden müssen, wie die Freiheitsrechte eingehalten werden können.

Klar ist natürlich: Wir brauchen auch funktionierende Nachrichtendienste, die uns rechtzeitig vor Anschlägen

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Privatsphäre ist Ausfluss der
2 Grundrechte unserer Verfassung. Deswegen ist der „gläserne Bürger“ mit unserem Verfassungsverständnis in
3 diesem Lande nicht zu vereinbaren. Staatliches Handeln, das Handeln aller Behörden, auch der Sicherheitsbehör-
4 den, auch der Nachrichtendienste, muss sich streng an Gesetz und Recht halten. Und: Diese Behörden werden
5 vom Parlament und von den Gremien, die dazu vom Parlament eingesetzt worden sind, kontrolliert. Die Aufre-
6 gung in Deutschland über Presseberichte, wonach die USA und auch die Briten angeblich flächendeckend,
7 pauschal Inhalte von Kommunikation speichern, analysieren und ausspähen – und das Hand in Hand mit den
8 Internetunternehmen –, ist deswegen sehr verständlich. Hieraus ergeben sich Fragen.
9

10 Die erste und wichtigste Frage an die Amerikaner und an die Briten ist natürlich: Was ist dran an diesen Presse-
11 berichten? Wir hatten zunächst nur Meldungen, die in der Presse rauf- und runterdiskutiert wurden. Wir haben
12 nun erste öffentliche Stellungnahmen vom Chef der NSA und aus Großbritannien vom Koordinator der Ge-
13 heimdienste erhalten, in denen sie darauf hinweisen, dass diese Presseberichte zumindest so, wie sie geschrieben
14 sind, nicht zutreffen. Wir haben inzwischen auch Antworten der deutschen Niederlassungen von Internet-
15 unternehmen erhalten, in denen sie uns darauf hinweisen, dass es nach ihrer Kenntnis niemals ein flächende-
16 ckendes Abgreifen oder einen flächendeckenden Zugriff auf ihre Daten gegeben hat. Dass es Einzelanfragen im
17 Rahmen der vorgesehenen Gesetze und des Rechts gegeben hat, steht außer Frage. Aber das ist auch normal,
18 glaube ich.
19

20 Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ganz unabhängig davon, was die Aufklärung und Beant-
21 wortung all dieser Fragen ergeben wird: Richtig ist, dass wir immer um die Balance von Freiheit und Sicherheit
22 ringen müssen. Es gilt dabei der Satz: Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit. Wenn die Menschen Angst haben
23 müssen, dass sie in der U-Bahn in die Luft gesprengt werden, wenn die Menschen Angst haben müssen, dass ihre
24 Häuser ausgeräumt werden, während sie im Urlaub sind, wenn sie Angst haben müssen, dass ihre Kinder auf
25 dem Weg zur Schule entführt werden, dann ist die Freiheit bedroht. Deswegen braucht Freiheit auch Sicherheit.
26

27 Es kommt aber auf die richtige Balance an. Richtige Balance heißt: Man darf das Sicherheitsstreben nicht so
28 weit überziehen, dass die Freiheit Schaden nimmt.
29

30 Unsere Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bedroht. Sie ist bedroht durch organisierte
31 Kriminalität, sie ist bedroht durch internationalen Terrorismus. Ich darf meinen Kollegen, den Innenminister aus
32 Frankreich, der der sozialistischen Partei angehört, zitieren, der noch im Mai gesagt hat: Es gibt ein weltumspan-
33 nendes Netz an Terrorismus, das uns bedroht, das uns nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland und
34 in ganz Europa bedroht.
35

36 Das ist ein Faktum, an dem keiner vorbeikann.
37

38 Deutschland ist glücklicherweise in den letzten Jahren von großen Anschlägen verschont geblieben. Wir
39 verdanken das unter anderem auch den Hinweisen unserer amerikanischen Freunde. Ich will nur an die Sauer-
40 land-Gruppe erinnern, die rechtzeitig dingfest gemacht wurde, noch bevor sie großen Schaden anrichten konnte.
41 Diese Zusammenarbeit zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden, denen unserer europäischen Nachbarn und
42 Partner sowie den Sicherheitsbehörden der USA bildet die Grundlage der Sicherheit, die wir in den letzten
43 Jahren erreicht haben; dadurch wurde Gott sei Dank bisher verhindert, dass es in Deutschland einen Anschlag
44 mit vielen Toten gegeben hat, wie das in anderen Ländern der Fall war.
45

46 Aber, meine Damen und Herren: Es muss immer sichergestellt werden – das hat die Bundeskanzlerin, glaube
47 ich, beim Besuch des amerikanischen Präsidenten gesagt –, dass auch die Zusammenarbeit zwischen den
48 Nachrichtendiensten auf Recht und Gesetz beruht, und vor allem, dass alles verhältnismäßig ist. Das heißt, dass
49 das Ziel, das man erreichen will – Sicherheit –, mit dem Eingriff in die Privatsphäre vereinbar ist. Man muss hier
50 die richtige Balance finden.
51

52 Ich möchte Ihnen einmal unser gemeinsames europäisches Rechtsverständnis hierzu darlegen:
53

54 Erstens. Nach europäischem Recht ist es zulässig, dass Verbindungsdaten von Kommunikation – keine Inhalte! –
55 flächendeckend zwischen sechs Monaten und zwei Jahren gespeichert werden.
56

57 Wir brauchen diese Speicherung, um durch Zugriff auf die Daten Netzwerke von Terroristen und Extremisten
58 ausmachen zu können.
59

60 Zweitens. Entscheidend ist nicht diese Speicherung, sondern die Frage, wer Zugriff auf die Daten hat.

61
62 In Bezug auf die Frage, wer Zugriff auf diese Daten hat, hat das Bundesverfassungsgericht – Sie haben das eben
63 richtig eingeworfen – genaue restriktive Vorgaben gemacht.
64

65 An diese restriktiven Vorgaben müssen sich selbstverständlich auch der Gesetzgeber und in der Folge die Be-
66 hörden halten.

67
68 Drittens. Man darf auf Kommunikationsinhalte zugreifen, aber nur wenn es eine richterliche Anordnung bzw.
69 eine Anordnung der G-10-Kommission, einer demokratisch von diesem Parlament bestimmten Kommission,
70 gibt. Dann darf man auch auf die Inhalte der Kommunikation von organisierten Kriminellen, von
71 Rauschgifthändlern, von Waffenhändlern und von Terroristen zugreifen. Das alles ist möglich.
72

73 Meine Damen und Herren, ich weiß oder gehe davon aus, dass auch unsere amerikanischen Freunde ein ähnli-
74 ches Rechtsverständnis haben und sich ihre Gesetze an diesem Rechtsverständnis orientieren.

75
76 – Ich habe bisher keine Hinweise, die daran zweifeln lassen, dass das Rechtsverständnis einer der ältesten Demo-
77 kratien der Welt dem Rechtsverständnis ähnelt, das wir in Europa haben.
78

79 – Da darf man in der Tat Beifall klatschen.

80
81 Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag sein, dass wir bei der Frage der Quantität der zu erhebenden
82 Daten unterschiedliche Auffassungen haben. Ja, das ist richtig; aber wichtig ist, dass sich Behörden, Sicher-
83 heitsdienste – wer auch immer! – in den USA, in Europa, in Deutschland stets an Recht und Gesetz zu halten
84 haben und – das ist das Entscheidende –

85
86 unser Parlament – Sie alle – sowie die Parlamente in Großbritannien und in den USA, deren Abgeordnete von
87 den Bürgern demokratisch gewählt sind, kontrollieren, was die Geheimdienste machen. Das ist eine Tatsache, an
88 der auch Sie nicht vorbeikommen.

89
90 – Liebe Frau Künast, was ist denn das hier wieder für eine Hybris? Wollen Sie einer der ältesten Demokratien
91 erzählen, wie sie ihre Behörden kontrollieren muss?
92

93 Selbstverständlich hat der amerikanische Kongress ein eigenes Interesse, die eigenen Behörden zu kontrollieren;
94 das ist doch ganz selbstverständlich. Die brauchen doch Ihre Belehrungen nicht.

95 Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zur schlechten Nachricht.

96
97 [Frage von Hans-Christian Ströbele, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
98

99 Herr Ströbele, bisher stammen alle Angaben zu der Frage, in welcher Quantität und welcher Qualität dort etwas
100 gemacht wird, aus irgendwelchen Presseveröffentlichungen, deren Inhalt von den Zuständigen in den USA
101 bestritten wird; sie sagen in öffentlichen Äußerungen: Wir halten uns an Recht und Gesetz. –
102

103 Das ist das Faktum. Ich habe Ihnen jetzt erklärt, was unser Rechtsverständnis ist, was unsere Rechtslage ist und
104 was für ein Rechtsverständnis und welche parlamentarische Kontrolle – wir glauben, dass sie die auch durch-
105 führen – wir von unseren Partnern und Freunden erwarten.
106

107 Wir haben Fragen gestellt. Die Fragen sind, wie gesagt, von den Internetunternehmen beantwortet worden. Sie
108 sagen klipp und klar: Wir haben nicht flächendeckend Daten zur Verfügung gestellt. –
109

110 Das ist das Gegenteil von dem, was in der Presse steht.
111

112 Auch die Zuständigen in Washington haben erklärt: Das, was dort steht, ist so nicht zutreffend; wir halten uns an
113 Recht und Gesetz. – Es handelt sich dort um eine Rechtsordnung, von der ich glaube, dass sie unserer ähnlich,
114 mit unserer vergleichbar ist; ich habe jedenfalls keine anderen Hinweise.

115
116 Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt die wirklich schlechte Nachricht: All das, was man der
117 NSA unterstellt, ist offensichtlich technisch möglich, und alles, was technisch möglich ist, ist auch durch die
118 organisierte Kriminalität und durch Terroristen nutzbar,
119

120 nur mit dem Unterschied, dass sie nicht von Parlamenten kontrolliert werden und sich nicht an Gesetze halten.
121 Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Daten, unsere Leitungen, unsere Netze, unsere Infrastruktur wi-
122 derstandsfähig machen. Darüber rede ich hier seit Monaten. Wir müssen dafür sorgen, dass Spionage und
123 Sabotage in den Netzen nicht vorkommen können.

124
125 Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg gebracht, das genau das
126 verhindern soll, nämlich dass kritische Infrastruktur in
127

128 Deutschland zum Schaden des ganzen Landes beschädigt und sabotiert werden kann. Wir hatten die ersten
129 Sachverständigenanhörungen dazu, die sehr positiv verliefen.

130
131 Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz muss spätestens nächstes Jahr im Gesetzblatt stehen. Da
132 bitte ich Sie alle, soweit Sie dann noch hier sind, um Ihre Unterstützung.



Mittwoch, 19. Juni 2013
Mitschrift Pressekonferenz

Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama

Thema: Besuch von US-Präsident Barack Obama in Berlin

Sprecher: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Präsident Barack Obama

(Die Ausschrift des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultanübersetzung)

BK'in Merkel: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama ein herzliches Willkommen hier in Berlin sagen. Es ist sein erster Besuch in Berlin als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika - mitnichten sein erster Besuch in Deutschland.

Wir haben inzwischen viele Begegnungen gehabt, wir haben eine freundschaftliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dafür möchte ich mich bedanken. Unsere Zusammenarbeit begründet sich auf der Grundlage freundschaftlicher, über Jahrzehnte dauernder Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Beziehung ist deshalb so gut, weil sie auf gemeinsamen Werten gründet.

Wenn der amerikanische Präsident Barack Obama heute vor dem Brandenburger Tor sprechen wird, dann wird er ein Präsident sein können, der das vor einem durchlässigen Brandenburger Tor tun kann. Andere Präsidenten mussten daran erinnern, dass die Mauer weg muss. Sie ist weg, und das haben wir auch unseren amerikanischen Freunden und Partnern zu verdanken.

Wir beobachten aber auch, dass sich die Welt verändert, und zwar in rasantem Tempo. Deshalb treten neue Herausforderungen auf den Plan. Diese Herausforderungen wollen wir auch entschlossen miteinander bewältigen.

Ein Thema, das für uns in Europa, aber auch in Deutschland von großer Wichtigkeit ist und ein großes, wichtiges Projekt zwischen den größten Volkswirtschaften der Welt sein könnte, ist das Thema des Freihandelsabkommens. Ich freue mich sehr, dass wir die Eröffnung der Verhandlungen beschließen konnten. Ich will für die deutsche Seite sagen, dass wir uns mit voller Kraft dafür einsetzen werden.

Denn über die Tatsache hinaus, dass die Volkswirtschaften beiderseits des Atlantik aus diesem Abkommen gewinnen werden - und zwar beiderseits -, wäre es auch ein Bekenntnis zu einer globalen Welt, in der sich gemeinsame Werte und auch gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten besser gestalten lassen. Deshalb liegt mir persönlich sehr viel an diesem Freihandelsabkommen. Das sage ich auch im Namen der gesamten Bundesregierung.

Wir haben über Fragen des Internets gesprochen, die im Zusammenhang mit dem Thema des PRISM-Programms aufgekommen sind. Wir haben hier sehr ausführlich über die neuen Möglichkeiten und die neuen Gefährdungen gesprochen. Das Internet ist für uns alle Neuland, und es ermöglicht natürlich auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen Grundordnung, mit völlig neuen Möglichkeiten und völlig neuen Herangehensweisen unsere Art zu leben in Gefahr zu bringen. Deshalb schätzen wir die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika in den Fragen der Sicherheit.

Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass natürlich bei allen Notwendigkeiten von Informationsgewinnung das Thema der Verhältnismäßigkeit immer ein wichtiges Thema ist. Unsere freiheitlichen Grundordnungen leben davon, dass Menschen sich sicher fühlen können. Deshalb ist die Frage der Balance, die Frage der Verhältnismäßigkeit etwas, was wir weiter miteinander besprechen werden und wozu wir einen offenen Informationsaustausch zwischen unseren Mitarbeitern sowie auch zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums aus Deutschland und den entsprechenden amerikanischen Stellen vereinbart haben. Ich denke, dieser Dialog wird weitergehen.

Wir haben dann über eine Reihe von außenpolitischen Fragen gesprochen. Wir sind gemeinsam in Afghanistan engagiert. Dort ist ein neuer Prozess der Übergabe der Verantwortung angestoßen worden.

Diesen Prozess werden wir genauso gemeinsam bewältigen, wie wir die Zeit der stärkeren militärischen Auseinandersetzung, die Zeit des Trainings der afghanischen Kräfte bewältigt haben. Deutschland wird hier gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika die noch zu lösenden Probleme - und die sind natürlich gravierend - auch lösen.

Wir haben über das Thema Iran und auch über den Nahen Osten gesprochen. Was den Nahost-Friedensprozess angeht, so bin ich der Meinung, dass die Kerry-Initiative eine gute Grundlage ist, um Friedensgespräche wieder in Gang zu bringen, und dass die Region einen solchen Frieden braucht. Die Partner sollten dieses Angebot annehmen und die Chance nutzen, denn es ist dringend erforderlich. Wir werden auch, wie wir das in den letzten Jahren getan haben, gemeinsam weiter an dem Thema des Nuklearprogramms des Iran arbeiten; auch das haben wir vereinbart.

Es waren gute und wie immer sehr offene Gespräche. Noch einmal ein ganz herzliches Willkommen! P Obama: Herzlichen Dank! - Guten Tag! Es ist wunderbar, wieder in Berlin zu sein. Ich habe immer die Warmherzigkeit geschätzt, mit der ich von den Deutschen begrüßt worden bin - heute ist das nicht anders. Ich bin durchaus beeindruckt von den hohen Temperaturen hier in Berlin, und ich bin auch sehr dankbar für die Einladung der Bundeskanzlerin 50 Jahre nach dem Besuch von Präsident Kennedy. Die Bundeskanzlerin und ich waren gerade beim G8-Gipfel, dem jüngsten in einer Reihe von gemeinsamen Treffen. Während meiner Amtszeit im Weißen Haus habe ich die Ehre gehabt, bei sehr vielen Themen mit ihr zusammenzuarbeiten. Als sie das letzte Mal im Weißen Haus war, hatte ich auch die Ehre, ihr die Freiheitsmedaille zu präsentieren - die höchste zivile Auszeichnung, die ein Präsident der Vereinigten Staaten verleihen kann. Daran wird auch erkenntlich, wie eng wir zusammenarbeiten, und wird auch die Stärke unseres Bündnisses erkenntlich.

Ich weiß, dass hier in Deutschland manchmal darüber diskutiert wird, dass die transatlantische Allianz nicht mehr so wichtig sei und dass die Vereinigten Staaten eher nach Asien blickten. Bei den Gesprächen mit Bundeskanzlerin Merkel, aber auch beim Gespräch mit dem Bundespräsidenten habe ich in Erinnerung gerufen, dass aus unserer Perspektive die Beziehung mit Europa weiterhin der Eckstein unserer Sicherheit und unserer Freiheit ist. Europa ist in fast allem, was wir unternehmen, unser Partner. Die Herausforderungen haben sich in ihrer Art zwar geändert; die Stärke der Beziehungen und die Bande, die wir auf der Grundlage von gemeinsamen Werten und Idealen haben, bleiben jedoch weiterhin bestehen.

Wir haben die heutige Diskussion mit Wirtschaftsthemen begonnen und damit die Gespräche fortgesetzt, die wir beim G8-Gipfeltreffen begonnen haben. Deutschland ist auch unser wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union. So haben wir beide ein grundlegendes Interesse am gegenseitigen Erfolg.

Es gibt noch mehr, was wir tun müssen. Wir müssen weiterhin Wachstum erzielen, wir müssen unsere Wirtschaften umstrukturieren. In Europa gibt es unterschiedliche Stadien dieser Reformprozesse. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es die Notwendigkeit - zum Beispiel im Gesundheitswesen -, Strukturveränderungen durchzuführen. Das Gesundheitswesen ist in den Vereinigten Staaten sehr viel teurer als in den meisten anderen Industrieländern und führt zu einem wesentlichen Beitrag beim Haushaltsdefizit. Wir haben die schlimmste Rezession in Jahren durchgemacht, wir können jedoch stärker aus dieser Rezession herausgehen, wenn wir die vor uns liegenden Chancen nutzen.

Wir haben auch über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - auch TTIP genannt - gesprochen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sind bereits die größten der Welt - 13 Millionen Amerikaner und Europäer haben Arbeitsplätze, die durch den transatlantischen Handel und transatlantische Investitionen direkt unterstützt werden. Die Bundeskanzlerin und ich haben gemeinsam die Überzeugung, dass, wenn wir erfolgreich sind, wir auf beiden Seiten des Atlantiks Tausende von Arbeitsplätzen schaffen können, zu mehr Wettbewerbsfähigkeit weltweit beitragen können und dadurch auch die Standards für den Freihandel weltweit verbessern können. Dadurch haben nicht nur wir Vorteile, sondern alle.

Was unsere Sicherheit betrifft, so sind die Vereinigten Staaten und Deutschland mehr als nur Nato-Bündnispartner. In Deutschland ist mehr amerikanisches Militärpersonal stationiert als in irgendeinem anderen Land außerhalb der Vereinigten Staaten. Wir sind sehr dankbar für die Gastfreundschaft der Deutschen. Als ich auf einem früheren Besuch in Deutschland war, hatte ich auch die Möglichkeit, einen Stützpunkt zu besuchen, auf dem auch auf dem Schlachtfeld Verwundete behandelt werden. Es war sehr schön zu sehen, wie dies gestaltet wurde und welche Gastfreundschaft es für verwundete Amerikaner gibt. Das ist für uns ein sehr starkes Symbol.

Unsere Soldatinnen und Soldaten dienen Seite an Seite in Afghanistan. Deutschland ist der drittgrößte Truppensteller dort. Wir sind beide sehr dankbar für die Opfer, die unsere Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Familien bei diesen gemeinsamen Anstrengungen gemacht haben. Dank dieser Anstrengungen hat Afghanistan jetzt die Möglichkeit, die Sicherheit herzustellen und das eigene Schicksal zu gestalten. Wir begrüßen die Bekanntgabe von Präsident Karsai von gestern, dass die

afghanischen Sicherheitskräfte die Federführung für die Sicherheit im Lande überall übernehmen werden. Das war ein wichtiger Meilenstein, der auf dem Nato-Gipfeltreffen festgelegt wurde. Wir führen diesen Krieg verantwortungsvoll zu Ende; der Kampfeinsatz der Nato in Afghanistan geht auch seinem Ende zu. Dabei müssen wir weiterhin in die gemeinsamen Kapazitäten und in die Interoperabilität investieren, die durch ungeheure Opfer unserer Bürger aufgebaut worden sind. Auch Deutschland möchte natürlich sicherstellen, dass wir nach dem Ende des Kampfeinsatzes weiterhin Fortschritte sehen.

Viele von Ihnen haben auch zur Kenntnis genommen, dass es eine Bekanntgabe hinsichtlich der Öffnung eines Büros der Taliban in Katar gibt. Ich habe schon gesagt, dass dieser Prozess schwierig sein wird. Die Parteien führen schon seit geraumer Zeit - schon seit vor dem 11. September - Kämpfe gegeneinander. Wir gehen nicht davon aus, dass es einfach sein wird. Letztendlich werden die Afghanen unter sich Gespräche über mögliche Vorgehensweisen und über die Frage, wie man den Zyklus der Gewalt beenden kann, sodass sie ihr Land aufbauen können, führen müssen. Wir haben auch weitere regionale Herausforderungen besprochen, einschließlich Syriens. Wir sind vereint in dem Wunsch, eine Verhandlungslösung zu sehen. Wir wollen ein Syrien sehen, das demokratisch vereint ist und in Frieden aus dem Konflikt hervorgeht. Jetzt muss das Blutvergießen enden. Wir haben einige Fortschritte auf dem G8-Gipfel gesehen, was die erneute Bekräftigung der Notwendigkeit betrifft, eine Übergangsregierung zu gestalten, und auch was Ermittlungen, Untersuchungen durch die Vereinten Nationen über den möglichen Einsatz von Chemiewaffen in Syrien betrifft.

Ich danke der Bundeskanzlerin für die unerschütterliche Unterstützung in dem Streben nach Frieden bei den Israelis und Palästinensern. Ich habe der Bundeskanzlerin von den jüngsten Anstrengungen von Secretary Kerry berichtet, dort Gemeinsamkeiten zu finden.

Ich möchte Bundeskanzlerin Merkel für die sehr großzügige Einladung danken. Ich werde die Ehre haben, zu den Berlinern vom Pariser Platz aus zu sprechen - von der östlichen Seite des Brandenburger Tors, von der anderen Seite der Mauer, die einst dort stand, von der Präsident Reagan gesagt hat, dass sie niedergerissen werden muss. Im auf seine Rede folgenden Vierteljahrhundert hat es enorme Fortschritte gegeben; das sehen wir auch am Fortschritt in dieser lebendigen, modernen Hauptstadt Berlin. Wir genießen als Amerikaner und Deutsche natürlich sehr viele Vorteile und Segnungen und müssen deshalb auch gewährleisten, dass weitere Mauern weltweit verschwinden. Das können wir nur zusammen tun. Ich bin für diese Freundschaft und dieses Bündnis sehr dankbar.

Ich freue mich auf die Möglichkeit, einige Fragen zu beantworten.

Frage: Ich möchte auf die Taliban-Gespräche zurückkommen. Gestern haben Sie Hamid Karsai als mutig bezeichnet; heute sagt Präsident Karsai, dass er die Gespräche aussetzt. Wie ist es möglich, dass Sie und Präsident Karsai so unterschiedliche Standpunkte haben? Sagt Ihnen Präsident Karsai privat etwas anderes, als er in der Öffentlichkeit sagt?

Bundeskanzlerin Merkel, Sie haben gesagt, dass Sie in den heutigen Gesprächen mit Präsident Obama über PRISM gesprochen haben. Sind Sie jetzt zuversichtlicher oder beruhigter, was den Umfang dieser Programme betrifft und dass es keine Eingriffe in die Privatsphäre der Deutschen gibt?

P Obama: Wir haben ausführliche Gespräche mit Präsident Karsai geführt, und zwar bevor und nachdem die Taliban das Büro in Doha eröffnet hatten. Man hat auch darüber berichtet, dass es bezüglich der Art und Weise, wie das Büro eröffnet worden ist - zum Beispiel, welche Formulierungen verwendet worden sind -, Sorgen gebe. Das haben wir auch so kommen sehen. Wir wussten, dass es Spannungen geben würde - um das gelinde auszudrücken -, gerade auch wenn dieses Büro eingerichtet wird; das ist keine Überraschung. Wie ich schon gesagt habe, kämpfen die Parteien seit geraumer Zeit gegeneinander und es herrscht großes Misstrauen. Kämpfe zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban gibt es schon seit geraumer Zeit, und es gibt sie auch heute noch. Wir sind mitten im Krieg, Afghanen kommen immer noch ums Leben, und auch Mitglieder der internationalen Streitkräfte kommen dort immer noch ums Leben. Diese Entwicklungen gehen auch jetzt weiter.

Es gibt jetzt den Prozess, die afghanische Regierung auszustatten und Ausbildungsmaßnahmen durchzuführen, sodass die Afghanen die Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen können. Die Verhandlungen sind dabei sehr schwierig - gerade wenn es darum geht, was es für die Staatengemeinschaft bedeuten würde, dauerhaft eine Präsenz für die Beratung und Unterstützung nach 2014 einzurichten. Wir sind dabei der Ansicht, dass man einen parallelen Weg haben muss, sodass es zu einer politischen Versöhnung kommen kann. Ob diese Anstrengungen Früchte tragen, ob es dazu kommt oder ob es nach 2014 weiterhin Kämpfe gibt, wie es vor dem Eingriff der ISAF-Streitkräfte der Fall war, ist eine Frage, die nur die Afghanen beantworten können.

Präsident Karsai hat auch zur Kenntnis genommen, dass politische Versöhnung notwendig ist. Die Herausforderung besteht darin, diesen Prozess in die Wege zu leiten, während man sich noch in einem Kriegszustand befindet. Ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass man trotz dieser Herausforderungen

mit diesem Vorhaben weiter vorangehen wird.

Bundeskanzlerin Merkel, die zweite Frage war an Sie gerichtet, aber wenn Sie nichts dagegen haben, wäre es meines Erachtens angebracht, dass auch ich auf die Frage der NSA eingehe; denn es hat dazu natürlich auch in den Vereinigten Staaten Kontroversen gegeben - aber natürlich auch hier in Europa.

Bundeskanzlerin Merkel wird natürlich auch ihre eigene Ansicht dazu darlegen. Ich habe

Bundeskanzlerin Merkel Folgendes dargelegt:

Bei meiner Amtsübernahme habe ich die Verpflichtung angenommen, das amerikanische Volk zu schützen und auch unsere Werte und Ideale hochzuhalten. Es gehört zu unseren höchsten Werten, die Privatsphäre und die Grundfreiheiten zu schützen. Ich habe auch die vorangegangene Regierung kritisiert, wenn sie meiner Meinung nach unsere Werte verletzt hatte, und ich hatte meiner Meinung nach eine sehr gute, gesunde Skepsis hinsichtlich der Struktur unserer Programme. Ich habe jedoch auch die Vorgehensweise der Nachrichtendienste genau überprüfen können und umstrukturieren können und bin zuversichtlich, dass wir jetzt das richtige Gleichgewicht haben. Ich möchte auch sehr genau sagen - das ist das, was ich Bundeskanzlerin Merkel beschrieben habe -, um welche Programme es sich bei diesen Kontroversen handelt.

Bei einem Programm haben wir die Möglichkeit, eine Telefonnummer zu nehmen, die durch bestimmte Informationen entdeckt worden ist. Es handelt sich hier um die normale Vorgehensweise unserer Nachrichtendienste. Mit anderen Worten: Wir erhalten eine Telefonnummer und wollen dann herausfinden, ob jemand anders diese Telefonnummer angerufen hat. Wir haben dann Daten, die es uns ermöglichen, Telefonnummern zu überprüfen - sonst nichts anderes, keine Inhalte. Das ist kein Abhörverfahren. Man möchte nur feststellen, ob zum Beispiel eine Telefonnummer, die man auf dem Gelände von Osama bin Laden nach dem Angriff gefunden hat, zum Beispiel in New York angerufen worden ist. Wenn wir dann entdecken, dass ein weiterer Anruf geschah, und wir weitere Informationen haben möchten, müssen wir beim Gericht vorstellig werden; denn wir brauchen einen richterlichen Beschluss. Das heißt, dass diese Vorgehensweise unter der Aufsicht der Gerichte ist. Diese Strukturen sind so eingerichtet, dass ein Richter vom Bundesgericht diese Überprüfung durchführt.

Wie Bundeskanzlerin Merkel gesagt hat, befinden wir uns im Zeitalter des Internets. Wir müssen gewährleisten, dass die Regeln und Vorschriften, die gelten, auch in dieser neuen Welt des Internets zeitgemäß sind. Ich möchte allen in Deutschland und überall auf der Welt sagen, dass es sehr strikte Vorgehensweisen gibt. Diese gelten für Informationen, die wir in Fragen des Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und in weiteren sehr spezifischen Kategorien erhalten. Wir bekommen dann bestimmte Informationen, und unter Aufsicht des Gerichts haben wir dann weiteren Zugang zu Informationen. Es handelt sich nicht um eine Situation, in der wir den E-Mail-Austausch von deutschen, amerikanischen oder französischen Bürgern überprüfen und E-Mails durchgehen. Das tun wir nicht. Wir haben nicht die Situation, dass wir einfach ins Internet gehen und beliebige Suchen und Recherchen durchführen. Es handelt sich hierbei um strikte Vorlagen, sodass wir die Möglichkeit haben, durch ein sehr striktes Vorgehen unsere Bevölkerung zu schützen. Es gilt hierbei, wie gesagt, die Aufsicht des Gerichts.

Die Folge davon ist, dass wir Leben retten. Wir wissen konkret, dass es mindestens 50 Bedrohungen gegeben hat, die vereitelt worden sind, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch Bedrohungen, die es hier in Deutschland gab. Man hat durch diese Programme Leben gerettet. Der Eingriff in die Privatsphäre ist sehr beschränkt, denn es gelten hierbei ein richterlicher Beschluss und ein entsprechendes gerichtliches Verfahren für diese genau definierten Kategorien.

Das, was ich in den Vereinigten Staaten gesagt habe, ist auch das, was ich der Bundeskanzlerin mitgeteilt habe: Wir müssen hier ein Gleichgewicht herstellen. Wir müssen auch vorsichtig sein, gerade bei der Vorgehensweise unserer Regierungen in nachrichtendienstlichen Fragen. Ich begrüße diese Diskussion. Wenn ich wieder zuhause sein werde, werden wir nach Möglichkeiten suchen, weitere Teile der Programme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sodass diese Informationen auch der Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Unsere nachrichtendienstlichen Behörden werden dann auch die klare Anweisung bekommen, eng mit den deutschen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten, um genau festzuhalten, dass es hierbei keine Missbräuche gibt. Aber wir begrüßen diese Debatten im Gegensatz zu anderen Regierungen. Darum geht es in Demokratien. Ich bin zuversichtlich, dass wir das notwendige Gleichgewicht herstellen können, unsere Bevölkerung schützen können und auch im Internetzeitalter die Grundfreiheiten schützen können.

BK'in Merkel: Ich will für die deutsche Bevölkerung auch nur sagen: Es ist richtig und wichtig, dass wir darüber debattieren, dass Menschen auch Sorge haben, und zwar genau davor, dass es vielleicht eine pauschale Sammlung aller Daten geben könnte. Wir haben deshalb auch sehr lange, sehr ausführlich und sehr intensiv darüber gesprochen. Die Fragen, die noch nicht ausgeräumt sind - solche gibt es natürlich -, werden wir weiterdiskutieren.

Wir müssen das richtige Verhältnis finden, die Balance, die Verhältnismäßigkeit, zwischen Sicherheit für

unsere Menschen in unseren Ländern auf der einen Seite - dabei gibt es Dinge, hinsichtlich derer wir von den Vereinigten Staaten von Amerika wichtige Informationen bekommen haben - und auf der anderen Seite der Unbeschwertheit, mit der Menschen die neuen technischen Möglichkeiten nutzen möchten, die ja auch sehr viel Freiheit und sehr viel neue Möglichkeiten mit sich bringen. So, wie man gelernt hat, mit anderen technischen Erfindungen verhältnismäßig umzugehen, müssen wir jetzt lernen, damit verhältnismäßig umzugehen. Diesen Austausch werden wir fortführen, und das war heute ein wichtiger Beginn dafür. Ich glaube, das wird uns alle weiter bringen.

Frage: Herr Präsident, einige Hoffnungen der Welt für Ihre Amtszeit sind enttäuscht worden. Wann werden die USA so weit sein, dass Guantanamo geschlossen werden kann und in allen Staaten der USA die Todesstrafe abgeschafft sein wird?

Ich habe eine Nachfrage zur NSA. Sie haben gerade auf Deutschland verwiesen. Ist der Grund dafür, dass Sie besonders Deutschland so ausspähen lassen, dass es auch hier ein besonderes Gefährdungspotenzial gibt?

Frau Bundeskanzlerin, wie bewerten Sie es, dass der Friedensnobelpreisträger Obama auch über Deutschland einen Drohnenkrieg führt? Darf er das nach deutschem Rechtsverständnis?

P Obama: Ich möchte zunächst feststellen, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Bei der ersten Frage geht es um die Innenpolitik, um Zuhause, um Guantanamo und die Todesstrafe. Dann ging es um Drohnen?

BK'in Merkel: Über Drohnen sollte ich sprechen und über Guantanamo du, glaube ich.

P Obama: Ich möchte Guantanamo weiterhin schließen. Das ist natürlich schwieriger gewesen, als ich hoffte. Das hängt damit zusammen, dass es wesentlichen Widerstand gegeben hat, auch seitens des Kongresses. Bei einzelnen Fragen brauche ich auch die Zustimmung des Kongresses. Vor etwa einem Monat habe ich eine Rede gehalten. Ich habe dabei auch gesagt, dass ich meine Anstrengungen, Guantanamo zu schließen, verdoppeln würde.

Es gab den 11. September, und wir sind seit mehr als einem Jahrzehnt in unterschiedlicher Weise bei Kriegen dabei. Ein Krieg in Afghanistan war notwendig. Ich war auch strikt gegen einen weiteren Krieg im Irak. Aber wenn es dazu kommt, dass wir weiterhin in diesem Zustand sind, dann wächst die Gefahr von terroristischen Angriffen. Wir müssen auch Schritte unternehmen, um uns zu schützen, die im Einklang mit unseren Werten und auch mit dem Völkerrecht stehen. Wir müssen uns jedoch auch davon abhalten, uns einfach von der Angst vorantreiben zu lassen, was dazu führen würde, dass wir die gesellschaftlichen Strukturen auf eine Art und Weise verändern, die wir für die Zukunft nicht wünschen. Die Schließung von Guantanamo ist ein Beispiel dafür, wie wir diese Kriegsmentalität überwinden. Einige Häftlinge von Guantanamo sind gefährlich. Einige haben schlimme Dinge angerichtet. Aber es darf keine ständige Einrichtung geben, auch wenn wir jetzt dabei sind, einen Krieg in Afghanistan zu beenden, der auch zu der Festnahme einiger dieser Häftlinge geführt hat.

Ich bin zuversichtlich, dass wir weiterhin Fortschritte erzielen werden. Aber Sie haben recht: Man ist nicht so schnell vorgegangen, wie ich mir das wünschte. Als Politiker denkt man dann auch, dass die Menschen nicht immer das machen, was man möchte. Das ist natürlich schockierend. Aber man muss sich weiter an die Arbeit setzen.

Was die Drohnenpolitik betrifft, habe ich dieses Thema auch in dieser Rede angesprochen. Angriffe gegen Terroristen, die zum Tode führen, sind auch bei uns ein sehr kontroverses Thema. Es gibt diesbezüglich sehr strenge Vorschriften. Beim Besiegen von Al-Qaida müssen wir immer wieder darüber nachdenken, wie diese Technologien eingesetzt werden. Ich kann jedoch bekräftigen, dass wir Deutschland nicht als Ausgangspunkt für unbemannte Drohnen verwenden, die dann auch Teil unserer Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung sind. Ich weiß, dass es einige Berichte in Deutschland gegeben hat, dass das eventuell der Fall sei. Das ist nicht der Fall.

BK'in Merkel: Ich möchte ergänzen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika hier Stützpunkte und Soldaten haben, dass die auch gerade im Kampf gegen den Terrorismus eine wichtige Funktion innehaben, wenn ich zum Beispiel an Ramstein und an die Versorgung der verwundeten Soldaten dort denke, dass wir als Verbündete und Mitglied der Nato selbstverständlich solche Stützpunkte zur Verfügung stellen, dass wir unsere Arbeit auf der Basis gemeinsamer Werte vollziehen und uns natürlich auch immer über diese Werte austauschen, aber dass ich es auch ein Stück weit für sehr gut und sehr wichtig halte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auch in Deutschland solche militärischen Stützpunkte unterhalten. Das ist innerhalb eines Bündnisses normal, und so soll es auch bleiben.

Frage: Herr Präsident, zu Syrien: Aufgrund der Transparenz möchte ich fragen, ob Sie genau darlegen können, welche Waffen die Rebellen in Syrien erhalten und welche Gruppen sie genau erhalten.

Zum selben Thema: Präsident Putin war beim G8-Gipfeltreffen sehr entschlossen und auch isoliert. Wie kann ein politischer Prozess, Frieden zu erreichen, erfolgreich sein, wenn Assad weiterhin Unterstützung erhält?

Frau Merkel, wenn ich meine Frage auf Deutsch stellen darf: Die Bundesregierung hat immer

argumentiert, dass Waffenlieferungen den Konflikt eskalieren lassen, weil die Waffen in der Hand von Islamisten landen können. Glauben Sie nicht, dass es die Situation verschlimmert, wenn die USA Waffen liefern?

Wenn Sie sich auch zu Herrn Putin äußern wollen, bitte schön!

P Obama: Ich bin zutiefst von Ihrem Deutsch beeindruckt, Jeff. Ich weiß nicht, ob Sie den Satz geübt haben, aber das war wirklich toll! Bundeskanzlerin Merkel sagte, dass das ganz okay sei.

Ich kann keine Kommentare dazu abgeben, was unsere Unterstützung der syrischen Rebellen betrifft.

Das werde ich nicht tun. Ich möchte jedoch betonen, dass wir in unserer Politik sehr konsequent gewesen sind. Wir wünschen, dass es in Syrien Frieden gibt, dass es keine religiösen Konflikte gibt und dass Demokratie, Legitimität und Toleranz herrschen. Das ist das hohe Ziel. Wir wollen, dass dem Blutvergießen ein Ende gesetzt wird. Wir wollen gewährleisten, dass Chemiewaffen nicht verwendet werden und dass sie nicht in die Hände von denjenigen gelangen, die sie auch konkret anwenden würden. Unsere Meinung ist hinsichtlich der Ergebnisse in Syrien auch sehr konsequent gewesen.

Wir vertreten auch die Ansicht, dass man diese Ziele am besten durch einen politischen Wandlungsprozess erreichen können. Das haben wir vor einem Jahr gesagt, und das haben wir vor zwei Jahren gesagt. Präsident Assad hat eine andere Entscheidung getroffen. Das hat zu Chaos und Blutvergießen in seinem Land geführt. Er bringt seine eigene Bevölkerung um. Wir vertreten die Meinung, dass es für ihn nicht möglich ist, Legitimität wiederzuerlangen, nachdem mehr als 100.000 Menschen getötet und Tausende vertrieben worden sind. Das ist eine praktische Frage, und das habe ich auch Präsident Putin gesagt. Wenn Syrien weiterhin vereint bleiben soll und das Blutvergießen beendet werden soll, dann muss man sich die Frage stellen, wie man das erreicht. Die einzige Möglichkeit ist ein politischer Wandlungsprozess.

Die gute Nachricht des G8-Gipfeltreffens besteht darin, dass alle Länder einschließlich Russland das Kommuniqué (unterstützt haben), das sich aus den ersten Genfer Gesprächen ergeben hat und in dem festgehalten wurde, dass wir dann auch eine Übergangsregierung haben müssen. Das zweite gute Ergebnis des G8-Gipfeltreffens, mit dem alle einschließlich Russland einverstanden waren, war: Es muss Untersuchungen zum Einsatz von Chemiewaffen geben, und alle müssen auch hinsichtlich dieser Untersuchungen kooperieren. Wir glauben, dass es zum Einsatz von Chemiewaffen gekommen ist. Die Russen sind skeptisch. Wir haben gesagt: Die Vereinten Nationen sollen ernsthafte Untersuchungen durchführen; denn wir möchten nicht, dass Chemiewaffen von irgendjemandem verwendet werden. Für uns besteht die Frage darin, wie wir weiterhin eine politische Opposition und eine militärische Opposition unterstützen können, die fähiger wird, die zunehmend vereint wird und die Extremisten isoliert, die innerhalb von Syrien auch Teile der Opposition geworden sind. Wenn es zu einem politischen Wandlungsprozess kommt, dann brauchen wir auch jemanden, der das Land führen kann, der die Regierung führen kann und der auch insgesamt zu einer Verbesserung für die Menschen beitragen kann. Das ist ein schwieriger politischer Prozess. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Die Unterstützung, die wir anbieten - politisch und auch für die militärische Opposition -, hat dieses Ziel vor Augen.

Es hat Berichte gegeben, die auch hochgedreht worden sind, wonach sich die Vereinigten Staaten angeblich darauf vorbereiten, sich an einem weiteren Krieg zu beteiligen. Wir wollen einen Krieg beenden. Das wird nur geschehen, wenn es einen Übergang gibt, wie ich ihn eben beschrieben habe.

Gut, Sie haben Recht: Präsident Putin ist der Meinung, dass das, was Assad ersetzen würde, nur schlimmer als Assad sein würde. Es wird in den kommenden Monaten noch zunehmend offensichtlich werden, dass es ohne eine andere Regierung keinen Frieden geben kann und dass diese Unterschiede zwischen den einzelnen religiösen Gruppen zunehmen werden. Dieser Konflikt wird sich wahrscheinlich in der Region ausbreiten. Das wäre für niemanden gut.

BK'in Merkel: Zu der Frage der Waffenlieferungen: Deutschland hat ganz klare Regeln, auch rechtliche Regeln, nach denen wir in Bürgerkriegsgebiete keine Waffen liefern. Das ist unsere deutsche Regelung, und an die halten wir uns. Das hat also mit der Frage von Syrien im Augenblick nicht spezifisch etwas zu tun, sondern das ist unsere allgemeine Herangehensweise.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht eine konstruktive Rolle bei der Frage der politischen Prozesse, bei der Frage der humanitären Hilfe und auch bei der Diskussion über den richtigen Weg spielen können, wie man die Opposition, und zwar die Kräfte, die auch im Interesse der Menschen in Syrien agieren, unterstützen kann. Die Situation ist insbesondere, was die Opposition anbelangt, sehr unterschiedlich. Unsere Aufgabe ist es, sehr dazu beizutragen, dass diejenigen, die eine gute Zukunft für Syrien wollen, die nicht mit dem Terrorismus verbunden sind, eine Chance bekommen, eine volle Legitimation zu haben, denn auch nach Meinung von Deutschland hat Assad seine Legitimation verloren.

Der russische Präsident - so verstehe ich ihn - trifft diese Aussage nicht so klar, dass der syrische Präsident seine Legitimation verloren hat. Dennoch haben wir eine Einigung gefunden, dass wir daran arbeiten wollen, eine Übergangsregierung hinzubekommen. Es muss auch natürlich die Frage gestellt

werden: Was kommt danach? Ich glaube, über diese Frage muss man sprechen. Über die haben wir gesprochen. Dazu wird im Kommuniqué der G8 gesagt: Wir lehnen alle gemeinsam terroristische Kräfte in Syrien ab, denn sie würden das Leid der Bevölkerung noch einmal vergrößern.

Jetzt kommt es darauf an, Schritt für Schritt zu versuchen, die verschiedenen Dinge zusammenzubringen. Denn es ist leider noch zu keiner gemeinsamen UN-Haltung im Sicherheitsrat gekommen, weil Russland noch nicht auf der Seite stand. Aber man darf auch nichts unversucht lassen - das haben wir im Rahmen von G8 getan -, immer wieder zu gucken, wo der gemeinsame Grund, die gemeinsame Basis ist, auf der wir auch mit Russland sprechen können. Darüber hinaus bleiben Teile, in denen wir einfach unterschiedlicher Meinung sind. Aber unsere politische Verantwortung heißt, immer wieder zu gucken, ob man ein Stück vorankommt.

Da, wenn wir nach Jordanien und in andere Länder gucken, die Situation in Bezug auf die Flüchtlinge und auch die Situation in der Region erkennbar immer instabiler wird, ist es, glaube ich, aller Mühe wert, zu schauen, dass wir gemeinsam aus dem Kommuniqué von gestern auch etwas machen, was dann den Menschen in Syrien direkt hilft.

Frage: Herr Präsident, in der Vergangenheit hat es unterschiedliche Meinungen zur Lösung der weltweiten Finanzkrise gegeben. Bundeskanzlerin Merkel möchte, dass die Defizite zurückgeschraubt werden, sodass es mehr Vertrauen in die Märkte gibt. Haben Sie darüber diskutiert? Was ist Ihre Position dazu?

Frau Bundeskanzlerin, die gleiche Frage auch an Sie: Hat die Situation in der Eurozone eine Rolle gespielt? Wollen Sie weiter an der Politik trotz der wirtschaftlichen Krise und des Niedergangs gerade in den südlichen Ländern der Eurozone festhalten?

BK'in Merkel: Vielleicht darf ich beginnen, weil Ihre Frage etwas insinuiert, was nun wirklich nicht mein Ansinnen ist.

Wir wollen Prosperität, wir wollen Wettbewerbsfähigkeit, wir wollen wirtschaftliche Stärke und natürlich den Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir haben ausführlich darüber gesprochen. Ich habe noch einmal deutlich gemacht: Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Deshalb wäre es eine ganz falsche Herangehensweise, wenn wir jetzt von uns aus eine Politik betreiben, die unsere eigenen Exportländer, in die wir exportieren, schwächen würde.

Ich glaube nur, dass sich die Welt ändert und dass Europa nicht in allen Fragen nicht genug wettbewerbsfähig ist. Da ist die Haushaltskonsolidierung als ein Teil, aber nicht als der einzige zu nennen, sondern da sind Strukturreformen zu erwähnen. Der italienische Ministerpräsident hat bei dem G8-Gipfel darüber ausführlich gesprochen, was das für die jungen Leute bedeutet, was das für Arbeitsplätze für junge Leute bedeutet. Dennoch heißt die Aufgabe, dass wir, wenn 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb von Europa stattfindet, fähig sein müssen, Produkte herzustellen, die so wettbewerbsfähig sind, dass sie auch außerhalb Europas gekauft werden, dass sie genommen werden. Diesen Prozess müssen wir gestalten. Wir müssen Bürokratie abbauen, Strukturreformen durchführen, offener für Innovation und Forschung sein. Für Deutschland gesprochen: Wir müssen bezahlbare Energien haben, wenn ich sehe, wie sich die Energiepreise in den Vereinigten Staaten von Amerika entwickeln.

All das müssen wir leisten. Dazu gehört auch, insbesondere in einem Kontinent, der durchschnittlich älter wird, dass es uns gelingt, unsere Haushaltsdefizite zu reduzieren, damit wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen unseren Wohlstand aufbauen. Das ist mein Anliegen. Nur ein starkes Europa wird auch ein Europa sein, das Deutschland wirklich hilft. Insofern kann ich mir eine Zukunft ohne Europa für Deutschland gar nicht vorstellen. Deshalb sind das zwei Seiten derselben Medaille, nämlich dass Deutschland auf der eine Seite wettbewerbsfähig sein will und andere auch Wettbewerbsfähigkeit verbessern lassen will, und wir auf der anderen Seite in Europa alle zusammengehören. Deshalb haben wir auch schon viel Solidarität gezeigt. Auch darüber haben wir gesprochen.

P Obama: Wie Angela gesagt hat, möchten wir alle das Gleiche. Wir möchten, dass es Wirtschaftswachstum gibt - wenn man dazu bereit ist, hart zu arbeiten, wenn man die Möglichkeit hat, erfolgreich zu sein, wenn man einen Arbeitsplatz finden kann, von dem man auch leben kann, dass man im Rentenalter Würde erfährt, dass die Kinder gute Schulen besuchen können, dass das Gesundheitswesen auch bezahlbar ist. Wir müssen dies alles in einer Art und Weise tun, die, was die Haushaltssituation betrifft, weise ist, sodass es keine zusätzlichen Lasten für die Kinder und Enkelkinder gibt.

Fast alle Industrieländer haben mit diesen Herausforderungen auf irgendeine Art und Weise zu tun. Wir haben gerade die schlimmste Rezession seit vielen Jahren durchgemacht. Die gute Nachricht besteht darin, dass es in den Vereinigten Staaten einige Fortschritte gegeben hat. Wir haben eine Bankenstrukturreform durchgeführt. Das war auch ein Auslöser für viele dieser großen Probleme. Das Bankensystem ist jetzt sehr viel stärker. Die Aufsicht ist sehr viel strenger. Die Immobilienmärkte erholen sich. Es hat seit dreieinhalb Jahren Wirtschaftswachstum gegeben. Wir haben sieben Millionen

neue Arbeitsplätze geschaffen.

Aber wir müssen weitere durchführen. Wir müssen auch die Kompetenz unserer Arbeitskräfte verbessern. Wir müssen die Infrastruktur weiter ausbauen. Wir müssen weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren. In allen Ländern weltweit gibt es eine Zunahme in Bezug auf Ungleichheiten. Wir müssen gewährleisten, dass es Aufstiegsmöglichkeiten für die Menschen gibt, die unten stehen, und dass Gewinne und Produktivität nicht nur denen zugutekommen, die ganz oben sind.

Was in den Vereinigten Staaten gilt, ist auch in Europa der Fall. Es gibt andere Probleme in Europa.

Eine Herausforderung der Eurozone besteht auch darin, dass die Länder in unterschiedlichen Produktivitätsphasen sind und einige wenige bei den Strukturreformen weiter vorangeschritten sind als andere. Wir führen seit vier Jahren das Gespräch über dieses Thema. Es gibt auch kein Patentrezept. Wir müssen alle gewährleisten, dass die Haushaltssituation tragfähig ist. Wir müssen alle Strukturreformen durchführen, denn man muss in der heutigen Wirtschaft wettbewerbsfähiger sein. Wir müssen alle den Schwerpunkt auf das Wachstum legen und dabei auch gewährleisten, dass wir beim Streben nach weiteren politischen Zielen - ob es um Haushaltskonsolidierung, um Umstrukturierung der Arbeitsmärkte oder Reformen der Rentensysteme geht - langfristig gesehen das Hauptziel nicht aus den Augen verlieren, nämlich die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Wenn wir feststellen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zu stark nach oben geht, müssen wir auch irgendwann unseren Ansatz ändern, sodass wir gewährleisten, dass eine Generation nicht verlorenght, die sich eventuell nie davon erholt, was ihre berufliche Entwicklung betrifft.

Das war Diskussionsthema beim G8-Gipfeltreffen. Wir haben auch heute das Gespräch darüber fortgesetzt. Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland bei diesem Prozess erfolgreich sein wird. Ich bin zuversichtlich, dass Bundeskanzlerin Merkel sich auch weiterhin dafür einsetzen wird, das europäische Vorhaben umzusetzen, die Eurozone aufrechtzuerhalten. Sie darf auch zuversichtlich sein, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beitrag leisten werden, diese schwierige Phase zu überwinden, sodass wir in Zukunft auch eine Kraft für Wachstum und Wohlstand sein können. - Danke schön!

1 BK'in Merkel: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte dem amerikanischen
2 Präsidenten Barack Obama ein herzliches Willkommen hier in Berlin sagen. Es ist sein erster
3 Besuch in Berlin als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika - mitnichten sein erster
4 Besuch in Deutschland.

5 Wir haben inzwischen viele Begegnungen gehabt, wir haben eine freundschaftliche,
6 vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dafür möchte ich mich bedanken. Unsere Zusammenarbeit
7 begründet sich auf der Grundlage freundschaftlicher, über Jahrzehnte dauernder Beziehungen
8 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese
9 Beziehung ist deshalb so gut, weil sie auf gemeinsamen Werten gründet.

10 Wenn der amerikanische Präsident Barack Obama heute vor dem Brandenburger Tor
11 sprechen wird, dann wird er ein Präsident sein können, der das vor einem durchlässigen
12 Brandenburger Tor tun kann. Andere Präsidenten mussten daran erinnern, dass die Mauer
13 weg muss. Sie ist weg, und das haben wir auch unseren amerikanischen Freunden und
14 Partnern zu verdanken.

15 Wir beobachten aber auch, dass sich die Welt verändert, und zwar in rasantem Tempo.
16 Deshalb treten neue Herausforderungen auf den Plan. Diese Herausforderungen wollen wir
17 auch entschlossen miteinander bewältigen.

18 Ein Thema, das für uns in Europa, aber auch in Deutschland von großer Wichtigkeit ist und
19 ein großes, wichtiges Projekt zwischen den größten Volkswirtschaften der Welt sein könnte,
20 ist das Thema des Freihandelsabkommens. Ich freue mich sehr, dass wir die Eröffnung der
21 Verhandlungen beschließen konnten. Ich will für die deutsche Seite sagen, dass wir uns mit
22 voller Kraft dafür einsetzen werden. Denn über die Tatsache hinaus, dass die
23 Volkswirtschaften beiderseits des Atlantik aus diesem Abkommen gewinnen werden - und
24 zwar beiderseits -, wäre es auch ein Bekenntnis zu einer globalen Welt, in der sich
25 gemeinsame Werte und auch gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten besser gestalten lassen.
26 Deshalb liegt mir persönlich sehr viel an diesem Freihandelsabkommen. Das sage ich auch im
27 Namen der gesamten Bundesregierung.

28 Wir haben über Fragen des Internets gesprochen, die im Zusammenhang mit dem Thema des
29 PRISM-Programms aufgekommen sind. Wir haben hier sehr ausführlich über die neuen
30 Möglichkeiten und die neuen Gefährdungen gesprochen. Das Internet ist für uns alle Neuland,
31 und es ermöglicht natürlich auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen
32 Grundordnung, mit völlig neuen Möglichkeiten und völlig neuen Herangehensweisen unsere
33 Art zu leben in Gefahr zu bringen. Deshalb schätzen wir die Zusammenarbeit mit den
34 Vereinigten Staaten von Amerika in den Fragen der Sicherheit.

35 Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass natürlich bei allen Notwendigkeiten von
36 Informationsgewinnung das Thema der Verhältnismäßigkeit immer ein wichtiges Thema ist.
37 Unsere freiheitlichen Grundordnungen leben davon, dass Menschen sich sicher fühlen
38 können. Deshalb ist die Frage der Balance, die Frage der Verhältnismäßigkeit etwas, was wir
39 weiter miteinander besprechen werden und wozu wir einen offenen Informationsaustausch
40 zwischen unseren Mitarbeitern sowie auch zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums
41 aus Deutschland und den entsprechenden amerikanischen Stellen vereinbart haben. Ich denke,
42 dieser Dialog wird weitergehen.

43 Wir haben dann über eine Reihe von außenpolitischen Fragen gesprochen. Wir sind
44 gemeinsam in Afghanistan engagiert. Dort ist ein neuer Prozess der Übergabe der

45 Verantwortung angestoßen worden. Diesen Prozess werden wir genauso gemeinsam
46 bewältigen, wie wir die Zeit der stärkeren militärischen Auseinandersetzung, die Zeit des
47 Trainings der afghanischen Kräfte bewältigt haben. Deutschland wird hier gemeinsam mit den
48 Vereinigten Staaten von Amerika die noch zu lösenden Probleme - und die sind natürlich
49 gravierend - auch lösen.

50 Wir haben über das Thema Iran und auch über den Nahen Osten gesprochen. Was den
51 Nahost-Friedensprozess anbelangt, so bin ich der Meinung, dass die Kerry-Initiative eine gute
52 Grundlage ist, um Friedensgespräche wieder in Gang zu bringen, und dass die Region einen
53 solchen Frieden braucht. Die Partner sollten dieses Angebot annehmen und die Chance
54 nutzen, denn es ist dringend erforderlich. Wir werden auch, wie wir das in den letzten Jahren
55 getan haben, gemeinsam weiter an dem Thema des Nuklearprogramms des Iran arbeiten; auch
56 das haben wir vereinbart.

57 Es waren gute und wie immer sehr offene Gespräche. Noch einmal ein ganz herzliches
58 Willkommen!

59 P Obama: Herzlichen Dank! - Guten Tag! Es ist wunderbar, wieder in Berlin zu sein. Ich habe
60 immer die Warmherzigkeit geschätzt, mit der ich von den Deutschen begrüßt worden bin -
61 heute ist das nicht anders. Ich bin durchaus beeindruckt von den hohen Temperaturen hier in
62 Berlin, und ich bin auch sehr dankbar für die Einladung der Bundeskanzlerin 50 Jahre nach
63 dem Besuch von Präsident Kennedy.

64 Die Bundeskanzlerin und ich waren gerade beim G8-Gipfel, dem jüngsten in einer Reihe von
65 gemeinsamen Treffen. Während meiner Amtszeit im Weißen Haus habe ich die Ehre gehabt,
66 bei sehr vielen Themen mit ihr zusammenzuarbeiten. Als sie das letzte Mal im Weißen Haus
67 war, hatte ich auch die Ehre, ihr die Freiheitsmedaille zu präsentieren - die höchste zivile
68 Auszeichnung, die ein Präsident der Vereinigten Staaten verleihen kann. Daran wird auch
69 erkenntlich, wie eng wir zusammenarbeiten, und wird auch die Stärke unseres Bündnisses
70 erkenntlich.

71 Ich weiß, dass hier in Deutschland manchmal darüber diskutiert wird, dass die transatlantische
72 Allianz nicht mehr so wichtig sei und dass die Vereinigten Staaten eher nach Asien blickten.
73 Bei den Gesprächen mit Bundeskanzlerin Merkel, aber auch beim Gespräch mit dem
74 Bundespräsidenten habe ich in Erinnerung gerufen, dass aus unserer Perspektive die
75 Beziehung mit Europa weiterhin der Eckstein unserer Sicherheit und unserer Freiheit ist.
76 Europa ist in fast allem, was wir unternehmen, unser Partner. Die Herausforderungen haben
77 sich in ihrer Art zwar geändert; die Stärke der Beziehungen und die Bande, die wir auf der
78 Grundlage von gemeinsamen Werten und Idealen haben, bleiben jedoch weiterhin bestehen.

79 Wir haben die heutige Diskussion mit Wirtschaftsthemen begonnen und damit die Gespräche
80 fortgesetzt, die wir beim G8-Gipfeltreffen begonnen haben. Deutschland ist auch unser
81 wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union. So haben wir beide ein grundlegendes
82 Interesse am gegenseitigen Erfolg.

83 Es gibt noch mehr, was wir tun müssen. Wir müssen weiterhin Wachstum erzielen, wir
84 müssen unsere Wirtschaften umstrukturieren. In Europa gibt es unterschiedliche Stadien
85 dieser Reformprozesse. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es die Notwendigkeit - zum
86 Beispiel im Gesundheitswesen -, Strukturveränderungen durchzuführen. Das
87 Gesundheitswesen ist in den Vereinigten Staaten sehr viel teurer als in den meisten anderen
88 Industrieländern und führt zu einem wesentlichen Beitrag beim Haushaltsdefizit. Wir haben

89 die schlimmste Rezession in Jahren durchgemacht, wir können jedoch stärker aus dieser
90 Rezession herausgehen, wenn wir die vor uns liegenden Chancen nutzen.

91 Wir haben auch über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - auch TTIP
92 genannt - gesprochen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten
93 und der Europäischen Union sind bereits die größten der Welt - 13 Millionen Amerikaner und
94 Europäer haben Arbeitsplätze, die durch den transatlantischen Handel und transatlantische
95 Investitionen direkt unterstützt werden. Die Bundeskanzlerin und ich haben gemeinsam die
96 Überzeugung, dass, wenn wir erfolgreich sind, wir auf beiden Seiten des Atlantiks Tausende
97 von Arbeitsplätzen schaffen können, zu mehr Wettbewerbsfähigkeit weltweit beitragen
98 können und dadurch auch die Standards für den Freihandel weltweit verbessern können.
99 Dadurch haben nicht nur wir Vorteile, sondern alle.

100 Was unsere Sicherheit betrifft, so sind die Vereinigten Staaten und Deutschland mehr als nur
101 Nato-Bündnispartner. In Deutschland ist mehr amerikanisches Militärpersonal stationiert als
102 in irgendeinem anderen Land außerhalb der Vereinigten Staaten. Wir sind sehr dankbar für
103 die Gastfreundschaft der Deutschen. Als ich auf einem früheren Besuch in Deutschland war,
104 hatte ich auch die Möglichkeit, einen Stützpunkt zu besuchen, auf dem auch auf dem
105 Schlachtfeld Verwundete behandelt werden. Es war sehr schön zu sehen, wie dies gestaltet
106 wurde und welche Gastfreundschaft es für verwundete Amerikaner gibt. Das ist für uns ein
107 sehr starkes Symbol.

108 Unsere Soldatinnen und Soldaten dienen Seite an Seite in Afghanistan. Deutschland ist der
109 drittgrößte Truppensteller dort. Wir sind beide sehr dankbar für die Opfer, die unsere
110 Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Familien bei diesen gemeinsamen Anstrengungen
111 gemacht haben. Dank dieser Anstrengungen hat Afghanistan jetzt die Möglichkeit, die
112 Sicherheit herzustellen und das eigene Schicksal zu gestalten. Wir begrüßen die Bekanntgabe
113 von Präsident Karsai von gestern, dass die afghanischen Sicherheitskräfte die Federführung
114 für die Sicherheit im Lande überall übernehmen werden. Das war ein wichtiger Meilenstein,
115 der auf dem Nato-Gipfeltreffen festgelegt wurde. Wir führen diesen Krieg verantwortungsvoll
116 zu Ende; der Kampfeinsatz der Nato in Afghanistan geht auch seinem Ende zu. Dabei müssen
117 wir weiterhin in die gemeinsamen Kapazitäten und in die Interoperabilität investieren, die
118 durch ungeheure Opfer unserer Bürger aufgebaut worden sind. Auch Deutschland möchte
119 natürlich sicherstellen, dass wir nach dem Ende des Kampfeinsatzes weiterhin Fortschritte
120 sehen.

121 Viele von Ihnen haben auch zur Kenntnis genommen, dass es eine Bekanntgabe hinsichtlich
122 der Öffnung eines Büros der Taliban in Katar gibt. Ich habe schon gesagt, dass dieser Prozess
123 schwierig sein wird. Die Parteien führen schon seit geraumer Zeit - schon seit vor dem 11.
124 September - Kämpfe gegeneinander. Wir gehen nicht davon aus, dass es einfach sein wird.
125 Letztendlich werden die Afghanen unter sich Gespräche über mögliche Vorgehensweisen und
126 über die Frage, wie man den Zyklus der Gewalt beenden kann, sodass sie ihr Land aufbauen
127 können, führen müssen.

128 Wir haben auch weitere regionale Herausforderungen besprochen, einschließlich Syriens. Wir
129 sind vereint in dem Wunsch, eine Verhandlungslösung zu sehen. Wir wollen ein Syrien sehen,
130 das demokratisch vereint ist und in Frieden aus dem Konflikt hervorgeht. Jetzt muss das
131 Blutvergießen enden. Wir haben einige Fortschritte auf dem G8-Gipfel gesehen, was die
132 erneute Bekräftigung der Notwendigkeit betrifft, eine Übergangsregierung zu gestalten, und
133 auch was Ermittlungen, Untersuchungen durch die Vereinten Nationen über den möglichen
134 Einsatz von Chemiewaffen in Syrien betrifft.

135 Ich danke der Bundeskanzlerin für die unerschütterliche Unterstützung in dem Streben nach
136 Frieden bei den Israelis und Palästinensern. Ich habe der Bundeskanzlerin von den jüngsten
137 Anstrengungen von Secretary Kerry berichtet, dort Gemeinsamkeiten zu finden.

138 Ich möchte Bundeskanzlerin Merkel für die sehr großzügige Einladung danken. Ich werde die
139 Ehre haben, zu den Berlinern vom Pariser Platz aus zu sprechen - von der östlichen Seite des
140 Brandenburger Tors, von der anderen Seite der Mauer, die einst dort stand, von der Präsident
141 Reagan gesagt hat, dass sie niedergerissen werden muss. Im auf seine Rede folgenden
142 Vierteljahrhundert hat es enorme Fortschritte gegeben; das sehen wir auch am Fortschritt in
143 dieser lebendigen, modernen Hauptstadt Berlin. Wir genießen als Amerikaner und Deutsche
144 natürlich sehr viele Vorteile und Segnungen und müssen deshalb auch gewährleisten, dass
145 weitere Mauern weltweit verschwinden. Das können wir nur zusammen tun. Ich bin für diese
146 Freundschaft und dieses Bündnis sehr dankbar.

147 Ich freue mich auf die Möglichkeit, einige Fragen zu beantworten.

148 Frage: Ich möchte auf die Taliban-Gespräche zurückkommen. Gestern haben Sie Hamid
149 Karsai als mutig bezeichnet; heute sagt Präsident Karsai, dass er die Gespräche aussetzt. Wie
150 ist es möglich, dass Sie und Präsident Karsai so unterschiedliche Standpunkte haben? Sagt
151 Ihnen Präsident Karsai privat etwas anderes, als er in der Öffentlichkeit sagt?

152 Bundeskanzlerin Merkel, Sie haben gesagt, dass Sie in den heutigen Gesprächen mit Präsident
153 Obama über PRISM gesprochen haben. Sind Sie jetzt zuversichtlicher oder beruhigter, was
154 den Umfang dieser Programme betrifft und dass es keine Eingriffe in die Privatsphäre der
155 Deutschen gibt?

156 P Obama: Wir haben ausführliche Gespräche mit Präsident Karsai geführt, und zwar bevor
157 und nachdem die Taliban das Büro in Doha eröffnet hatten. Man hat auch darüber berichtet,
158 dass es bezüglich der Art und Weise, wie das Büro eröffnet worden ist - zum Beispiel, welche
159 Formulierungen verwendet worden sind -, Sorgen gebe. Das haben wir auch so kommen
160 sehen. Wir wussten, dass es Spannungen geben würde - um das gelinde auszudrücken -,
161 gerade auch wenn dieses Büro eingerichtet wird; das ist keine Überraschung. Wie ich schon
162 gesagt habe, kämpfen die Parteien seit geraumer Zeit gegeneinander und es herrscht großes
163 Misstrauen. Kämpfe zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban gibt es schon seit
164 geraumer Zeit, und es gibt sie auch heute noch. Wir sind mitten im Krieg, Afghanen kommen
165 immer noch ums Leben, und auch Mitglieder der internationalen Streitkräfte kommen dort
166 immer noch ums Leben. Diese Entwicklungen gehen auch jetzt weiter.

167 Es gibt jetzt den Prozess, die afghanische Regierung auszustatten und
168 Ausbildungsmaßnahmen durchzuführen, sodass die Afghanen die Verantwortung für die
169 eigene Sicherheit übernehmen können. Die Verhandlungen sind dabei sehr schwierig - gerade
170 wenn es darum geht, was es für die Staatengemeinschaft bedeuten würde, dauerhaft eine
171 Präsenz für die Beratung und Unterstützung nach 2014 einzurichten. Wir sind dabei der
172 Ansicht, dass man einen parallelen Weg haben muss, sodass es zu einer politischen
173 Versöhnung kommen kann. Ob diese Anstrengungen Früchte tragen, ob es dazu kommt oder
174 ob es nach 2014 weiterhin Kämpfe gibt, wie es vor dem Eingriff der ISAF-Streitkräfte der
175 Fall war, ist eine Frage, die nur die Afghanen beantworten können.

176 Präsident Karsai hat auch zur Kenntnis genommen, dass politische Versöhnung notwendig ist.
177 Die Herausforderung besteht darin, diesen Prozess in die Wege zu leiten, während man sich

178 noch in einem Kriegszustand befindet. Ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass man trotz
179 dieser Herausforderungen mit diesem Vorhaben weiter vorangehen wird.

180 Bundeskanzlerin Merkel, die zweite Frage war an Sie gerichtet, aber wenn Sie nichts dagegen
181 haben, wäre es meines Erachtens angebracht, dass auch ich auf die Frage der NSA eingehe;
182 denn es hat dazu natürlich auch in den Vereinigten Staaten Kontroversen gegeben - aber
183 natürlich auch hier in Europa. Bundeskanzlerin Merkel wird natürlich auch ihre eigene
184 Ansicht dazu darlegen. Ich habe Bundeskanzlerin Merkel Folgendes dargelegt:

185 Bei meiner Amtsübernahme habe ich die Verpflichtung angenommen, das amerikanische
186 Volk zu schützen und auch unsere Werte und Ideale hochzuhalten. Es gehört zu unseren
187 höchsten Werten, die Privatsphäre und die Grundfreiheiten zu schützen. Ich habe auch die
188 vorangegangene Regierung kritisiert, wenn sie meiner Meinung nach unsere Werte verletzt
189 hatte, und ich hatte meiner Meinung nach eine sehr gute, gesunde Skepsis hinsichtlich der
190 Struktur unserer Programme. Ich habe jedoch auch die Vorgehensweise der
191 Nachrichtendienste genau überprüfen können und umstrukturieren können und bin
192 zuversichtlich, dass wir jetzt das richtige Gleichgewicht haben. Ich möchte auch sehr genau
193 sagen - das ist das, was ich Bundeskanzlerin Merkel beschrieben habe -, um welche
194 Programme es sich bei diesen Kontroversen handelt.

195 Bei einem Programm haben wir die Möglichkeit, eine Telefonnummer zu nehmen, die durch
196 bestimmte Informationen entdeckt worden ist. Es handelt sich hier um die normale
197 Vorgehensweise unserer Nachrichtendienste. Mit anderen Worten: Wir erhalten eine
198 Telefonnummer und wollen dann herausfinden, ob jemand anders diese Telefonnummer
199 angerufen hat. Wir haben dann Daten, die es uns ermöglichen, Telefonnummern zu
200 überprüfen - sonst nichts anderes, keine Inhalte. Das ist kein Abhörverfahren. Man möchte
201 nur feststellen, ob zum Beispiel eine Telefonnummer, die man auf dem Gelände von Osama
202 bin Laden nach dem Angriff gefunden hat, zum Beispiel in New York angerufen worden ist.
203 Wenn wir dann entdecken, dass ein weiterer Anruf geschah, und wir weitere Informationen
204 haben möchten, müssen wir beim Gericht vorstellig werden; denn wir brauchen einen
205 richterlichen Beschluss. Das heißt, dass diese Vorgehensweise unter der Aufsicht der Gerichte
206 ist. Diese Strukturen sind so eingerichtet, dass ein Richter vom Bundesgericht diese
207 Überprüfung durchführt.

208 Wie Bundeskanzlerin Merkel gesagt hat, befinden wir uns im Zeitalter des Internets. Wir
209 müssen gewährleisten, dass die Regeln und Vorschriften, die gelten, auch in dieser neuen
210 Welt des Internets zeitgemäß sind. Ich möchte allen in Deutschland und überall auf der Welt
211 sagen, dass es sehr strikte Vorgehensweisen gibt. Diese gelten für Informationen, die wir in
212 Fragen des Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und in weiteren
213 sehr spezifischen Kategorien erhalten. Wir bekommen dann bestimmte Informationen, und
214 unter Aufsicht des Gerichts haben wir dann weiteren Zugang zu Informationen. Es handelt
215 sich nicht um eine Situation, in der wir den E-Mail-Austausch von deutschen, amerikanischen
216 oder französischen Bürgern überprüfen und E-Mails durchgehen. Das tun wir nicht. Wir
217 haben nicht die Situation, dass wir einfach ins Internet gehen und beliebige Suchen und
218 Recherchen durchführen. Es handelt sich hierbei um strikte Vorlagen, sodass wir die
219 Möglichkeit haben, durch ein sehr striktes Vorgehen unsere Bevölkerung zu schützen. Es gilt
220 hierbei, wie gesagt, die Aufsicht des Gerichts.

221 Die Folge davon ist, dass wir Leben retten. Wir wissen konkret, dass es mindestens 50
222 Bedrohungen gegeben hat, die vereitelt worden sind, nicht nur in den Vereinigten Staaten,
223 sondern auch Bedrohungen, die es hier in Deutschland gab. Man hat durch diese Programme

224 Leben gerettet. Der Eingriff in die Privatsphäre ist sehr beschränkt, denn es gelten hierbei ein
225 richterlicher Beschluss und ein entsprechendes gerichtliches Verfahren für diese genau
226 definierten Kategorien.

227 Das, was ich in den Vereinigten Staaten gesagt habe, ist auch das, was ich der
228 Bundeskanzlerin mitgeteilt habe: Wir müssen hier ein Gleichgewicht herstellen. Wir müssen
229 auch vorsichtig sein, gerade bei der Vorgehensweise unserer Regierungen in
230 nachrichtendienstlichen Fragen. Ich begrüße diese Diskussion. Wenn ich wieder zuhause sein
231 werde, werden wir nach Möglichkeiten suchen, weitere Teile der Programme der
232 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sodass diese Informationen auch der Öffentlichkeit
233 bereitgestellt werden. Unsere nachrichtendienstlichen Behörden werden dann auch die klare
234 Anweisung bekommen, eng mit den deutschen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten, um
235 genau festzuhalten, dass es hierbei keine Missbräuche gibt. Aber wir begrüßen diese Debatten
236 im Gegensatz zu anderen Regierungen. Darum geht es in Demokratien. Ich bin zuversichtlich,
237 dass wir das notwendige Gleichgewicht herstellen können, unsere Bevölkerung schützen
238 können und auch im Internetzeitalter die Grundfreiheiten schützen können.

239 BK'in Merkel: Ich will für die deutsche Bevölkerung auch nur sagen: Es ist richtig und
240 wichtig, dass wir darüber debattieren, dass Menschen auch Sorge haben, und zwar genau
241 davor, dass es vielleicht eine pauschale Sammlung aller Daten geben könnte. Wir haben
242 deshalb auch sehr lange, sehr ausführlich und sehr intensiv darüber gesprochen. Die Fragen,
243 die noch nicht ausgeräumt sind - solche gibt es natürlich -, werden wir weiterdiskutieren.

244 Wir müssen das richtige Verhältnis finden, die Balance, die Verhältnismäßigkeit, zwischen
245 Sicherheit für unsere Menschen in unseren Ländern auf der einen Seite - dabei gibt es Dinge,
246 hinsichtlich derer wir von den Vereinigten Staaten von Amerika wichtige Informationen
247 bekommen haben - und auf der anderen Seite der Unbeschwertheit, mit der Menschen die
248 neuen technischen Möglichkeiten nutzen möchten, die ja auch sehr viel Freiheit und sehr viel
249 neue Möglichkeiten mit sich bringen. So, wie man gelernt hat, mit anderen technischen
250 Erfindungen verhältnismäßig umzugehen, müssen wir jetzt lernen, damit verhältnismäßig
251 umzugehen. Diesen Austausch werden wir fortführen, und das war heute ein wichtiger Beginn
252 dafür. Ich glaube, das wird uns alle weiter bringen.

253 Frage: Herr Präsident, einige Hoffnungen der Welt für Ihre Amtszeit sind enttäuscht worden.
254 Wann werden die USA so weit sein, dass Guantanamo geschlossen werden kann und in allen
255 Staaten der USA die Todesstrafe abgeschafft sein wird?

256 Ich habe eine Nachfrage zur NSA. Sie haben gerade auf Deutschland verwiesen. Ist der Grund
257 dafür, dass Sie besonders Deutschland so ausspähen lassen, dass es auch hier ein besonderes
258 Gefährdungspotenzial gibt?

259 Frau Bundeskanzlerin, wie bewerten Sie es, dass der Friedensnobelpreisträger Obama auch
260 über Deutschland einen Drohnenkrieg führt? Darf er das nach deutschem Rechtsverständnis?

261 P Obama: Ich möchte zunächst feststellen, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Bei der
262 ersten Frage geht es um die Innenpolitik, um Zuhause, um Guantanamo und die Todesstrafe.
263 Dann ging es um Drohnen?

264 BK'in Merkel: Über Drohnen sollte ich sprechen und über Guantanamo du, glaube ich.

265 P Obama: Ich möchte Guantanamo weiterhin schließen. Das ist natürlich schwieriger
266 gewesen, als ich hoffte. Das hängt damit zusammen, dass es wesentlichen Widerstand
267 gegeben hat, auch seitens des Kongresses. Bei einzelnen Fragen brauche ich auch die
268 Zustimmung des Kongresses. Vor etwa einem Monat habe ich eine Rede gehalten. Ich habe
269 dabei auch gesagt, dass ich meine Anstrengungen, Guantanamo zu schließen, verdoppeln
270 würde.

271 Es gab den 11. September, und wir sind seit mehr als einem Jahrzehnt in unterschiedlicher
272 Weise bei Kriegen dabei. Ein Krieg in Afghanistan war notwendig. Ich war auch strikt gegen
273 einen weiteren Krieg im Irak. Aber wenn es dazu kommt, dass wir weiterhin in diesem
274 Zustand sind, dann wächst die Gefahr von terroristischen Angriffen. Wir müssen auch
275 Schritte unternehmen, um uns zu schützen, die im Einklang mit unseren Werten und auch mit
276 dem Völkerrecht stehen. Wir müssen uns jedoch auch davon abhalten, uns einfach von der
277 Angst vorantreiben zu lassen, was dazu führen würde, dass wir die gesellschaftlichen
278 Strukturen auf eine Art und Weise verändern, die wir für die Zukunft nicht wünschen. Die
279 Schließung von Guantanamo ist ein Beispiel dafür, wie wir diese Kriegsmentalität
280 überwinden. Einige Häftlinge von Guantanamo sind gefährlich. Einige haben schlimme Dinge
281 angerichtet. Aber es darf keine ständige Einrichtung geben, auch wenn wir jetzt dabei sind,
282 einen Krieg in Afghanistan zu beenden, der auch zu der Festnahme einiger dieser Häftlinge
283 geführt hat.

284 Ich bin zuversichtlich, dass wir weiterhin Fortschritte erzielen werden. Aber Sie haben recht:
285 Man ist nicht so schnell vorgegangen, wie ich mir das wünschte. Als Politiker denkt man dann
286 auch, dass die Menschen nicht immer das machen, was man möchte. Das ist natürlich
287 schockierend. Aber man muss sich weiter an die Arbeit setzen.

288 Was die Drohnenpolitik betrifft, habe ich dieses Thema auch in dieser Rede angesprochen.
289 Angriffe gegen Terroristen, die zum Tode führen, sind auch bei uns ein sehr kontroverses
290 Thema. Es gibt diesbezüglich sehr strenge Vorschriften. Beim Besiegen von Al-Qaida müssen
291 wir immer wieder darüber nachdenken, wie diese Technologien eingesetzt werden. Ich kann
292 jedoch bekräftigen, dass wir Deutschland nicht als Ausgangspunkt für unbemannte Drohnen
293 verwenden, die dann auch Teil unserer Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung
294 sind. Ich weiß, dass es einige Berichte in Deutschland darüber gegeben hat, dass das eventuell
295 der Fall sei. Das ist nicht der Fall.

296 BK'in Merkel: Ich möchte ergänzen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika hier
297 Stützpunkte und Soldaten haben, dass die auch gerade im Kampf gegen den Terrorismus eine
298 wichtige Funktion innehaben, wenn ich zum Beispiel an Ramstein und an die Versorgung der
299 verwundeten Soldaten dort denke, dass wir als Verbündete und Mitglied der Nato
300 selbstverständlich solche Stützpunkte zur Verfügung stellen, dass wir unsere Arbeit auf der
301 Basis gemeinsamer Werte vollziehen und uns natürlich auch immer über diese Werte
302 austauschen, aber dass ich es auch ein Stück weit für sehr gut und sehr wichtig halte, dass die
303 Vereinigten Staaten von Amerika auch in Deutschland solche militärischen Stützpunkte
304 unterhalten. Das ist innerhalb eines Bündnisses normal, und so soll es auch bleiben.

305 Frage: Herr Präsident, zu Syrien: Aufgrund der Transparenz möchte ich fragen, ob Sie genau
306 darlegen können, welche Waffen die Rebellen in Syrien erhalten und welche Gruppen sie
307 genau erhalten.

308 Zum selben Thema: Präsident Putin war beim G8-Gipfeltreffen sehr entschlossen und auch
309 isoliert. Wie kann ein politischer Prozess, Frieden zu erreichen, erfolgreich sein, wenn Assad
310 weiterhin Unterstützung erhält?

311 Frau Merkel, wenn ich meine Frage auf Deutsch stellen darf: Die Bundesregierung hat immer
312 argumentiert, dass Waffenlieferungen den Konflikt eskalieren lassen, weil die Waffen in der
313 Hand von Islamisten landen können. Glauben Sie nicht, dass es die Situation verschlimmert,
314 wenn die USA Waffen liefern?

315 Wenn Sie sich auch zu Herrn Putin äußern wollen, bitte schön!

316 P Obama: Ich bin zutiefst von Ihrem Deutsch beeindruckt, Jeff. Ich weiß nicht, ob Sie den
317 Satz geübt haben, aber das war wirklich toll! Bundeskanzlerin Merkel sagte, dass das ganz
318 okay sei.

319 Ich kann keine Kommentare dazu abgeben, was unsere Unterstützung der syrischen Rebellen
320 betrifft. Das werde ich nicht tun. Ich möchte jedoch betonen, dass wir in unserer Politik sehr
321 konsequent gewesen sind. Wir wünschen, dass es in Syrien Frieden gibt, dass es keine
322 religiösen Konflikte gibt und dass Demokratie, Legitimität und Toleranz herrschen. Das ist
323 das hohe Ziel. Wir wollen, dass dem Blutvergießen ein Ende gesetzt wird. Wir wollen
324 gewährleisten, dass Chemiewaffen nicht verwendet werden und dass sie nicht in die Hände
325 von denjenigen gelangen, die sie auch konkret anwenden würden. Unsere Meinung ist
326 hinsichtlich der Ergebnisse in Syrien auch sehr konsequent gewesen.

327 Wir vertreten auch die Ansicht, dass man diese Ziele am besten durch einen politischen
328 Wandlungsprozess wird erreichen können. Das haben wir vor einem Jahr gesagt, und das
329 haben wir vor zwei Jahren gesagt. Präsident Assad hat eine andere Entscheidung getroffen.
330 Das hat zu Chaos und Blutvergießen in seinem Land geführt. Er bringt seine eigene
331 Bevölkerung um. Wir vertreten die Meinung, dass es für ihn nicht möglich ist, Legitimität
332 wiederzuerlangen, nachdem mehr als 100.000 Menschen getötet und Tausende vertrieben
333 worden sind. Das ist eine praktische Frage, und das habe ich auch Präsident Putin gesagt.
334 Wenn Syrien weiterhin vereint bleiben soll und das Blutvergießen beendet werden soll, dann
335 muss man sich die Frage stellen, wie man das erreicht. Die einzige Möglichkeit ist ein
336 politischer Wandlungsprozess.

337 Die gute Nachricht des G8-Gipfeltreffens besteht darin, dass alle Länder einschließlich
338 Russland das Kommuniqué (unterstützt haben), das sich aus den ersten Genfer Gesprächen
339 ergeben hat und in dem festgehalten wurde, dass wir dann auch eine Übergangsregierung
340 haben müssen. Das zweite gute Ergebnis des G8-Gipfeltreffens, mit dem alle einschließlich
341 Russland einverstanden waren, war: Es muss Untersuchungen zum Einsatz von
342 Chemiewaffen geben, und alle müssen auch hinsichtlich dieser Untersuchungen kooperieren.
343 Wir glauben, dass es zum Einsatz von Chemiewaffen gekommen ist. Die Russen sind
344 skeptisch. Wir haben gesagt: Die Vereinten Nationen sollen ernsthafte Untersuchungen
345 durchführen; denn wir möchten nicht, dass Chemiewaffen von irgendjemandem verwendet
346 werden.

347 Für uns besteht die Frage darin, wie wir weiterhin eine politische Opposition und eine
348 militärische Opposition unterstützen können, die fähiger wird, die zunehmend vereint wird
349 und die Extremisten isoliert, die innerhalb von Syrien auch Teile der Opposition geworden
350 sind. Wenn es zu einem politischen Wandlungsprozess kommt, dann brauchen wir auch
351 jemanden, der das Land führen kann, der die Regierung führen kann und der auch insgesamt

352 zu einer Verbesserung für die Menschen beitragen kann. Das ist ein schwieriger politischer
353 Prozess. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Die Unterstützung, die wir anbieten
354 - politisch und auch für die militärische Opposition -, hat dieses Ziel vor Augen.

355 Es hat Berichte gegeben, die auch hochgedreht worden sind, wonach sich die Vereinigten
356 Staaten angeblich darauf vorbereiten, sich an einem weiteren Krieg zu beteiligen. Wir wollen
357 einen Krieg beenden. Das wird nur geschehen, wenn es einen Übergang gibt, wie ich ihn eben
358 beschrieben habe.

359 Gut, Sie haben Recht: Präsident Putin ist der Meinung, dass das, was Assad ersetzen würde,
360 nur schlimmer als Assad sein würde. Es wird in den kommenden Monaten noch zunehmend
361 offensichtlich werden, dass es ohne eine andere Regierung keinen Frieden geben kann und
362 dass diese Unterschiede zwischen den einzelnen religiösen Gruppen zunehmen werden.
363 Dieser Konflikt wird sich wahrscheinlich in der Region ausbreiten. Das wäre für niemanden
364 gut.

365 BK'in Merkel: Zu der Frage der Waffenlieferungen: Deutschland hat ganz klare Regeln, auch
366 rechtliche Regeln, nach denen wir in Bürgerkriegsgebiete keine Waffen liefern. Das ist unsere
367 deutsche Regelung, und an die halten wir uns. Das hat also mit der Frage von Syrien im
368 Augenblick nicht spezifisch etwas zu tun, sondern das ist unsere allgemeine
369 Herangehensweise.

370 Das heißt aber nicht, dass wir nicht eine konstruktive Rolle bei der Frage der politischen
371 Prozesse, bei der Frage der humanitären Hilfe und auch bei der Diskussion über den richtigen
372 Weg spielen können, wie man die Opposition, und zwar die Kräfte, die auch im Interesse der
373 Menschen in Syrien agieren, unterstützen kann. Die Situation ist insbesondere, was die
374 Opposition anbelangt, sehr unterschiedlich. Unsere Aufgabe ist es, sehr dazu beizutragen,
375 dass diejenigen, die eine gute Zukunft für Syrien wollen, die nicht mit dem Terrorismus
376 verbunden sind, eine Chance bekommen, eine volle Legitimation zu haben, denn auch nach
377 Meinung von Deutschland hat Assad seine Legitimation verloren.

378 Der russische Präsident - so verstehe ich ihn - trifft diese Aussage nicht so klar, dass der
379 syrische Präsident seine Legitimation verloren hat. Dennoch haben wir eine Einigung
380 gefunden, dass wir daran arbeiten wollen, eine Übergangsregierung hinzubekommen. Es muss
381 auch natürlich die Frage gestellt werden: Was kommt danach? Ich glaube, über diese Frage
382 muss man sprechen. Über die haben wir gesprochen. Dazu wird im Kommuniqué der G8
383 gesagt: Wir lehnen alle gemeinsam terroristische Kräfte in Syrien ab, denn sie würden das
384 Leid der Bevölkerung noch einmal vergrößern.

385 Jetzt kommt es darauf an, Schritt für Schritt zu versuchen, die verschiedenen Dinge
386 zusammenzubringen. Denn es ist leider noch zu keiner gemeinsamen UN-Haltung im
387 Sicherheitsrat gekommen, weil Russland noch nicht auf der Seite stand. Aber man darf auch
388 nichts unversucht lassen - das haben wir im Rahmen von G8 getan -, immer wieder zu
389 gucken, wo der gemeinsame Grund, die gemeinsame Basis ist, auf der wir auch mit Russland
390 sprechen können. Darüber hinaus bleiben Teile, in denen wir einfach unterschiedlicher
391 Meinung sind. Aber unsere politische Verantwortung heißt, immer wieder zu gucken, ob man
392 ein Stück vorankommt.

393 Da, wenn wir nach Jordanien und in andere Länder gucken, die Situation in Bezug auf die
394 Flüchtlinge und auch die Situation in der Region erkennbar immer instabiler wird, ist es,

395 glaube ich, aller Mühe wert, zu schauen, dass wir gemeinsam aus dem Kommuniqué von
396 gestern auch etwas machen, was dann den Menschen in Syrien direkt hilft.

397 Frage: Herr Präsident, in der Vergangenheit hat es unterschiedliche Meinungen zur Lösung
398 der weltweiten Finanzkrise gegeben. Bundeskanzlerin Merkel möchte, dass die Defizite
399 zurückgeschraubt werden, sodass es mehr Vertrauen in die Märkte gibt. Haben Sie darüber
400 diskutiert? Was ist Ihre Position dazu?

401 Frau Bundeskanzlerin, die gleiche Frage auch an Sie: Hat die Situation in der Eurozone eine
402 Rolle gespielt? Wollen Sie weiter an der Politik trotz der wirtschaftlichen Krise und des
403 Niedergangs gerade in den südlichen Ländern der Eurozone festhalten?

404 BK'in Merkel: Vielleicht darf ich beginnen, weil Ihre Frage etwas insinuiert, was nun
405 wirklich nicht mein Ansinnen ist.

406 Wir wollen Prosperität, wir wollen Wettbewerbsfähigkeit, wir wollen wirtschaftliche Stärke
407 und natürlich den Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir haben ausführlich darüber gesprochen. Ich
408 habe noch einmal deutlich gemacht: Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es
409 auch Europa gut geht. Deshalb wäre es eine ganz falsche Herangehensweise, wenn wir jetzt
410 von uns aus eine Politik betrieben, die unsere eigenen Exportländer, in die wir exportieren,
411 schwächen würde.

412 Ich glaube nur, dass sich die Welt ändert und dass Europa nicht in allen Fragen nicht genug
413 wettbewerbsfähig ist. Da ist die Haushaltskonsolidierung als ein Teil, aber nicht als der
414 einzige zu nennen, sondern da sind Strukturreformen zu erwähnen. Der italienische
415 Ministerpräsident hat bei dem G8-Gipfel darüber ausführlich gesprochen, was das für die
416 jungen Leute bedeutet, was das für Arbeitsplätze für junge Leute bedeutet. Dennoch heißt die
417 Aufgabe, dass wir, wenn 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb von Europa
418 stattfindet, fähig sein müssen, Produkte herzustellen, die so wettbewerbsfähig sind, dass sie
419 auch außerhalb Europas gekauft werden, dass sie genommen werden. Diesen Prozess müssen
420 wir gestalten. Wir müssen Bürokratie abbauen, Strukturreformen durchführen, offener für
421 Innovation und Forschung sein. Für Deutschland gesprochen: Wir müssen bezahlbare
422 Energien haben, wenn ich sehe, wie sich die Energiepreise in den Vereinigten Staaten von
423 Amerika entwickeln.

424 All das müssen wir leisten. Dazu gehört auch, insbesondere in einem Kontinent, der
425 durchschnittlich älter wird, dass es uns gelingt, unsere Haushaltsdefizite zu reduzieren, damit
426 wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen unseren Wohlstand aufbauen. Das ist
427 mein Anliegen. Nur ein starkes Europa wird auch ein Europa sein, das Deutschland wirklich
428 hilft. Insofern kann ich mir eine Zukunft ohne Europa für Deutschland gar nicht vorstellen.
429 Deshalb sind das zwei Seiten derselben Medaille, nämlich dass Deutschland auf der eine Seite
430 wettbewerbsfähig sein will und andere auch Wettbewerbsfähigkeit verbessern lassen will, und
431 wir auf der anderen Seite in Europa alle zusammengehören. Deshalb haben wir auch schon
432 viel Solidarität gezeigt. Auch darüber haben wir gesprochen.

433 P Obama: Wie Angela gesagt hat, möchten wir alle das Gleiche. Wir möchten, dass es
434 Wirtschaftswachstum gibt - wenn man dazu bereit ist, hart zu arbeiten, wenn man die
435 Möglichkeit hat, erfolgreich zu sein, wenn man einen Arbeitsplatz finden kann, von dem man
436 auch leben kann, dass man im Rentenalter Würde erfährt, dass die Kinder gute Schulen
437 besuchen können, dass das Gesundheitswesen auch bezahlbar ist. Wir müssen dies alles in

438 einer Art und Weise tun, die, was die Haushaltssituation betrifft, weise ist, sodass es keine
439 zusätzlichen Lasten für die Kinder und Enkelkinder gibt.

440 Fast alle Industrieländer haben mit diesen Herausforderungen auf irgendeine Art und Weise
441 zu tun. Wir haben gerade die schlimmste Rezession seit vielen Jahren durchgemacht. Die gute
442 Nachricht besteht darin, dass es in den Vereinigten Staaten einige Fortschritte gegeben hat.
443 Wir haben eine Bankenstrukturreform durchgeführt. Das war auch ein Auslöser für viele
444 dieser großen Probleme. Das Bankensystem ist jetzt sehr viel stärker. Die Aufsicht ist sehr
445 viel strenger. Die Immobilienmärkte erholen sich. Es hat seit dreieinhalb Jahren
446 Wirtschaftswachstum gegeben. Wir haben sieben Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

447 Aber wir müssen weitere durchführen. Wir müssen auch die Kompetenz unserer Arbeitskräfte
448 verbessern. Wir müssen die Infrastruktur weiter ausbauen. Wir müssen weiterhin in
449 Forschung und Entwicklung investieren. In allen Ländern weltweit gibt es eine Zunahme in
450 Bezug auf Ungleichheiten. Wir müssen gewährleisten, dass es Aufstiegsmöglichkeiten für die
451 Menschen gibt, die unten stehen, und dass Gewinne und Produktivität nicht nur denen
452 zugutekommen, die ganz oben sind.

453 Was in den Vereinigten Staaten gilt, ist auch in Europa der Fall. Es gibt andere Probleme in
454 Europa. Eine Herausforderung der Eurozone besteht auch darin, dass die Länder in
455 unterschiedlichen Produktivitätsphasen sind und einige wenige bei den Strukturreformen
456 weiter vorangeschritten sind als andere. Wir führen seit vier Jahren das Gespräch über dieses
457 Thema. Es gibt auch kein Patentrezept. Wir müssen alle gewährleisten, dass die
458 Haushaltssituation tragfähig ist. Wir müssen alle Strukturreformen durchführen, denn man
459 muss in der heutigen Wirtschaft wettbewerbsfähiger sein. Wir müssen alle den Schwerpunkt
460 auf das Wachstum legen und dabei auch gewährleisten, dass wir beim Streben nach weiteren
461 politischen Zielen - ob es um Haushaltskonsolidierung, um Umstrukturierung der
462 Arbeitsmärkte oder Reformen der Rentensysteme geht - langfristig gesehen das Hauptziel
463 nicht aus den Augen verlieren, nämlich die Lebensumstände der Menschen zu verbessern.
464 Wenn wir feststellen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zu stark nach oben geht, müssen wir
465 auch irgendwann unseren Ansatz ändern, sodass wir gewährleisten, dass eine Generation nicht
466 verlorenght, die sich eventuell nie davon erholt, was ihre berufliche Entwicklung betrifft.

467 Das war Diskussionsthema beim G8-Gipfeltreffen. Wir haben auch heute das Gespräch
468 darüber fortgesetzt. Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland bei diesem Prozess erfolgreich
469 sein wird. Ich bin zuversichtlich, dass Bundeskanzlerin Merkel sich auch weiterhin dafür
470 einsetzen wird, das europäische Vorhaben umzusetzen, die Eurozone aufrechtzuerhalten. Sie
471 darf auch zuversichtlich sein, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beitrag leisten
472 werden, diese schwierige Phase zu überwinden, sodass wir in Zukunft auch eine Kraft für
473 Wachstum und Wohlstand sein können. - Danke schön!

US-GEHEIMDIENST

NSA überwacht Deutschland noch immer wegen 9/11

Für kein europäisches Land interessiert sich die NSA mehr als für Deutschland. Politiker glauben, das liege an der Hamburger Terroristenzelle um Mohammed Atta.

VON Kai Biermann | 11. Juni 2013 - 08:34 Uhr

Boundless Informant, unbegrenzter Auskunftgeber, heißt das Analysewerkzeug, mit dem der US-Auslandsgeheimdienst NSA Milliarden abgehörter Kommunikationsdaten filtert. Der Guardian berichtet, dass der Geheimdienst dank Boundless Informant sehen kann, über welches Land er am meisten weiß. Deutschland steht auf dieser Karte weit oben. Nach Ländern wie Pakistan, Afghanistan, China, Ägypten oder Indien kommt dann bald schon Deutschland. Aus keinem anderen europäischen Land saugt die NSA mehr Daten ab als aus Deutschland. Warum?

"Ich finde das nicht so erstaunlich", sagt Wolfgang Wieland, Sicherheitspolitiker der Grünen im Bundestag. In Deutschland hätten die Attentäter des 11. September gelebt, hier gebe es "regen Reiseverkehr von Islamisten", Deutschland sei das stärkste Land in Europa und gleichzeitig eines, das keine Vorratsdatenspeicherung kennt und viel Wert auf Datenschutz lege.

"Möglicherweise sagen sich die USA, wenn die Deutschen das nicht selber machen und die Daten erheben, dann machen wir es eben", sagte Wieland. Er sehe das eher als ein Kompliment, "dass sie kein Vertrauen in die Überwachungsmaßnahmen hier haben".

Zumindest den ersten Punkt teilen auch andere Sicherheitspolitiker. "Sollte diese Information [des *Guardian*, Anm.d.Red.] zutreffend sein, kann ich mir das nur so erklären, dass wir hier bittere Erfahrungen mit Terrorismus gemacht haben", sagt Wolfgang Bosbach von der CDU. "In den vergangenen Jahren sind hier acht Anschläge fehlgeschlagen oder vereitelt worden, das bleibt natürlich auch den Amerikanern nicht verborgen."



© ZEIT ONLINE

KAI BIERMANN

Kai Biermann ist Redakteur im Ressort Digital bei ZEIT ONLINE. Seine Profilage finden Sie [hier](#).

Ob CDU, SPD, FDP oder Linke, sie alle verweisen auf die Terroristen um Mohammed Atta , die in Hamburg lebten, bevor sie in die USA flogen, um die Flugzeuge zu entführen. Aber genügt dieses Ereignis von vor zwölf Jahren als Erklärung für das nachhaltige Interesse?

Frank Rieger , einer der Sprecher des Chaos Computer Clubs und seit Jahren in Sicherheitskreisen unterwegs, hat eine andere Theorie zum Warum. Die Alliierten hätten kompletten Zugriff auf die Kommunikationsstruktur Westdeutschlands gehabt, sagt er. "Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sich das geändert hat." Was seine Infrastruktur der Telekommunikation angeht, sei Deutschland "nicht unbedingt ein souveränes Land".

Auch wenn das mit dem Alliierten-Zugriff eher nach Verschwörungstheorie klingt, hat der Punkt souveräne Infrastruktur einen nicht zu unterschätzenden Hintergrund. Facebook, Google, Skype, Twitter – über welchen Anbieter auch immer jemand sich hierzulande im Netz unterhält, es ist häufig ein amerikanischer.

"Sie haben die Server bei sich im Land, sie haben die Möglichkeit dazu", sagt Wieland. Es sei kein Wunder, wenn der Geheimdienst das ausnutze.

Mehr zum Warum hofft die Opposition am Mittwoch zu erfahren. Dann kommt das Thema im Innenausschuss des Bundestages auf den Tisch. SPD und Linkspartei haben beantragt, dass die Regierung erklärt, wie das deutsche Verhältnis zu Prism und den Überwachungen der NSA ist und welche Erkenntnisse sie darüber hat. Auch im Parlamentarischen Kontrollgremium, das hierzulande die Arbeit der Geheimdienste kontrolliert, soll das Thema angesprochen werden.

Einfach so hinnehmen wollen die meisten Parlamentarier die amerikanische Überwachung nicht. "Diese Spionage von deutschen Bürgern widerspricht ganz klar unserem Grundgesetz", erklärte Jimmy Schulz von der FDP. In Deutschland, so schreibt er, herrsche "große Empörung über die Amerikaner".

Allerdings überwachen auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz die elektronischen Kommunikationswege. Im vergangenen Jahr etwa wurde bekannt, dass die drei deutschen Geheimdienste im Jahr 2010 die Inhalte von 37 Millionen E-Mails vor allem von Bürgern aus anderen Ländern durchsucht hatten.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-06/nsa-spionage-deutschland>

Projekt Prism

US-Geheimdienst späht weltweit Internetnutzer aus

Von *Matthias Kremp, Konrad Lischka und Ole Reißmann*

Die NSA soll Internetnutzer massiv überwachen, abgeschöpft werden angeblich E-Mails, Fotos, Chats, Videos. Große Internetkonzerne sollen die Daten ihrer Nutzer freiwillig an den US-Geheimdienst liefern. Apple, Microsoft und Co. bestreiten die Vorwürfe.

Der Codename lautet Prism. Dahinter verbirgt sich nach Berichten von "[Washington Post](#)" und "[Guardian](#)" ein streng geheimes Abhörprogramm, das die National Security Agency (NSA) seit 2007 aufbaut. Aus Dokumenten vom April dieses Jahres soll hervorgehen, dass der Geheimdienst Zugriff auf die Server von Microsoft, Google, Facebook, Apple und anderen IT-Firmen hat. Die NSA fischt die Daten der Nutzer direkt ab, die Unternehmen wollen offiziell von nichts wissen.

Damit stellt Prism die [Telefonüberwachung](#), die am Mittwoch bekannt wurde, in den Schatten. Der "[Guardian](#)" hatte einen Gerichtsbeschluss veröffentlicht. Der US-Provider Verizon wird darin verpflichtet, alle Verbindungsdaten - wer hat mit wem wann von wo aus telefoniert - an den Geheimdienst NSA abzuliefern. Dann hieß es in US-Medien: Ähnliche Beschlüsse gebe es wohl immer wieder, auch für andere Provider.

Schon 2006 war in einem Gebäude des Providers AT&T ein geheimer [Raum entdeckt worden](#), von dem aus die NSA Zugriff auf sämtliche Telefonverbindungsdaten hatte, auch von Amerikanern. Ein ehemaliger Techniker des Providers sagte damals, es gehe nicht nur um Telefonanrufe: Das Abhörprogramm ziele auf "alle Daten, die über das Internet laufen", auch "E-Mails, Websites oder andere Daten". Die nun veröffentlichten Dokumente legen nahe, dass die NSA mittlerweile diese Quelle im großen Stil abschöpft.

Wie geht die Behörde vor? Welche Unternehmen sind betroffen. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Was zeichnet die NSA auf?

Die NSA hat Zugriff auf eine gigantische Datenmenge. Einer von der "[Washington Post](#)" veröffentlichten NSA-Präsentation zufolge fließen von großen US-Anbietern wie Google, Facebook, Yahoo und Apple im Rahmen des Prism-Programms Daten an die NSA. Laut der NSA-Präsentation handelt es sich auch um gespeicherte Kommunikationsinhalte ("stored comms"). Was das im Einzelnen umfasst, unterscheidet sich laut NSA von Anbieter zu Anbieter. Man habe unter anderem Zugriff auf E-Mails, Chats, Videos, Fotos, gespeicherte Dateien, Videokonferenzen, übertragene Dateien.

Welche Firmen machen mit?

US-Internetfirmen können freiwillig am Prism-Überwachungsprogramm teilnehmen. Die Beteiligung hat aber einen enormen Vorteil für sie: Wer mitmacht, genießt Immunität und kann nicht von Kunden wegen der Weitergabe von Daten verklagt werden. Laut "[Washington Post](#)" läuft die NSA-Weiterleitung über das FBI, das die Schnittstelle bei den Anbietern installiert. Allerdings können Firmen zur Teilnahme gezwungen werden, das "[Foreign Surveillance Intelligence Court](#)" kann die Überwachung in Geheimbeschlüssen anordnen.

In den von "[Guardian](#)" und "[Washington Post](#)" veröffentlichten NSA-Dokumenten werden diese Internetriesen als Prism-Teilnehmer genannt, samt dem Starttermin der Kooperation:

Microsoft (11. September 2007). Das Unternehmen bestreitet die Teilnahme. Ein Sprecher sagte: "Wir geben nur Daten nach Gerichtsbeschlüssen zu spezifischen Konten heraus. Gäbe es ein größeres, freiwilliges US-Überwachungsprogramm, [würden wir nicht teilnehmen](#)." Der scheinbare Widerspruch zwischen den NSA-Dokumenten und dieser Stellungnahme ließe sich so erklären: Es gibt einen geheimen Beschluss des Foreign Surveillance Intelligence Court.

Yahoo (12. März 2008). Die Firma bestreitet eine direkte Kooperation, das Dementi lässt aber Interpretationsspielraum: "Wir geben der Regierung keinen direkten Zugriff auf unsere Server, Systeme oder Netze."

Google (14. Januar 2009). Der Konzern dementiert. "Wir haben keine Hintertür, über die die Regierung auf private Daten von Nutzern zugreift."

Facebook (3. Juni 2009). Facebooks Dementi ist ganz ähnlich formuliert wie die Yahoo-Stellungnahme:

"Wir geben Regierungsorganisationen keinen direkten Zugriff auf Facebook-Server."
 Apple (Oktober 2012). Apple bestreitet zumindest direkte Zugriffe: "Wir ermöglichen keiner Regierungsstelle direkten Zugriff auf unsere Server."

Wer wird überwacht?

Alle Menschen, auch US-Bürger. Eigentlich sollen bei Prism nur Ausländer überwacht werden. Da viele Online-Riesen wie Google und Facebook weltweit Kunden haben, dürfte eine Menge Material anfallen. Und die Unterscheidung zwischen US-Bürgern und den rechtlosen anderen funktioniert bei der NSA offenbar nicht sonderlich zuverlässig.

Die "Washington Post" zitiert einen Analysten, der ein Prism-Auswertungssystem nutzte. Er beschreibt, dass Analysten mit bestimmten Suchmethode das Datenmaterial eingrenzen, die Verfahren sollen angeblich mit "51 Prozent Wahrscheinlichkeit" sichern, dass ein Überwacher "Ausländer" ist. Die "Washington Post" hat allerdings Hinweise darauf, dass diese Regeln nicht sonderlich ernst genommen werden. Analysten müssen alle drei Monate über versehentlich ausgewertet Kommunikation von US-Bürgern berichten. Doch in einem Trainingshandbuch steht laut "Post" im Hinblick auf solche US-Überwachung, man habe da "nichts zu befürchten".

Wie werden die Daten ausgewertet?

Laut [Gigaom](#) ist anzunehmen, dass die NSA die Überwachungsdaten in einer Acumolo-Datenbank speichert. Dabei handelt es sich um eine für die Verarbeitung großer Datenmengen konzipierte Software, die 2008 von der NSA entwickelt und dann den Open-Source-Software-Entwicklern der Apache Foundation zur Weiterentwicklung übergeben wurde. Angeblich enthalten die NSA-Datenbanken bereits Dutzende Petabytes Daten (ein Petabyte sind eine Million Gigabyte).

Mit herkömmlichen Methoden lassen sich solche Datenmengen nicht mehr auswerten. Erst vor wenigen Wochen veröffentlichten zwei NSA-Forscher [eine ausführliche Ausarbeitung](#). Darin erklären sie die Probleme, die sich bei solchen Aufgaben ergeben. Dazu gehört, dass selbst Großrechner nur begrenzten Arbeitsspeicher haben und dass bei der Verarbeitung der anfallenden Datenmengen die Geschwindigkeit, mit der Daten durch die Stromkreise von Prozessoren geschickt werden, ein limitierender Faktor ist.

Als Beispiel verwenden die Forscher die grafische Darstellung der Verknüpfungen im menschlichen Gehirn. Um diesen sogenannten Brain Graph, der drei Petabyte Daten umfasst, zu speichern, würden 728 4-TB-Festplatten oder 3881 Server benötigt. Das wäre sogar für die schnellsten aktuellen Superrechner zu viel. Die einzige Möglichkeit, derartige Datenmengen derzeit zu verarbeiten, besteht darin, sie in Häppchen zu zerlegen. Das neue Rechenzentrum, das die NSA derzeit in Utah baut, dürfte genau für solche Aufgaben konzipiert sein und vermutlich anstelle herkömmlicher Festplatten Tausende SSDs als Massenspeicher nutzen.

Wie schützt die Bundesregierung deutsche Nutzer?

Gar nicht, zumindest nicht offiziell. Dabei hat es immer wieder Hinweise auf Überwachung durch die USA gegeben. Zuletzt warnte Anfang des Jahres ein Bericht des EU-Parlaments [eindringlich vor dem Datenzugriff der Amerikaner](#). Daraufhin wollte die Linkspartei von der Bundesregierung wissen, wie es um die Rechte deutscher Nutzer steht. Die Regierung [antwortete knapp](#): Man habe keine Kenntnis von so einer Überwachung. Wenn überwacht werde, dann sei das ohnehin Sache der Amerikaner. Unternehmen wolle man auch nichts.

Was machen deutsche Geheimdienste?

Auch der Bundesnachrichtendienst (BND) fängt E-Mails ab und wertet sie aus. Bis zu 20 Prozent des Datenverkehrs, der bei deutschen Providern durch die Leitungen und über Landesgrenzen rauscht, wird vom BND gescannt, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei [aus dem Mai des vergangenen Jahres](#).

Details? Streng geheim. Nur so viel: Die Provider stellen eine Schnittstelle bereit, der Geheimdienst liest den Internetverkehr mit. Rund 37 Millionen E-Mails wurden so im Jahr 2010 abgefischt und ausgewertet - das meiste davon soll allerdings Spam gewesen sein. Zehn Prozent der E-Mails, rund 3,7 Millionen, wurden demnach aber überprüft.

Wie kann man sich gegen Überwachung schützen?

E-Mails werden in den meisten Fällen im Klartext übertragen, ähnlich wie eine Postkarte: Jeder, der Zugriff auf die Server hat, die an der Übertragung beteiligt sind, kann mitlesen. Dagegen hilft nur eine sogenannte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

URL:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/projekt-prism-nsa-spioniert-weltweit-internet-nutzer-aus-a-904330.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

US-Bespitzelung im Internet Obamas Überwachungsstaat (07.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,904285,00.html>

Telefonüberwachung der NSA Amerikas gigantischer Datensauger (06.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,904140,00.html>

Cloud Computing EU-Studie warnt vor Überwachung durch die USA (10.01.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,876789,00.html>

BND-Zugriff auf Millionen E-Mails Regierung hält Details der Internet-Überwachung geheim (24.05.2012)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,834897,00.html>

US-Abhörskandal George Orwell, 2006 (12.05.2006)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,415794,00.html>

Mehr im Internet

Washington Post: U.S. mining data from 9 leading Internet firms; companies deny knowledge

<http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/politics/prism-collection-documents/>

Guardian: NSA taps in to internet giants' systems to mine user data, secret files reveal

<http://www.guardian.co.uk/world/2013/jun/06/us-tech-giants-nsa-data>

Antwort der Bundesregierung

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/126/1712651.pdf>

Gigaom: Here's how the NSA analyzes all that call data

<http://gigaom.com/2013/06/06/heres-how-the-nsa-analyzes-all-that-call-data/>

An NSA Big Graph experiment (PDF-Datei)

http://www.pdl.cmu.edu/SDI/2013/slides/big_graph_nsa_rd_2013_56002v1.pdf

WSJ: Tech Firms' Data Is Also Tapped

<http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324798904578529912280347482.html>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich

für die Inhalte externer Internetseiten.

© SPIEGEL ONLINE 2013

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

NSA-System XKeyscore

Die Infrastruktur der totalen Überwachung

Von *Konrad Lischka* und *Christian Stöcker*

Gegen XKeyscore sind Prism und Tempora nur Fingerübungen. Neuen Snowden-Enthüllungen im "Guardian" zufolge ist das NSA-System eine Art allsehendes Internet-Auge. Es bietet weltweit Zugriff auf beliebige Netzkommunikation. Auch deutsche Dienste haben Zugang zu XKeyscore.

Hamburg/London - Der Journalist Glenn Greenwald hatte es angekündigt: Mehr NSA-Enthüllungen würden kommen, die alles bisher Veröffentlichte übertreffen würden. Nun hat Greenwald weitere Dokumente aus dem Fundus des NSA-Whistleblowers **Edward Snowden** publiziert - und in der Tat wird da eine neue Dimension der Internetüberwachung deutlich, die über **Prism** und das britische Programm **Tempora** noch hinausgeht.

Die nun veröffentlichte **Präsentation** gibt, zusammen mit weiteren neuen **Folien**, einen genaueren Einblick als alle bisherigen Veröffentlichungen, wie die Überwachungsinfrastruktur der NSA funktioniert - beziehungsweise wie sie schon im Jahr 2008 funktionierte.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zum allsehenden Internet-Auge der NSA.

Was ist XKeyscore?

Den nun veröffentlichten **Folien** zufolge ist XKeyscore ein "System zur Ausnutzung von Digital Network Intelligence / Analysestruktur". Es ermöglicht es, Inhalte digitaler Kommunikation nach sogenannten starken Suchkriterien zu durchsuchen (zum Beispiel einer konkreten E-Mail-Adresse), aber auch nach "weichen Kriterien" (etwa der benutzten Sprache oder einem bestimmten Such-String).

Das System erlaubt zudem die Erfassung von "Ziel-Aktivität in Echtzeit" und bietet einen "durchlaufenden Pufferspeicher", der, Zitat, "ALLE ungefilterten Daten" umfasst, die das System erreichen. Am Ort der Datenerfassung werden demzufolge alle Internetinhalte erfasst und auf Basis ihrer Metadaten indiziert - so dass sie anschließend bequem mit entsprechenden Suchanfragen durchforstet werden können.

Für "gängige Dateiformate" hält XKeyscore zudem Betrachtungssoftware bereit, so dass der Analyst das System nicht verlassen muss, um sich E-Mails oder andere Inhalte direkt anzusehen. Mit einer einzigen Suchanfrage könnten "alle Standorte" abgefragt werden, heißt es in dem Dokument. Wo diese Standorte zu finden sind, zeigen offenbar die roten Punkte auf der oben gezeigten Weltkarte. Insgesamt gab es demnach bereits 2008 150 Standorte für die Vollerfassung des internationalen Internet-Traffics, an denen 700 Server beheimatet waren. Das System "kann linear skalieren", heißt es später im gleichen Dokument, "man fügt dem Cluster einfach einen neuen Server hinzu".

Welche Art von Anfragen kann XKeyscore beantworten?

Ein paar konkrete Beispiele für Abfragen aus der Präsentation:

"Zeige mir alle verschlüsselten Word-Dokumente in Iran."

"Zeige mir die gesamte PGP-Nutzung in Iran." PGP ist ein System zur Verschlüsselung von E-Mails und anderen Dokumenten.

"Zeige mir alle Microsoft-Excel-Tabellen, mit MAC-Adressen aus dem Irak, so dass ich Netzwerke kartieren kann."

Weitere Beispiele für das, was XKeyscore aus dem Traffic fischen und noch leisten kann:

Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Logins

Nutzernamen, Buddylisten, Cookies in Verbindung mit Webmail und Chats

Google-Suchanfragen samt IP-Adresse, Sprache und benutztem Browser

jeden Aufbau einer verschlüsselten VPN-Verbindung (zur "Entschlüsselung und zum Entdecken der Nutzer")

Aufspüren von Nutzern, die online eine in der Region ungewöhnliche Sprache nutzen (als Beispiel genannt wird Deutsch in Pakistan)

Suchanfragen nach bestimmten Orten auf Google Maps und darüber hinaus alle weiteren Suchanfragen dieses Nutzers sowie seine E-Mail-Adresse

Zurückverfolgen eines bestimmten online weitergereichten Dokuments zur Quelle alle online übertragenen Dokumente, in denen zum Beispiel "Osama bin Laden" oder "IAEO" vorkommt, und zwar auch auf "Arabisch und Chinesisch"

Unklar ist, bei wie vielen Staaten die NSA eine solche Komplettkopie des Traffics zieht. Denkbar ist, dass nur für einige besonders interessante Staaten mit nicht allzu hohem Datenaufkommen vollständige Aufzeichnungen des Datenverkehrs angefertigt werden. Wenn ein NSA-Mitarbeiter mehr und länger überwachen und speichern will, muss er entsprechende Suchaufträge formulieren - dann wird seinen Anforderungen zufolge gespeichert. "Was kann gespeichert werden?", heißt es auf einer Folie, die Antwort lautet: "Alles, was Sie extrahieren wollen."

Der "Guardian" berichtet unter Berufung auf andere Dokumente und Quellen über weitere Überwachungsmöglichkeiten:

NSA-Mitarbeiter können die Inhalte von **privater Facebook-Kommunikation** nachträglich einsehen. Sie müssten dazu lediglich den Nutzernamen eines Facebook-Mitglieds eingeben und auswählen, aus welchem Zeitraum sie all seine Privatgespräche lesen wollen.

XKeyscore-Nutzer können abfragen, **von welcher IP-Adresse beliebige Websites** aufgerufen worden sind.

Wer ist verdächtig?

Mit XKeyscore suchen US-Agenten nach Verdächtigen, die ihnen bislang unbekannt waren und die fortan genauer überwacht werden. Das Verfahren wird als besondere Eigenschaft dieses Systems gepriesen. Wie man dabei vorgehen kann, beschreibt die Präsentation detaillierter. Man müsse im Datenstrom nach "abweichenden Ereignissen" suchen. Zum Beispiel nach:

"jemandem, dessen Sprache deplaziert an dem Ort ist, wo er sich aufhält" (Deutsch in Pakistan)
"jemandem, der Verschlüsselungstechnik nutzt" (PGP im Iran)
"jemandem, der im Web nach verdächtigen Inhalten sucht" (Google-Suchen nach Islamabad, Suche nach dem Begriff "Musharraf" auf der Website der BBC)
Menschen, die "Dschihadisten-Dokumente" weiterschicken

Potentiell verdächtig ist demnach praktisch jeder. Jeder Journalist, der über den Nahen Osten schreibt, jeder deutsche Entwicklungshelfer oder Diplomat in Pakistan, der einen Gruß an seine Frau mailt und auf Deutsch schreibt.

Verzeichnis weltweit angreifbarer Rechner

In den Dokumenten finden sich erstmals konkrete Hinweise darauf, dass US-Geheimdienste systematisch Angriffe auf Computersysteme im Ausland planen. In einer Folie der Präsentation heißt es, man könnte über XKeyscore eine Liste aller angreifbaren Rechner in einem Staat aufrufen. Laut den sehr knapp gehaltenen Unterlagen verwaltete offenbar die Geheimorganisation TAO (Tailored Access Operations) der NSA eine Datenbank von Schwachstellen auf Computersystemen weltweit. Dieses Verzeichnis der TAO lasse sich mit XKeyscore abgleichen.

Mehr als 1000 TAO-Agenten hacken weltweit Computer und Telekom-Infrastrukturen. Sie brechen Gesetze, stehlen Passwörter, zweigen Datenverkehr ab, kopieren Informationen, berichtet das US-Magazin "**Foreign Policy**". XKeyscore gibt NSA-Analysten offenbar Zugriff auf die Früchte der Arbeit der NSA-Hacker.

Woher stammen all die Daten?

Die Daten an allen NSA-Speicherorten weltweit lassen sich über XKeyscore offenbar zentral durchsuchen. Auf einer der **Folien** ist aufgeführt, auf welche Datenquellen das System genau zugreifen kann:

"F6-Hauptquartiere" und "F6-Standorte" - F6 steht, etwa dem US-Magazin "**The Week**" zufolge, für den Special Collection Service, eine gemeinsame Organisation von NSA und CIA. Sie hat den Auftrag, Informationen dort zu sammeln, wo sie besonders schwer zu bekommen sind - etwa, indem Botschaften verwandt werden.

"Fornsats-Standorte" - Fornsats steht für Foreign Satellite Collection, also das Abfangen von Satellitenkommunikation.

"SSO-Standorte" - SSO steht für Special Source Operations, die NSA-Unterorganisation, die **dem "Guardian" zufolge** unter anderem für die gigantische Sammlung von Telekommunikations-Metadaten zuständig ist, die der US-Geheimdienst anlegt.

XKeyscore kann den Folien zufolge auch auf die Marina-Datenbank zugreifen, die der Auswertung von

Internetverbindungsdaten dient.

Was nun folgt, ist Spekulation, wenn auch auf Basis der vorliegenden Dokumente sehr plausibel: Den gesamten Internet-Traffic eines Staates wie Pakistan mal eben in die USA zu kopieren, dürfte nicht so einfach möglich sein. Im Dokument heißt es mehrmals: "Die Datenmenge ist zu hoch, wir können die Daten nicht zurück weiterleiten." Die Analysten können aber Metadaten-Suchanfragen an die jeweiligen Standorte schicken und sich "bei Bedarf einfach die interessanten Inhalte vom Standort herüberholen", wie es in der Präsentation heißt.

Schon 2012 seien in einem einzigen Zeitraum von 30 Tagen 41 Milliarden Einträge in der XKeyscore-Datenbank enthalten gewesen, so der "Guardian". Die Datenbanken Traffichief (gezielt ausgewählte Metadaten), Pinwale (Inhalte auf Basis von Stichwort-Suchvorgängen) und Marina (Internet-Metadaten) seien allesamt kleiner als XKeyscore.

Nach SPIEGEL-Informationen wurden von 500 Millionen Datensätzen aus Deutschland, auf die die NSA monatlich Zugriff hat, rund 180 Millionen von XKeyscore erfasst. Mehr dazu [im aktuellen SPIEGEL](#).

Kaum Schranken für die Überwacher

Insbesondere was die Überwachung von Personen angeht, die sich nicht in den USA aufhalten, scheinen NSA-Analysten kaum Grenzen gesetzt zu sein. Ein vom "[Guardian](#)" veröffentlichtes Dokument zeigt einen Nutzerdialog für eine Überwachungsmaßnahme. Aus einem simplen Drop-Down-Menü wählt der Nutzer zunächst den Zweck der Überwachung, dann den "Ausländer-Faktor" der Zielperson. Zur Wahl steht zum Beispiel: "Die Telefonvorwahl weist auf einen Aufenthaltsort außerhalb der USA hin." Dem Dokument zufolge reicht sogar dies als Angabe: "Steht in direktem Kontakt mit (*anderer, d. Red.*) Zielperson im Ausland, keine Information weist darauf hin, dass sich die Zielperson in den USA befindet."

Sobald die entsprechenden Angaben aus den Menüs ausgewählt worden seien, so der "Guardian", "ist die Zielperson für elektronische Überwachung markiert, und der Analyst kann sich die Inhalte ihrer Kommunikation ansehen".

Und all das können die deutschen Dienste auch?

Auch der deutsche Auslandsgeheimdienst BND und das im Inland operierende Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) [setzen XKeyscore ein](#). Das geht aus geheimen Unterlagen des US-Militärgeheimdienstes hervor, die DER SPIEGEL einsehen konnte. Das BfV soll damit den Dokumenten aus dem Fundus von Edward Snowden zufolge die NSA bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung unterstützen. Der Verfassungsschutz erklärte, man teste das System lediglich und habe keinen Zugriff auf die Datenbanken.

Es ist zudem unklar, auf welche Daten und Funktionen BND und BfV Zugriff haben. XKeyscore lässt sich durch mehrere Module für bestimmte Suchen (Plugins) erweitern. Es ist nicht bekannt, welche davon die deutschen Geheimdienste nutzen. Außerdem dürfte die NSA den deutschen Kollegen kaum Zugang zu allen Datenbanken geben.

URL:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/xkeyscore-wie-die-nsa-ueberwachung-funktioniert-a-914187.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

Schnüffelsoftware XKeyscore Deutsche Geheimdienste setzen US-Spähprogramm ein (20.07.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,912196,00.html>

Der SPIEGEL: XKeyscore-Daten

https://magazin.spiegel.de/reader/index_SP.html#j=2013&h=31&a=104673958

Mehr im Internet

The Guardian

<http://www.theguardian.com/world/2013/jul/31/nsa-top-secret-program-online-data>

XKeyscore Präsentation

<https://www.documentcloud.org/documents/743244-xkeyscore-slidedeck.html>

"Foreign Policy" über TAO

<http://www.foreignpolicy.com/articles/2013/06>

[/10/inside_the_nsa_s_ultra_secret_china_hacking_group?page=0,1](#)

"The Week": Eavesdropping Spies

<http://theweek.com/article/index/226723/inside-the-secret-world-of-americas-super-sophisticated-eavesdropping-spies>

"Guardian": SSO und Metadaten

<http://www.theguardian.com/world/2013/jun/27/nsa-online-metadata-collection>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich
für die Inhalte externer Internetseiten.

© **SPIEGEL ONLINE 2013**

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

Edward Snowden, NSA files source: 'If they want to get you, in time they will'

Source for the Guardian's [NSA files](#) on why he carried out the biggest intelligence leak in a generation – and what comes next

Ewen MacAskill

The Guardian, Monday 10 June 2013

[Edward Snowden](#) was interviewed over several days in [Hong Kong](#) by Glenn Greenwald and Ewen MacAskill.

Q: Why did you decide to become a whistleblower?

A: "The [NSA](#) has built an infrastructure that allows it to intercept almost everything. With this capability, the vast majority of human communications are automatically ingested without targeting. If I wanted to see your emails or your wife's phone, all I have to do is use intercepts. I can get your emails, passwords, phone records, credit cards.

"I don't want to live in a society that does these sort of things ... I do not want to live in a world where everything I do and say is recorded. That is not something I am willing to support or live under."

Q: But isn't there a need for surveillance to try to reduce the chances of terrorist attacks such as Boston?

A: "We have to decide why terrorism is a new threat. There has always been terrorism. Boston was a criminal act. It was not about surveillance but good, old-fashioned police work. The police are very good at what they do."

Q: Do you see yourself as another Bradley Manning?

A: "Manning was a classic whistleblower. He was inspired by the public good."

Q: Do you think what you have done is a crime?

A: "We have seen enough criminality on the part of government. It is hypocritical to make this allegation against me. They have narrowed the public sphere of influence."

Q: What do you think is going to happen to you?

A: "Nothing good."

Aktuell Politik Inland

NSA-Affäre

Innenminister Friedrich sieht Vorwürfe ausgeräumt

16.08.2013 · Bundesinnenminister Friedrich ist davon überzeugt, dass die Vorwürfe in der NSA-Affäre nicht länger haltbar sind. Alle erhobenen Verdächtigungen seien ausgeräumt.

Artikel



„Viel Lärm um falsche Behauptungen“: Innenminister Friedrich

© REUTERS

Nach Kanzleramtsminister Ronald Pofalla betrachtet auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) alle Vorwürfe in der NSA-Affäre für nicht länger haltbar. „Alle Verdächtigungen, die erhoben wurden, sind ausgeräumt“, sagte der CSU-Politiker der „Rheinischen Post“ (Freitagsausgabe). Es habe „viel Lärm um falsche Behauptungen und Verdächtigungen“ gegeben, die sich nun „in Luft aufgelöst haben“, so Friedrich. Es gebe auch keine Anhaltspunkte, dass deutsche oder europäische Regierungsstellen abgehört worden seien.

Kanzleramtschef Pofalla (CDU) hatte am Dienstag geäußert: „Der Vorwurf der vermeintlichen Totalauspähung in Deutschland ist nach den Angaben der NSA, des britischen Dienstes und unserer Nachrichtendienste vom Tisch. Es gibt in Deutschland keine millionenfache Grundrechtsverletzung.“

Steinmeier: Erst am Beginn der Debatte

Dem widersprach der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. „Ich glaube, wir stehen erst am Beginn einer Debatte. Und die wird nicht allein in Deutschland, sondern weltweit geführt werden“, sagte er der „Landeszeitung Lüneburg“ (Freitag). „Denn die Zusicherungen, die der amerikanische Geheimdienst gegeben hat, beziehen sich eben nicht auf Daten, die von amerikanischen Servern abgezogen werden.“

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte, Europa solle auf den NSA-Datenskandal „mit eigenen Alternativen und neuen Ideen im Wettbewerb reagieren“. Unter anderem forderte sie mehr europäische Rechenzentren. „Europäischer Datenschutz und europäische Datensicherheit kann in Zukunft ein

entscheidender Wettbewerbsvorteil gegenüber den Vereinigten Staaten werden“, sagte sie dem „Hamburger Abendblatt“ (Freitag). „Auf eigenen Servern könnte die EU ihre Datenschutz-Standards zudem besser technisch durchsetzen.“

Weitere Artikel

„NSA hat tausendfach Datenschutzgesetze gebrochen“
Kommentar zur sogenannten NSA-Affäre: Unter Freunden
Regierung will „digitale Privatsphäre“ besser schützen
NSA-Debatte: Cyberkrieg mit Hindernissen

Quelle: dpa

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Themen zu diesem Beitrag: [CDU](#) | [CSU](#) | [Deutschland](#) | [Frank-Walter Steinmeier](#) | [Hans-Peter Friedrich](#) | [Ronald Pofalla](#) | [Alle Themen](#)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Suchbegriff eingeben



© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2013
Alle Rechte vorbehalten.

Spionageskandal

Britischer Geheimdienst speichert weltweiten Internet-Verkehr

Codename Tempora: Die britische Internet-Spionage übertrifft offenbar noch die des US-Geheimdienstes NSA. Laut "Guardian" zapfen die Briten den weltweiten Internet-Verkehr an und schöpfen gewaltige Datenmengen ab. Die Erkenntnisse teilen sie mit den amerikanischen Kollegen.

London/Hamburg - E-Mails, Facebook-Einträge, Telefongespräche: Der britische Nachrichtendienst zapft dem "Guardian" zufolge heimlich Internetknotenpunkte an, über die der weltweite Datenverkehr läuft. Der Geheimdienst GCHQ (**Government Communications Headquarters**) soll außerdem damit begonnen haben, heikle persönliche Informationen zu analysieren und mit dem US-Geheimdienst **National Security Agency (NSA)** auszutauschen.

Die **Enthüllung des "Guardian"** geht auf Dokumente zurück, die der NSA-Whistleblower Edward Snowden der Zeitung übergeben hat. Snowden will damit "das größte Überwachungsprogramm in der Geschichte der Menschheit" offenlegen. Als Erstes machte er **Prism** öffentlich, ein Überwachungsprogramm der NSA. Die Überwachung gehe aber noch viel weiter. Der britische Geheimdienst GCHQ sei "schlimmer als die USA".

Den Dokumenten zufolge besteht die britische Internet-Überwachung aus zwei Teilen: Der eine heißt "Mastering the Internet", übersetzt "Das Internet beherrschen", der andere "Global Telecoms Exploitation", "Erschließung der globalen Telekommunikation". Allein an diesen beiden Formulierungen werde deutlich, welche Ausmaße die Überwachungsmaßnahmen der Briten haben.

"Geheimdienst-Supermacht" fängt Internetverkehr ab

Seit 18 Monaten, **berichtet der "Guardian"**, laufe eine Operation namens Tempora. Dabei würden Glasfaserverbindungen, über die der weltweite Internetverkehr läuft, vom GCHQ angezapft und für bis zu 30 Tage zwischengespeichert. Die betroffenen Unternehmen dürften darüber kein Wort verlieren und könnten zu dieser Kooperation notfalls gezwungen werden, heißt es weiter.

2010, zwei Jahre, nachdem Tempora erstmals getestet wurde, habe sich der GCHQ laut "Guardian" damit gerühmt, über den "größten Internetzugang" weltweit zu verfügen - einen umfassenderen Zugang als die anderen Mitglieder der sogenannten "Fünf Augen"-Allianz der elektronischen Lauschangriffe (Five Eyes electronic eavesdropping alliance). Zu dieser gehören außer Großbritannien die USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Damit sei das Vereinte Königreich eine "Geheimdienst-Supermacht".

Seit Mai des vergangenen Jahres sollen 300 Analysten des GCHQ sowie 250 Mitarbeiter der NSA damit befasst sein, sich durch die Datenmengen zu wühlen. Mehr als 200 Glasfaserverbindungen von Großbritannien nach Nordamerika und West-Europa sollen angezapft sein. Der komplette Datenverkehr von 46 der Verbindungen kann gleichzeitig erfasst werden. Täglich würden außerdem 600 Millionen "telephone events" ins Netz gehen.

Am Freitag hat der "Guardian" aus Geheimdienstkreisen zudem erfahren, dass die Daten unter einer Reihe von Sicherheitsvorkehrungen angeblich legal gesammelt worden seien. Das Überwachungsprogramm soll demnach bereits zu Durchbrüchen bei der Aufdeckung und Verhinderung von Verbrechen geführt haben.

Bereits am Montag war durch Snowdens Enthüllungen bekannt geworden, dass das zuvor enttarnte Überwachungsprogramm **Prism Teil eines "wesentlich umfassenderen und zudringlicheren Abhörprogrammes"** sei. Auch die NSA kopiere den weltweiten Internet-Traffic und leite ihn für Analysezwecke weiter.

bos/ore

URL:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/spionageskandal-britischer-geheimdienst-sammelt-gewaltige-datenmengen-a-907260.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

NSA-Skandal Prisms großer Bruder (17.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,906158,00.html>

Überwachung FDP kritisiert Spionagepläne des BND scharf (17.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,906078,00.html>

Telefonüberwachung Britische Spione spähten Gipfelteilnehmer aus (17.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,906063,00.html>

Hackerangriff NSA-Spione fingen Medwedews Botschaften ab (17.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,906107,00.html>

Piraten-Protest gegen Spähprogramm "Obama hat Angst vor dem Volk" (17.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,906165,00.html>

100-Millionen-Programm BND will Internet-Überwachung massiv ausweiten (16.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,905938,00.html>

Spähprogramm Prism Google kritisiert Microsoft und Facebook (15.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,905939,00.html>

Späh-Programm Prism Google und Microsoft bitten Merkel um Hilfe (14.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,905822,00.html>

US-Spähprogramm Prism Facebook und Microsoft verraten Umfang der Datenübermittlung (15.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,905877,00.html>

Daten-Überwachungszentrum in Utah Festung der Cyberspione (08.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,904355,00.html>

Internet- und Telefon-Überwachung Obama verteidigt Amerikas Spitzel-Attacken (07.06.2013)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,904477,00.html>

FBI-Ermittlungen gegen Edward Snowden Nerd auf der Flucht (13.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,905542,00.html>

Lehren aus Prism Google, Facebook, Microsoft machen den Job der NSA (12.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,905351,00.html>

US-Abhörskandal George Orwell, 2006 (12.05.2006)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,415794,00.html>

NSA-Überwachungsprogramm Prism Die Methoden der Internet-Späher (07.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,904391,00.html>

Projekt Prism US-Geheimdienst späht weltweit Internetnutzer aus (07.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,904330,00.html>

Telefonüberwachung der NSA Amerikas gigantischer Datensauger (06.06.2013)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,904140,00.html>

Mehr im Internet

"The Guardian": Über das Vorgehen der britischen GCHQ

<http://www.guardian.co.uk/uk/2013/jun/21/gchq-cables-secret-world-communications-nsa>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich

für die Inhalte externer Internetseiten.

© SPIEGEL ONLINE 2013

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

NSA monitored calls of 35 world leaders after US official handed over contacts

- Agency given more than 200 numbers by government official
- NSA encourages departments to share their 'Rolodexes'
- Surveillance produced 'little intelligence', memo acknowledges

Follow The NSA Files by email

BETA

James Ball

The Guardian, Friday 25 October 2013

(C) Customers Can Help SID Obtain Targetable Phone Numbers

FROM: [REDACTED] and [REDACTED]
A&P Staff's Access Interface Portfolio (S203A)
Run Date: 10/27/2006

(C) From time to time, SID is offered access to the personal contact databases of US officials. Such "rolodexes" may contain contact information for foreign political or military leaders, to include direct line, fax, residence and cellular numbers.

...document page, a US official provided NSA with 200 phone

The NSA memo suggests that such surveillance was not isolated as the agency routinely monitors world leaders.
Photograph: Guardian

The National Security Agency monitored the phone conversations of 35 world leaders after being given the numbers by an official in another US government department, according to a classified document provided by whistleblower Edward Snowden.

The confidential memo reveals that the NSA encourages senior officials in its "customer" departments, such as the White House, State and the Pentagon, to share their "Rolodexes" so the agency can add the phone numbers of leading foreign politicians to their surveillance systems.

The document notes that one unnamed US official handed over 200 numbers, including those of the 35 world leaders, none of whom is named. These were immediately "tasked" for monitoring by the NSA.

The revelation is set to add to mounting diplomatic tensions between the US and its allies, after the German chancellor Angela Merkel on Wednesday accused the US of tapping her mobile phone.

ames, after the German chancellor [Angela Merkel](#) on Wednesday [accused the US of tapping her mobile phone](#).

After Merkel's allegations became public, White House press secretary Jay Carney issued a statement that said the US "is not monitoring and will not monitor" the German chancellor's communications. But that failed to quell the row, as officials in Berlin quickly pointed out that the US did not deny monitoring the phone in the past.

Arriving in Brussels for an EU summit Merkel accused the US of a breach of trust. "We need to have trust in our allies and partners, and this must now be established once again. I repeat that spying among friends is not at all acceptable against anyone, and that goes for every citizen in Germany."

The [NSA](#) memo obtained by the Guardian suggests that such surveillance was not isolated, as the agency routinely monitors the phone numbers of world leaders – and even asks for the assistance of other US officials to do so.

The memo, dated October 2006 and which was issued to staff in the agency's Signals Intelligence Directorate (SID), was titled "Customers Can Help SID Obtain Targetable Phone Numbers".

It begins by setting out an example of how US officials who mixed with world leaders and politicians could help agency surveillance.

"In one recent case," the memo notes, "a US official provided NSA with 200 phone numbers to 35 world leaders ... Despite the fact that the majority is probably available via open source, the PCs [intelligence production centers] have noted 43 previously unknown phone numbers. These numbers plus several others have been tasked."

The document continues by saying the new phone numbers had helped the agency discover still more new contact details to add to their monitoring: "These numbers have provided lead information to other numbers that have subsequently been tasked."

But the memo acknowledges that eavesdropping on the numbers had produced "little reportable intelligence". In the wake of the Merkel row, the US is facing growing international criticism that any intelligence benefit from spying on friendly governments is far outweighed by the potential diplomatic damage.

The memo then asks analysts to think about any customers they currently serve who might similarly be happy to turn over details of their contacts.

"This success leads S2 [signals intelligence] to wonder if there are NSA liaisons whose supported customers may be willing to share their 'Rolodexes' or phone lists with NSA as potential sources of intelligence," it states. "S2 welcomes such information!"

The document suggests that sometimes these offers come unsolicited, with US "customers" spontaneously offering the agency access to their overseas networks.

"From time to time, SID is offered access to the personal contact databases of US officials," it states. "Such 'Rolodexes' may contain contact information for foreign political or military leaders, to include direct line, fax, residence and cellular numbers."

officials," it states. "Such 'Rolodexes' may contain contact information for foreign political or military leaders, to include direct line, fax, residence and cellular numbers."

The Guardian approached the Obama administration for comment on the latest document. Officials declined to respond directly to the new material, instead referring to comments delivered by Carney at Thursday's daily briefing.

Carney told reporters: "The [NSA] revelations have clearly caused tension in our relationships with some countries, and we are dealing with that through diplomatic channels.

"These are very important relations both economically and for our security, and we will work to maintain the closest possible ties."

The public accusation of spying on Merkel adds to mounting political tensions in Europe about the scope of US surveillance on the governments of its allies, after a cascade of backlashes and apologetic phone calls with leaders across the continent over the course of the week.

Asked on Wednesday evening if the NSA had in the past tracked the German chancellor's communications, Caitlin Hayden, the White House's National Security Council spokeswoman, said: "The United States is not monitoring and will not monitor the communications of Chancellor Merkel. Beyond that, I'm not in a position to comment publicly on every specific alleged intelligence activity."

At the daily briefing on Thursday, Carney again refused to answer repeated questions about whether the US had spied on Merkel's calls in the past.

The NSA memo seen by the Guardian was written halfway through George W Bush's second term, when Condoleezza Rice was secretary of state and Donald Rumsfeld was in his final months as defence secretary.

Merkel, who, according to Reuters, suspected the surveillance after finding her mobile phone number written on a US document, is said to have called for US surveillance to be placed on a new legal footing during a phone call to President Obama.

"The [German] federal government, as a close ally and partner of the US, expects in the future a clear contractual basis for the activity of the services and their co-operation," she told the president.

The leader of Germany's Green party, Katrin Goring-Eckhart, called the alleged spying an "unprecedented breach of trust" between the two countries.

Earlier in the week, Obama called the French president François Hollande in response to reports in Le Monde that the NSA accessed more than 70m phone records of French citizens in a single 30-day period, while earlier reports in Der Spiegel uncovered NSA activity against the offices and communications of senior officials of the European Union.

The European Commission, the executive body of the EU, this week backed proposals

CHRON.

The European Commission, the executive body of the EU, this week backed proposals that could require US tech companies to seek permission before handing over EU citizens' data to US intelligence agencies, while the European parliament voted in favour of suspending a transatlantic bank data sharing agreement after Der Spiegel revealed the agency was monitoring the international bank transfer system Swift.